



schwarz auf weiss
wirtschaftlich tag und nacht
fern schreiben schnell



Direkter Draht
für Sie privat

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1964

Einzelpreis 50 Pf

INHALT Seite

| | |
|--|---|
| Unser Kampf für Entspannung, Demokratie und soziale Sicherheit Referat des Genossen Max Reimann auf der 2. Tagung des ZK der KPD . . . | 2 |
|--|---|

| | |
|--|----|
| Auszüge aus dem Bericht des Politbüros an die 2. Tagung des ZK | 32 |
|--|----|

| | |
|---|----|
| <u>Beschluß der 2. Tagung des ZK der KPD:</u> | |
| Entschließung zu den Meinungsverschiedenheiten der Führung der KP Chinas mit der internationalen kommunistischen Bewegung . . . | 38 |

| | |
|---|----|
| Die DDR — ein moderner Industriestaat . . . | 43 |
|---|----|

Unser Kampf für Entspannung, Demokratie und soziale Sicherheit

Aus dem Referat des 1. Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann, auf der 2. Tagung des ZK

Die politische Entwicklung der letzten Zeit bestätigt die Richtigkeit der Beschlüsse unseres Parteitages. Das Kräfteverhältnis hat sich international und in Deutschland weiterhin zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert.

Im Kampf um den Frieden stellte der Parteitag die vorrangige Aufgabe, für die Durchsetzung einer Politik der Entspannung und der Verständigung zu kämpfen. Wir können feststellen, daß die Kräfte, die für eine Politik der Entspannung in Westdeutschland eintreten, durch die internationalen Ereignisse, den wachsenden Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik sowie den Kampf unserer Partei stärker geworden sind.

Der Parteitag rief dazu auf, das Grundgesetz und die demokratischen Freiheiten gegen die Anschläge der Militaristen zu verteidigen. Die Voraussetzungen dafür, die Anschläge der Bonner Scharfmacher auf die demokratischen Rechte und Freiheiten zurückzuschlagen, sind günstiger geworden. Die Verletzungen der demokratischen Grundrechte durch die Bonner Behörden stoßen auf eine immer größer werdende Empörung im Volk.

Der Parteitag stellte fest, daß sich die Klassengegensätze und der Klassenkampf in der Bundesrepublik weiter verschärfen. Er betonte die große Bedeutung der Gewerkschaften bei der Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse für die Veränderung der Lage in Westdeutschland. Er bezeichnete die Betriebe und Gewerkschaften als das Hauptfeld für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die Diskussion um das gewerkschaftliche Grundsatzprogramm zeigt, daß unsere Partei in der Durchsetzung dieser Orientierung Fortschritte gemacht hat.

Wie es weitergehe soll, das haben uns die Arbeiter in Mannheim gezeigt. Am 7. November, nachmittags drei Uhr, legten 70 000 Arbeiter die Arbeit nieder und traten in den Streik. Sie verließen die Betriebe, marschierten unter roten Fahnen zur Kundgebung, an der trotz strömenden Regens sich mehr als 40 000 Arbeiter beteiligten. Die Mannheimer Straßenbahnen wurden für eine Viertelstunde stillgelegt. Dem Aufmarsch der Betriebe zur Kundgebung schlossen sich die Taxifahrer der ganzen Stadt an. Die Werktagen Mannheims demonstrierten unter Losungen, wie

„Monopolwirtschaft bedeutet Preissteigerungen“

„Stabile Preise — keine Panzer“

„Wer Panzer und Kanonen baut, muß den Brotkorb höher hängen“

„Preiszensur statt Briefzensur“

„Weg mit Höcherl — weg mit den SS-Leuten — weg mit den Notstandsge-setzten.“

Der Abschluß der mächtigen Kundgebung, die zu einer eindrucksvollen Manifestation des Kampfes der Arbeiterschaft gegen den sozialreaktionären Kurs der Bonner Regierung und gegen die Macht der Monopole wurde, war der gemeinsame Gesang des Arbeiterliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

Das ist der Geist des Klassenkampfes, der aus den Betrieben auf die Straße getragen worden ist. Solche Aktionen brauchen wir jetzt in der ganzen Bundesrepublik, um die Anschläge der Monopole auf die Lebenshaltung der Arbeiter zurückzuweisen, um zu erreichen, daß die Ausgaben für die Rüstung vermindert werden, die Bundeswehr nicht mit Atomwaffen ausgerüstet wird, und die Bundesrepublik sich nicht länger einer Entspannung hindernd in den Weg stellt.

Die machtvolle Aktion der Mannheimer Arbeiterschaft ist das Ergebnis des

I. Unser Kampf für Frieden und Entspannung — Moskauer Abkommen ein erster Schritt auf diesem Wege

Was wir auf unserem Parteitag gesagt haben, ist heute für jedermann offensichtlich geworden: Die Zeichen der Zeit stehen auf Entspannung. Die Bundesrepublik muß aufhören, dabei Störenfried zu sein. Mit dem Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser hat die Sache des Friedens und der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Völkerverständigung einen Erfolg errungen. Die Menschheit wurde von den Gefahren, die sich aus der radioaktiven Verseuchung ergeben, befreit. Das ist das überragende Verdienst der konsequenten Politik der Sowjetunion und der sozialistischen Länder, die auf friedliche Koexistenz, Entspannung und Abrüstung gerichtet ist. Es ist das Verdienst des weltweiten Kampfes, den die kommunistischen und Arbeiterparteien und die friedliebenden und demokratischen Kräfte in der ganzen Welt gegen die aggressivsten Kräfte des Imperialismus führten und führen.

Ein erster Schritt auf dem Wege der Entspannung wurde getan. Aber das Verbot der Kernwaffentests an sich ist noch keine Abrüstung. Noch ist die Kriegsgefahr nicht beseitigt. Die Imperialisten wollen keine Abrüstung. Dar-

Zusammenwirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Diese Zusammenarbeit ist das Unterpfand für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die hier in so eindrucksvoller Weise demonstriert wurde. Das Beispiel von Mannheim gilt es jetzt zu nutzen, um so den deutschen Militaristen und Imperialisten zu zeigen, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Menschen gewillt sind, in der Bundesrepublik eine andere Politik, eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, der Demokratie und der sozialen Besserstellung durchzusetzen.

Aktionen wie in Mannheim — das ist das kommende Grundsatzprogramm des DGB in Aktion. Das ist die Verwirklichung der Politik unserer Partei, wie wir sie auf unserem Parteitag 1963 beschlossen haben.

Aufgabe unserer Zentralkomitee-Tagung ist es nun, die Frage zu beantworten: Wie soll es in der Bundesrepublik weitergehen? Wie verbessern wir die Arbeit unserer Partei, um unter den günstiger gewordenen Bedingungen die Politik unserer Partei noch erfolgreicher durchzusetzen und vorhandene Schwächen in unserer Arbeit zu überwinden?

um muß der Kampf für weitere Schritte der Entspannung und für Abrüstung verstärkt werden. Nichts fällt den Volksmassen im Kampf um den Frieden in den Schoß, sondern alles muß im harten Kampf gegen den aggressiven Imperialismus errungen werden.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen wurden durch die Politik der sozialistischen Staaten, die Friedenspolitik der DDR, durch den Kampf der Volkskräfte in der Bundesrepublik gezwungen, dem Moskauer Abkommen beizutreten. Die Aktivität der Gewerkschaften, das aufopferungsvolle Wirken der Atomwaffengegner, die Ostermärsche, die Appelle von Persönlichkeiten des öffentlichen und des Geisteslebens, waren nicht vergeblich, sondern haben Anteil an diesem Erfolg.

Von unserer Partei, von der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik hängt es ab, ob Westdeutschland weiterhin Störenfried der internationalen Entspannung ist oder ob von Westdeutschland aus weitere Schritte zur internationalen Entspannung und zur Verständigung in Deutschland unterstützt werden.

Die DDR hat das Moskauer Abkommen als einer der ersten Staaten unterzeich-

net. Damit hat sie erneut unter Beweis gestellt, daß sie der Friedensstaat auf deutschem Boden ist. Wieder einmal bestätigte sich, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik in ihrem Kampf gegen den deutschen Militarismus und bei der Verwirklichung ihrer Forderungen in der Deutschen Demokratischen Republik ihre zuverlässigste Stütze hat. Und wieder ist deutlich geworden: je stärker die sozialistischen Länder, je stärker die DDR, desto besser steht es um die Erfolgsmöglichkeiten der Arbeiterklasse, der Werktäglichen und aller friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik. Die DDR hilft uns in der Bundesrepublik. Die Aufgabe der Arbeiterklasse, der Gewerkschafter und aller Werktäglichen in der Bundesrepublik besteht darin, gegen den aggressiven Revanchekurs der deutschen Militaristen zu kämpfen und eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Damit ermöglicht sie den Werktäglichen der DDR, ihre ganze Kraft dem friedlichen Aufbauwerk, der Vollendung des Sozialismus, zu widmen.

In Zusammenhang mit der Ablösung des Bundeskanzlers Adenauer durch Erhard wird in der westdeutschen Öffentlichkeit die Bilanz der 14jährigen Adenauer-Politik gezogen. Viele Menschen beschäftigen sich mit der Frage, ob sich mit dem Abgang Adenauers etwas ändert wird. Mit der Bildung des westdeutschen Staates und während der 14jährigen Adenauer-Herrschaft wurde die Macht des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus wieder hergestellt. Es gelang ihnen ihr ökonomisches Potential auszubauen, ihre Militärmacht wieder zu errichten und Westdeutschland in die NATO einzubeziehen. So wurde unter Preisgabe der nationalen Interessen unseres Volkes die aggressive Kriegspolitik wieder aufgenommen, die zu einer Bedrohung des Lebens unserer Nation und des Friedens in Europa geworden ist. Seine Hauptziele konnte der deutsche Imperialismus jedoch nicht erreichen.

Die Konzeption Adenauers bestand darin, durch die atomare Aufrüstung Westdeutschlands und mit Hilfe der NATO die DDR und Teile Osteuropas der Herrschaft des deutschen Imperialismus zu unterwerfen. Diese Politik Adenauers mußte scheitern, da sich das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland nicht zugunsten des Imperialismus, sondern zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus veränderte. Das wurde spätestens am 13. August 1961 mit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls deutlich sichtbar. Von diesem Zeitpunkt an begann die Krise der Politik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik und ihrer Regierung deutlich zu werden.

Die Politik Adenauers und des deutschen Imperialismus basierte auf dem kalten Krieg und die Verschärfung der internationalen Spannungen. Aber bei den Völkern ist heute weder der kalte, noch der heiße Krieg gefragt. Der gegenwärtige Zeitschnitt ist dadurch charakterisiert, daß die Völker immer stärker internationale Entspannung fordern. Wenn selbst der Präsident der USA, Kennedy, von einem nuklearen Gleichgewicht zwischen den Weltmächten sprach, ist das ein Ausdruck dafür, daß auch er die Veränderung der Lage und des Kräfteverhältnisses in Rechnung stellen muß. Die imperialistischen Ziele, die Politik des Wettrüsts und der Reaktion nach innen sind die gleichen geblieben. Aber in der Verfolgung dieser Ziele will ein Teil der Monopolbourgeoisie gegenwärtig beweglichere Methoden anwenden, da er sich von einem weltweiten Atomkrieg nichts Gutes verspricht. Damit geraten aber die Kräfte um Adenauer, die diese Veränderungen in der internationalen Lage ignorieren, in Widerspruch zu der gesamten internationalen Entwicklung.

Wir sollten sehen, daß sich in letzter Zeit in den Beziehungen des deutschen Imperialismus zu seinen Verbündeten etwas geändert hat. Die deutschen Imperialisten haben seit der Gründung der Bundesrepublik damit spekuliert, daß je größer die internationalen Spannungen, je akuter die Kriegsgefahr ist, ihr Wert als militärischer Verbündeter des USA-Imperialismus zunimmt. Sie fürchten darum, daß mit der internationalen Entspannung und dem Abbau des kalten Krieges auch ihre Bedeutung als Verbündeter der USA gemindert wird. Auf diesem Hintergrund muß man Adenauers Ausspruch betrachten: „Ich kann das Wort Entspannung nicht mehr hören.“

Durch sein ökonomisches und militärisches Potential bekommt der deutsche Imperialismus wachsendes Eigengewicht, verstärkt er seinen Einfluß in Westeuropa und in der NATO. Unter Ausnutzung seiner ökonomischen Kraft versucht er seine aggressive Politik auch seinen Verbündeten aufzudrängen. Einerseits hat er damit gewisse Erfolge andererseits hat das sture Festhalten an der überlebten Politik der Stärke und des kalten Krieges das Verhältnis der deutschen Imperialisten zu ihren eigenen Partnern abgekühlt. Die „Stuttgarter Zeitung“ charakterisierte dies unter der Überschrift „Nur Störenfriede?“ mit folgenden Worten: „Wir müssen es uns eingestehen, das, was wir von unseren Verbündeten militärisch wie politisch fordern... steht deren brennendem und verständlichem Wunsche entgegen.“

Die DDR wird immer stärker, ihr Ansehen wächst

Diese ganze Entwicklung veranlaßt selbst bürgerliche Publizisten zu der Feststellung, daß die Bundesrepublik nicht so stabil ist, wie es nach außen scheint. Dagegen wird die Deutsche Demokratische Republik immer stärker. Ihr internationales Ansehen wächst, weil ihre Politik in Übereinstimmung steht mit der ganzen internationalen Entwicklung. Sie kann auf große Erfolge in ihrer Friedenspolitik und bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau zurückblicken.

Wie der auf dem VI. Parteitag der SED vom Genossen Walter Ulbricht unterbreitete Sieben-Punkte-Vorschlag für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens, das internationale Ansehen der DDR als Staat des Friedens stärkte, so findet nunmehr auch die Verwirklichung des Programms für den umfassenden Aufbau des Sozialismus immer mehr Anerkennung und Hochschätzung in aller Welt. Die Deutsche Demokratische Republik steht ihrer Industrieproduktion nach heute an 5. Stelle in Europa. Die Werkstätten des deutschen Arbeiters-und-Bauern-Staates erzeugen nunmehr 3½-mal so viel Industriegüter wie 1950.

Neue und führende Industriezweige der Chemie, besonders der Petro-Chemie, der Eisen- und Stahlerzeugung, des Maschinenbaus, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und Automatisierung bestimmen, werden vorrangig und mit sichtbaren Erfolgen entwickelt. Die großen Leistungen in der letzten Zeit verlaßt unlängst eine amerikanische Zeitung zu der Feststellung, die Deutsche Demokratische Republik sei „ein neues Arsenal der Industrialisierung geworden“, das über seine gewaltigen Investitionsleistungen im eigenen Lande hinaus wöchentlich eine komplette Industrieanlage in andere Länder exportiert und installiert.

Schon heute laufen die Schiffe der volkseigenen Handelsflotte die Häfen von 80 Ländern des Erdballs an und künden damit von dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg, der sich heute in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht.

Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) hat in den letzten Wochen und Monaten Maßnahmen getroffen, die es der DDR und den anderen sozialistischen Staaten ermöglichen, ihre Wirtschaftspläne noch besser aufeinander abzustimmen, Investitionen mit Schwerpunkten zu vereinbaren, durch die Arbeitsteilung und Kooperierung in der chemischen Industrie, im Maschinenbau, in der Energie-Wirtschaft große Fortschritte zum Nutzen der beteiligten Länder und zur Stärkung des RGW zu er-

reichen. Während in der Zeit von 1957 bis 1962 die Industrieproduktion des RGW um 70 Prozent anstieg, nahm sie in den kapitalistischen Ländern nur um 25 Prozent zu. In den Ländern des RGW sind alle Rohstoffe vorhanden, alle wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten gegeben, um jede Produktionsaufgabe in gegenseitiger Zusammenarbeit erfolgreich zu lösen. Es wird immer offensichtlicher, daß der RGW einen großen Beitrag leistet zur Überwindung der durch die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft der DDR. Schon heute deckt die Deutsche Demokratische Republik zu einem Drittel die Importe der RGW-Länder an Maschinenbau-Erzeugnissen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten wirkt immer stärker zugunsten einer weiteren ökonomischen Stärkung der DDR als moderner, sozialistischer Industriestaat.

Die DDR hat sowohl mit ihrem sofortigen Beitritt zum Moskauer Teststopp-Abkommen, als auch mit dem Staatsbesuch Walter Ulrichs in der Volksrepublik Polen der deutschen und internationalen Öffentlichkeit neue Beweise dafür gegeben, daß die Friedenspolitik der DDR beispielhaft für ganz Deutschland ist. Mit diesem Besuch wurde ein weiteres Mal offenkundig, daß die DDR und Volkspolen freundschaftlich miteinander verbunden sind durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und ihrer Ziele, in den Bemühungen um Abrüstung, um den Abschluß eines Nichtangriffspaktes und für eine deutsche Friedensregelung gegen die von Bonn ausgehende Revanchepolitik. Die während des Besuches getroffenen Vereinbarungen über die Fortführung einer gemeinsamen Politik, über die weitere wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit werden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern noch weiter festigen. Dieser Besuch beweist abermals, daß alle Spekulationen des deutschen Imperialismus, einen Spalt zwischen die Volksrepublik Polen und die DDR treiben zu können, völlig widersinnig sind.

Das Kräfteverhältnis verändert sich auch auf militärischem Gebiet ständig zugunsten der Verteidigungsgemeinschaft der sozialistischen Länder. Die diesjährigen Manöver in der DDR, an denen Teile der im Warschauer Pakt vereinten Streitkräfte der Sowjetunion, der CSSR, Volkspolens und der DDR teilgenommen haben, wurden zu einer überzeugenden Demonstration der militärischen Überlegenheit und der Aussichtlosigkeit aller Blitzkriegspläne, der atomaren

Vorwärtsstrategie der westdeutschen Revanchisten.

Was, liebe Genossinnen und Genossen, ist von der These der aggressiven deutschen Monopolherren und Militaristen von der angeblichen „Nichtexistenz der Deutschen Demokratischen Republik“ übrig geblieben? Die Deutsche Demokratische Republik wurde nicht geschwächt, sie wurde und wird immer stärker und mit ihr auch die Kräfte, die für eine realistische Politik in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eintreten. Es wachsen die Kräfte, die auf eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, auf die Normalisierung und Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten drängen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat ihre Grenzen für ausländische und westdeutsche Besucher weit geöffnet. In den letzten 1½ Jahren besuchten 450 000 ausländische Gäste aus 113 Ländern und im letzten Jahr 950 000 Bürger aus der Bundesrepublik die Deutsche Demokratische Republik. Aber nicht nur das. Allein im Monat Oktober empfing der Staatsratsvorsitzende, Genosse Walter Ulbricht, eine französische Parlamentariergruppe unter Leitung eines Senators der Sozialistischen Partei und führte er freundschaftliche Gespräche mit einer belgischen Parlamentariergruppe und mit Labour-Politikern.

Je stärker die Anziehungskraft der DDR desto mehr versuchen die Bonner Machthaber zu verhindern, daß Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und andere Menschen die Wahrheit über die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik erkennen. Dabei werden sie von Wehner und anderen SPD-Führern unterstützt. Wehner war es, der für alle sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre ein Verbot für Besuche in

Die Adenauer-Politik darf nicht fortgesetzt werden!

Im Denken der westdeutschen Bevölkerung hat sich eine Veränderung vollzogen. Das bestätigen die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute. Zwei Drittel der Befragten erklärten: die Adenauer-Politik darf nicht fortgesetzt werden.

Durch den Moskauer Vertrag sind neue Kräfte in der Bundesrepublik aktiv geworden. So schreibt die „Allgemeine Sonntagszeitung“ am 13. August: „Das Moskauer Abkommen über das begrenzte Einstellen der Kernwaffenversuche hat — wie man in Bonn nicht ohne Sorge feststellt — den Friedensfreunden . . . offenbar erheblichen Auftrieb gegeben. Professor Erhard jedenfalls wurde in letzter Zeit mit Forde-

sozialistische Länder diktierte. Wehner verbietet sozialdemokratischen Genossen die Reise in die sozialistischen Länder in einer Zeit, da die Deutsche Demokratische Republik immer mehr an Anziehungskraft gewinnt, da es bei Vertretern vieler sozialistischer Parteien Europas schon nichts mehr ungewöhnliches, sondern vielmehr etwas ganz normales ist, die Deutsche Demokratische Republik einmal zu besuchen. Aus Furcht vor der Wahrheit über die Entwicklung in der DDR spielt sich Wehner als Schulmeister gegenüber den anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas auf. Für wen kann das Reiseverbot schon einen Sinn haben? Doch offensichtlich nur für diejenigen, die eine Gewaltpolitik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, die statt Entspannung und Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, an der irrealen These von einer möglichen Eroberung der DDR festhalten.

Walter Ulbricht sagte kürzlich: „Jeder Bürger der Bundesrepublik soll einmal die Deutsche Demokratische Republik besuchen. So werden sie am besten Klarheit über die Entwicklung des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates erhalten, so werden sie schneller begreifen, wie nützlich es für die Durchsetzung ihrer eigenen sozialen und demokratischen Forderungen in der Bundesrepublik ist, wenn sie sich in ihrem Kampf auf die Politik und Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik stützen. Hier hat unsere Partei eine große verantwortungsvolle Aufgabe. Sie besteht darin, Menschen für den Besuch der Deutschen Demokratischen Republik zu gewinnen und allen Besuchern der Deutschen Demokratischen Republik zu helfen, die in diesem Staat erlebte Wahrheit ihren Freunden und Bekannten zu berichten.“

Die Adenauer-Politik darf nicht fortgesetzt werden!

rungen solcher Art förmlich überschüttet.“ Ausdruck hierfür waren auch die Aktionen zum 6. August und besonders der Antikriegstag am 1. September.

Weite Kreise der westdeutschen Bevölkerung hatten an die Regierungsumbildung die Erwartung geknüpft, daß nicht nur der Kanzler ausgewechselt, sondern auch in der westdeutschen Politik sich manches ändern würde. Sie hofften, daß der ganze Ballast der Adenauer-Politik abgeworfen und Erhard eine realistischere und liberalere Politik machen werde. Das herrschende Monopolkapital zog sowohl aus der internationalen Entwicklung wie aus der Entwicklung in Westdeutschland die Schlußfolgerung, daß ein Wechsel in der Kanzlerschaft

notwendig ist. Gegen den Widerstand der Adenauer-Gruppe wurde Erhard als neuer Kanzler durchgesetzt, damit er entsprechend der Lage die Interessen der Monopole wirksamer wahrnimmt.

Die Regierung Erhard ist die Interessenvertreterin der Bank- und Industriemonopole, der Großgrundbesitzer und Militaristen. Darum haben die Herren der Großbanken und der Bundesverband der Deutschen Industrie Erhard ihre volle Unterstützung zugesagt. Daraum erklärte der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, Schneider: „Die deutsche Wirtschaft sieht in dem Bundeskanzler Erhard einen Mann ihres besonderen Vertrauens.“ So ist zu erklären, daß Erhard an den Zielen der bisherigen Bonner Politik festhält, an der atomaren Aufrüstung, den Revancheplänen, der Forderung nach Annexion der DDR, der Besetzung der Demokratie durch Notstandsgesetze und dem Abbau der sozialen Rechte.

Die internationale Entwicklung nach dem Moskauer Abkommen, die Einwirkungen der Friedenspolitik und die Er-

Hauptstoß gegen die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals

Wir richten den Hauptstoß gegen die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, gegen die ihre Politik vertretenden Scharfmacher in der CDU/CSU und in der Bonner Regierung. Unsere Orientierung geht dorthin, das Umdenken in der Bevölkerung zu beschleunigen, diese Kräfte zusammenzuführen, um so eine breite Volksbewegung für Schritte der Entspannung, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, für Nichtangriffspakt und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu entwickeln. Wir sind bestrebt, die Massen für die Durchsetzung echter Entspannungsmaßnahmen zu mobilisieren und so auf die Erhard-Regierung einen stärkeren Druck auszuüben. Dadurch wird auch der Differenzierungsprozeß im Lager der Bourgeoisie gefördert und werden zugleich Illusionen über die Politik der Erhard-Rei- gierung in der Bevölkerung abgebaut.

Wir sehen also, daß sich auch in Westdeutschland ein verstärktes Ringen zwischen den beiden Tendenzen der imperialistischen Politik vollzieht. Es ist ein Ringen jenen, die einen verschärften Kurs der Atomkriegspolitik steuern wollen und jenen, die für eine beweglichere Politik sind. Die Auseinandersetzung geht darum, welche Kräfte des Imperialismus den Hauptteil auf die Regierungspolitik ausüben.

Für die friedlichen und demokratischen Kräfte ergeben sich in dieser

folge der DDR sowie die Veränderungen im Denken der westdeutschen Bevölkerung veranlassen Teile des Monopolkapitals zu dem Versuch, sich beweglicher Methoden bei der Verfolgung ihrer Ziele zu bedienen. Erhard und Schröder möchten den Eindruck schaffen, daß sie andere Wege gehen wollen als Adenauer. Sie tun das auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen, um die Stimmung der Bevölkerung aufzufangen. Es gibt Differenzen in der Monopolbourgeoisie hinsichtlich der Taktik. Diese Differenzen widerspiegeln sich auch in der Bonner Regierung, in der Regierungskoalition und in der Spalte der CDU/CSU.

Es sind Auseinandersetzungen zwischen den Kräften, die an der Adenauer-Politik festhalten wollen und den Kräften, die zwar die gleichen Ziele verfolgen, aber in den Methoden beweglicher sein möchten. Die Differenzen bestehen zwischen den Scharfmachern, die mit Hilfe des Adenauer-de Gaulle-Paktes auf die Achse Bonn–Paris setzen und den Kräften, die eine stärkere Anlehnung an die USA und die Eingliederung Englands in die EWG anstreben.

Situation neue Aufgaben und Möglichkeiten. Sie müssen die Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten über die Taktik zwischen den beiden imperialistischen Gruppen ausnutzen, um den Einfluß der revisionistischen Scharfmacher zurückzudrängen, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Friedenskräfte zu verändern. Noch ist es so, daß in der Bundesrepublik die Scharfmacher einen überaus starken Einfluß ausüben. Sie haben ihre Vertreter direkt in der Regierung und beeinflussen mit Adenauer, Strauß und Brentano maßgeblich die Bonner Politik. Diese Scharfmacher, zu denen auch der Kriegsminister von Hassel gehört, und die Hitlergeneräle der Bundeswehr sind es, die in der NATO durchsetzen wollen, daß im Rahmen der Vorwärtsstrategie in der ersten Stunde eines militärischen Konflikts Atomwaffen zum Einsatz kommen. Wie gefährlich und verbrecherisch diese Politik ist, zeigen die jüngsten Provokationen amerikanischer Verbände an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik.

Erhard bezeichnet seine Politik als eine Politik der Verständigung. Im ganzen Regierungsprogramm sind aber keine Verständigungsvorschläge enthalten. Dafür wird des öfteren erklärt, daß die bisherige Politik fortgeführt werden soll.

Erhard spricht sich einerseits für weitere Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA aus, um zu prüfen,

ob es Möglichkeiten eines Abbaus der Spannungen gibt. Er beteuert, daß er für allgemeine kontrollierte Abrüstung und für Teilmaßnahmen auf diesem Wege sei. Andererseits aber kündigt er die Fortsetzung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr an.

Erhard sagt, man könne nicht hoffen, internationale Spannungen zu beseitigen, wenn die Deutschlandfrage ungelöst bleibt, aber er lehnt jede Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik und Maßnahmen zum Abbau der Spannungen in Deutschland ab, obwohl für jedermann ersichtlich ist, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege der internationalen und innerdeutschen Entspannung ihrer Lösung nähergebracht werden kann. Er schleppt auch in diesem Punkt den Ballast der Adenauer-Politik weiter mit sich. Damit ist seine Politik ebenso unrealistisch und antinational, wie die von Adenauer vertretene.

Um der internationalen Entspannung und der Annäherung der beiden deutschen Staaten zu dienen, wäre es notwendig, daß die neu gebildete Erhard-Regierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Kontakt zueinander aufnehmen, um über die Normalisierung, die Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verhandeln. Der 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, hat auf dem Festempfang für die Kosmonauten am Abend der Volkskammerwahl erneut die Verhandlungsbereitschaft der Regierung der DDR bestätigt. Er sagte:

„Über die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten ist es möglich, die Spaltung zu überwinden und dem Volk ein Leben in Frieden und Sicherheit zu garantieren. Darum werden wir weiter bemüht sein, eine Entspannung in den Beziehungen zur

westdeutschen Bundesrepublik zu erreichen.“

Dies allein ist der Weg, der über eine Konföderation zur schrittweisen Wiedervereinigung führt. Wir betonen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, daß ein deutscher Friedensvertrag und auf dieser Grundlage die Normalisierung der Lage in Westberlin, nicht nur ein bedeutungsvoller Beitrag zur weiteren Entspannung, sondern zugleich ein Beitrag zur Wiedervereinigung ist.

Die ernsteste Bedrohung für die internationale Entspannung und für das Leben unseres Volkes geht gegenwärtig von den Plänen zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht aus. Das ist ein Schlag gegen den Geist des Moskauer Atomteststopp-Abkommens und gegen alle Bestrebungen auf die weitere Entspannung der Lage in der Welt und in Deutschland. Mit der Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO wird die Zahl der Staaten, die über Atomwaffen verfügen, weiter ausgeweitet. Indem so die deutschen Militäristen Atomwaffen erhalten, wird die Gefahr eines atomaren Krieges unermeßlich vergrößert. Darum betrachten wir es als Hauptaufgabe unserer Partei, und der Friedenskräfte in der Bundesrepublik, diesen Plänen mit Aktionen der vielfältigsten Art entgegenzutreten. Der 6. DGB-Kongress hat u. a. den sehr richtigen Beschuß gefaßt, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ zu aktivieren. Diesem Beschuß entspricht es, zur Abwehr der atomaren Bedrohung unseres Volkes in den Gewerkschaften gegen die Pläne der multilateralen Atomstreitmacht aufzutreten und Maßnahmen zur Mobilisierung der Bevölkerung zu beschließen. Wir müssen alles tun, um zusammen mit den Gewerkschaftern Beschlüsse für gewerkschaftliche Aktionen zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik herbeizuführen.

In der ersten Reihe der demokratischen Bewegung stehen!

Genossinnen und Genossen!

Heute kann jeder sehen, daß die Militarisierung und die aggressive Politik nach außen verbunden ist mit dem Abbau der Demokratie, mit der Verletzung der Persönlichkeitsrechte. Vor der Bonner Schnüffel- und Spitzelorganisation ist niemand sicher. Die Tatsachen, die bekannt geworden sind über das Ausmaß der Verletzung des Post- und Telefongeheimnisses und der Intimsphäre der Bürger haben breite Volksschichten in Erregung gebracht. Bisher hielten sie so etwas nicht für möglich und glaubten, sie lebten in der Bundesrepublik in einem

demokratischen Rechtsstaat. Die Möglichkeiten für eine breite demokratische Volksbewegung, die aufs engste mit dem Kampf für Frieden und Entspannung verbunden ist, sind gewachsen.

Wie in der Außenpolitik, versucht Erhard auch in Fragen der Innenpolitik den Eindruck zu erwecken, als ob er einen anderen Kurs einschlagen wolle. Mit Erklärungen wie „Sicherung der Rechtsstaatlichkeit“, „ein besseres Verhältnis zur Intelligenz“, „nicht jede Kritik an der Regierung ist schon staatsgefährdend“ usw. versucht er sich als liberaler Mann, als Mann der Mitte aufzuspielen.

So möchte er der demokratischen Bewegung in der Bevölkerung entgegenwirken. Auch hier hat sich eindeutig an den Zielen nichts geändert.

Erhard hat in seiner Regierungserklärung keinen Zweifel darüber gelassen, daß er unter allen Umständen in kürzester Frist die Notstandsgesetzgebung im Bundestag durchsetzen will. Auch führende rechte SPD-Führer bekunden ihre Bereitschaft, einer Notstandsgesetzgebung zuzustimmen. Darum ist es nicht richtig, wenn Gewerkschafter und auch Genossen sich in der Hoffnung wiegen, daß die herrschenden Kreise in Bonn in Anbetracht der Volksstimming wegen der „Spiegel“-Affäre und der Enthüllungen über die Praktiken des Verfassungsschutzes nicht wagen würden, jetzt die Notstandsgesetze dem Bundestag erneut vorzulegen. Jeder muß durch die Erhard'sche Regierungserklärung alarmiert werden. Die Erfahrungen zeigen, daß die militaristischen Kräfte den Versuch unternommen, der wachsenden Volksbewegung durch weitere Angriffe auf die Pressefreiheit und die demokratischen Rechte zu begegnen. Bis jetzt sind nicht die Gestapoverbrecher Wenger und andere aus dem Verfassungsschutz entlassen. Aber „Panorama“-Redakteure, die die Praktiken des Verfassungsschutzes mitenthielten, wurden gemäßregelt. Das muß alle demokratischen Kräfte alarmieren, sie zur höchsten Aktivität, zum Kampf um die Verteidigung des Grundgesetzes gegen die Notstandsgesetze anspornen. Wie dieser Kampf geführt werden muß, das zeigt der Beschuß des Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik. Hier wurde ein ganzes Aktionsprogramm zur Verteidigung der Demokratie gegen die Notstandsgesetze beschlossen.

Die Enthüllungen über den verfassungsschutz haben zahlreiche Menschen in der Bundesrepublik zu der Feststellung veranlaßt, daß die Diener des Hitlerschen Unrechtsstaates heute wie damals Kommunisten, Friedenskämpfer und Demokraten verfolgt werden. Die SS-Leute im Verfassungsschutz lieferten das Material und stellten die anonymen Zeugen für die Verurteilung von Friedenskämpfern ebenso wie für das Verbot zahlreicher Friedensorganisationen und für das Verbot der KPD. Selbst die „Frankfurter Rundschau“ kam zu einer solchen Feststellung:

„So stehen die Kommunisten von heute ihren Verfolgern von damals, SS und SD, wieder gegenüber, weil wir unsere Verfassung von denselben Leuten schützen lassen, die einst Hitlers Unrechtsstaat gegen das Recht verteidigten... Man fragt sich: Wer schützt unsere Verfassung vor ihren Beschützern?“

Wir Kommunisten müssen, wie das der Parteitag beschlossen hat, durch unsere Aktivität in der ersten Reihe der demokratischen Bewegung stehen.

Wenn die Bonner Machthaber die Entlarvung ihrer grundgesetzwidrigen und volksfeindlichen Politik dadurch verhindern wollen, daß sie unbequeme Journalisten aus Rundfunk und Fernsehen entfernen, so haben wir sofort die Initiative zu ergreifen, um die Ersten zu sein: Ob es sich dabei um die Pressefreiheit für den „Spiegel“ oder für das „Blinkfüer“ handelt, ob es um das Recht der freien Meinungsäußerung für Prosko, Paczensky, eines fortschrittlichen Gewerkschafters oder des Herausgebers des „Blinkfüer“ Amt geht.

Weg mit Höcherl!

Der schwächste Punkt in der Erhard-Regierung ist Höcherl, gegen den sich breite Volksschichten wegen seiner Eingriffe in die Bürgerrechte wenden. Die Forderung „Weg mit Höcherl!“ haben sich ganze Industriegewerkschaften, so die IG Metall, viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und auch die SPD zu eigen gemacht. Gerade in der Verteidigung der Demokratie kann der Kampf um die Forderung „Weg mit Höcherl“, „Säuberung der Staatsorgane von SS- und Gestapoverbrechern“, „Schutz der Bürgerrechte“ zu Erfolgen führen. So kann auch der Kampf gegen die Notstandsgesetze, für die Sicherung der verfassungsmäßigen Grundrechte einen neuen Aufschwung bekommen. Mit dem Stoß gegen Höcherl treffen wir die

Strauß-Leute, die extremen Militaristen und richten die Bewegung auf das Ziel, die Notstandsgesetze zu verhindern.

Geistesschaffende, Publizisten, Juristen und Strafrechtler erheben die Forderung, daß zur innenpolitischen Entspannung in der Bundesrepublik die politische Gesinnungsjustiz, die auf dem Höhepunkt des kalten Krieges geschaffen wurde, beseitigt, eine politische Amnestie herbeigeführt und das Verbot der KPD aufgehoben werden muß. Solange in der Bundesrepublik, ebenso wie im faschistischen Spanien und Portugal, die Kommunistische Partei verboten ist, kann kein Mensch das Gerede Erhard's von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ernst nehmen. Die Legalität der KPD ist der Gradmesser

dafür, wieviel Demokratie in der Bundesrepublik besteht. Wir sollten darum jede Gelegenheit wahrnehmen, um in den Betrieben und Gewerkschaften, um in allen Bevölkerungsschichten die Forderung nach politischer Amnestie, nach der Wiederherstellung der Legalität unserer Partei zu erheben. Wir betonen noch einmal, daß wir bereit sind, mit der Regierung über Schritte zur Wiederherstellung der Legalität unserer Partei zu verhandeln.

Wie sehr die Möglichkeiten für die Entfaltung des Kampfes um die Legalität wachsen, geht u. a. aus solchen Tatsachen hervor, daß sich bei einer Umfrage des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts eine große Zahl der Befragten für die Aufhebung des Verbotes unserer Partei ausgesprochen hat. Darüber hinaus publizieren bürgerliche Journalisten in der letzten Zeit ähnliche Gedanken. Den weiteren Kampf für die Legalität der Partei führen wir vor allem

so, daß wir die Partei noch stärker auf die legale Massenarbeit orientieren. Durch das legale Auftreten unserer Genossen, die Erfüllung ihrer Rolle als Organisator und Initiator von Volksaktionen, wird der Masseneinfluß unserer Partei erhöht und das Verbot der Partei auf vielfältige Weise durchbrochen.

Ich möchte hier die Frage aufwerfen, ob unsere Partei ihrer Aufgabe im demokratischen Kampf immer gerecht wird. Wäre es nicht möglich gewesen, solche Aktionen wie gegen Höcherl, viel wichtiger in allen bedeutsamen Städten des Bundesgebietes durchzuführen? Das wäre möglich gewesen, wenn unsere Partei die Bedeutung dieser Forderung und die Möglichkeit der Organisierung von Aktionen für den Rücktritt von Höcherl, für die Entfernung der SS-Leute und Gestapo-Verbrecher aus dem Verfassungsschutz sofort erkannt und ihrer Rolle als Initiator und Organisator entsprochen hätte!

Was sind die Hemmnisse unserer Arbeit?

Viele Genossen verstehen den Kampf um Demokratie noch nicht als notwendigen Bestandteil des Kampfes gegen die Herrschaft des Monopolkapitals und der Militaristen und für gesellschaftlichen Fortschritt. Manchen Genossen widerstrebt es, sich beispielsweise an Aktionen zum Schutz von Journalisten zu beteiligen, die neben ihrer Kritik an den gegenwärtigen Zuständen in der Bundesrepublik auch den Antikommunismus mitmachen. Aber das ist doch eine falsche Haltung. Auch hier müssen wir das Trennende beiseite schieben. Es ist notwendig, daß wir den Prozeß des Umdenkens in allen Bevölkerungsschichten durch unsere Initiative und Aktivität beschleunigen und zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Kampfes für die Verteidigung der demokratischen Rechte nehmen. Das schließt nicht aus, daß wir uns mit dem Antikommunismus auseinandersetzen.

Wir werden auch dadurch gehemmt, daß manche Genossen glauben, mit ihrem öffentlichen Auftreten könnten sie sich selbst und die illegale Arbeit der Partei gefährden. Das ist aber falsch. Der wichtigste Hebel unserer Tätigkeit ist die legale Massenarbeit. Das entspricht auch unserem Parteitagsbeschuß. Die Entwicklung von Massenaktionen zur Wahrung der demokratischen Rechte ist das Legalste, was es geben kann; denn wir verteidigen damit das Grundgesetz. Wir erfüllen damit gleichzeitig unsere Aufgabe als Kommunisten, zeigen, daß wir die besten Verteidiger der demokratischen Rechte sind und daß es im Interesse der Demokratie notwendig ist, unse-

rer Partei freie Betätigungs möglichkeit zu geben und ihre Rechte wieder herzustellen.

Auch wir als Zentralkomitee haben es noch nicht immer vermocht, die Partei über die Agitation und Propaganda hinaus zur Organisierung konkreter Aktionen hinzuführen. Viele Parteiorganisationen und Leitungen registrieren die Empörung in der Bevölkerung, nehmen in Flugblättern und in anderen Materialien dazu Stellung, sehen aber ungenügend ihre Aufgabe darin, Initiator und Organisator von Aktionen zu sein. Sie richten ihren Blick zu sehr nach innen und sehen nur ungenügend, daß die Arbeit unter den Massen die ausschlaggebende Aufgabe ist. Wenn wir dieses Hemmnis überwinden, dann werden wir die Aufgabe des Parteitages erfüllen, Organisator des demokratischen Kampfes der Volksmassen zu sein.

Dabei ist uns die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR, wie sie ihren sichtbaren Ausdruck in der Vorbereitung und Durchführung der Volkskammerwahlen fand, eine starke Waffe, die wir im Kampf um die demokratischen Rechte des Volkes in Westdeutschland zur Anwendung bringen müssen. Es ist unsere Aufgabe, den militaristischen Feinden der Demokratie nicht mehr die Möglichkeit zu lassen, den Freiheitsgedanken zu missbrauchen. Wir müssen zeigen, daß dort das Volk wirkliche Freiheit besitzt, wo die Macht der Monopole und Militaristen ein für alle mal gebrochen ist.

II. Grundfragen einer unabhängigen Gewerkschaftspolitik — Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in unserer Zeit

Erhard als Kanzler der Monopole hat in seiner Regierungserklärung den Werk-tätigen den Kampf angesagt. In allen entscheidenden Fragen, sowohl in der Frage Krieg oder Frieden, der Demokratie wie auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, steht die Regierungserklä-rung im offenen Gegensatz zu den Vor-stellungen, Wünschen und Beschlüssen der Gewerkschaften.

Die Erhard'sche Regierungserklärung macht es noch deutlicher, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse und ihre Ge-werkschaften der Politik des Monopolka-pitals eine eigene Konzeption entgegen-stellen muß. Diese muß ausgehen von den sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiterklasse, von der Notwendig-keit der Entspannung und der Verständigung, weil nur im Frieden die Arbeiter-klasse ihre Ziele verwirklichen kann. Der sozialdemokratische Sprecher Erler legte sowohl zur Innen- und Außen-politik des Kanzlers Erhard als auch zu seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Bekenntnis ab. Erler schwieg zu den Forderungen der Gewerkschaften. Das ist auch erklärlich, hatte doch Wehner bereits auf der Wirtschaftspolitischen Ta-gung der SPD in Essen erklärt, die SPD könne nicht der verlängerte Arm der Ge-werkschaften im Staat sein. Die Gewerkschaften müssen also ihre Interessen auch im staatlichen Leben selbst wahr-nehmen und durchsetzen. Das verlangt eine zielstreibige gewerkschaftliche Ak-tivität.

Am 21. und 22. November 1963 fin-det der Außerordentliche DGB-Kon-gress statt. Seine Vorbereitung und Auswertung ist von großer Bedeu-tung für die Diskussion über Grund-fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. Der Wert dieser Aussprache kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Geht es doch dabei vor allem um die Rolle und die Auf-gaben der Gewerkschaften in unserer Zeit, um die Grundfragen einer un-abhängigen Gewerkschaftspolitik. Es geht darum, wie die Gewerkschaften zum Kampf um Frieden, Abrüstung und friedliche Koexistenz, für Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten, für Demokratie und gegen Notstandsgesetze stehen. Weiterhin wird das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat diskutiert, die Existenz von Klassen, die Notwendig-keit, die ungerechte Vermögensverteilung zu verändern, die Mitbestimmung aus-zuweiten und die Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu überführen. Vor allem aber steht der Standort und die

Aufgabe der Gewerkschaften zur Dis-kussion.

Es geht darum, ob die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ihre Klassen-interessen in Wirtschaft, Politik und Staat vertreten oder aber sich dem Mo-nopolkapital unterwerfen. Das ist die Grundfrage. Die Diskussion in der Vor-bereitung des Außerordentlichen DGB-Kongresses zeigt, daß die positiven Ver-änderungen, die sich in den Gewerkschaften seit einigen Jahren andeuten, weitergehen. Die Kräfte, die mehr oder weniger auf dem Boden einer unabhän-gigen und selbständigen Gewerkschafts-politik stehen, haben ihren Einfluß er-weitert. Wir dürfen aber die Gefahr nicht unterschätzen, die von der Gruppe Wehner, Erler, Leber, Deist ausgeht, die große Anstrengungen unternehmen, um die Gewerkschaften auf ihren Kurs der Unterwerfung unter die Interessen des Monopolkapitals zu bringen.

In der Auseinandersetzung mit der Führungsgruppe der SPD und angesichts der sich vertiefenden Klassengegensätze waren die positiven Kräfte im DGB, die zumeist ebenfalls Sozialdemokraten sind, gezwungen, ihre Konzeption allseitiger zu begründen und zu vertiefen. Dies zeigte sich vor allem auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Kera-mik, dem Gewerkschaftstag der Ge-werkschaft Holz sowie auf der Betriebsräte-konferenz der IG Metall. Es zeigt sich auch in den Anträgen an den Außer-ordentlichen DGB-Kongreß sowie in Artikeln der Gewerkschaftspresse.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden hat deren Vorsitzen-de Georg Leber eine Plattform entwi-kelt, die sich gegen die Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses richtet, gegen das neue Grundsatzprogramm. Er will die Gewerkschaften auf einen Kurs festlegen, der ihrer ganzen Tradition und den heutigen Erfordernissen widerspricht. Nach dem Willen Lebers sollen die Ge-werkschaften zu einem „Ordnungsfak-tor“ werden. Sie sollen sich in die be-stehende Ordnung einordnen. Sie sol-ten darauf verzichten, „die wirtschaftli-che, soziale und gesellschaftliche Ord-nung konstruktiv zu verändern“, wie das der Gewerkschaftstag der IG Che-mie-Papier-Keramik forderte. Leber will, daß sich die Gewerkschaften mit der bestehenden Ordnung abfinden sol-ten, das heißt, mit einer Ordnung, in der die alten Besitz- und Machtverhält-nisse und die sich daraus ergebenden Abhängigkeitsverhältnisse nach wie vor existieren. Wütend überfällt „Der

Grundstein" in einer Forsetzungsserie den Chefredakteur der "Gewerkschaftlichen Monatshefte", Walter Fabian, weil dieser sich in einem Artikel in der "Holzarbeiter-Zeitung" Nr. 9/63 mit Entschiedenheit dagegen ausgesprochen hatte, die bestehende Ordnung als gegeben hinzunehmen und zu bejahen. Stattdessen sollten nach der Meinung Fabians die Gewerkschaften "die Entwicklung nach Kräften in die Richtung einer besseren menschenwürdigen Gesellschaft lenken. Ihr letztes Ziel kann also nicht sein, das Bestehende zu erhalten, sondern vielmehr: etwas Besseres mit heraufführen zu helfen".

Leber behauptet, daß in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse ihren Charakter verändert habe und praktisch keine Arbeiterklasse im überlieferten Sinne mehr sei. Die Wirklichkeit in der Bundesrepublik sieht ganz anders aus. Auch in der Präambel zum neuen Grundsatzprogramm wird eindeutig nachgewiesen, daß es nach wie vor eine Arbeiterklasse gibt, deren einzige Einkommensquelle die Arbeitskraft ist.

Auf dem 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik sagte deren Vorsitzender Wilhelm Gefeller: wenn jemand behauptet, die klassischen Aufgaben der Gewerkschaften seien erledigt, dann müsse er beweisen, daß es in unserer Gesellschaft keine Interessenkonflikte mehr gäbe. Er stellt dann fest:

„Es gibt sie noch genauso im Grundsätzlichen wie in der Frühzeit der Ar-

beiterbewegung. Gewiß, auf anderen Sektoren, mit anderen Varianten, aber Methode und Einsatz bei der Austragung dieser Interessenkonflikte sind im Grundsätzlichen gleichgeblieben.“

Die sich anbahnende internationale Entspannung, deren sichtbarer Ausdruck das Moskauer Teststopp-Abkommen ist, findet in der Gewerkschaftsbewegung großen Widerhall. In der Entschließung, die dazu auf dem 6. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz angenommen wurde, heißt es:

„Damit ist endlich ein erster Schritt zu dem Ziel getan, das die Gewerkschaften seit Jahren anstreben.“

Die Delegierten fordern von der Bundesregierung eigene Schritte zur Entspannung. Sie verlangen eine positive Einstellung zu allen weiteren Verhandlungen zwischen Ost und West sowie einen Verzicht auf Atomwaffen jeder Art.

Dieser Gedanke, daß die Bundesrepublik und die Bundesregierung eigene Initiativen ergreifen müssen, wird im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm in vielen Kreisausschüssen des DGB und anderen Gewerkschaftsorganisationen diskutiert. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die Arbeiterklasse erkennt: die Bundesrepublik wird nur dann einen eigenen Beitrag zur Entspannung leisten, wenn die Arbeiterklasse um diesen Beitrag kämpft und dazu die vielfältigsten Aktionen durchführt.

Für sachliche Beziehungen zur DDR

In der Gewerkschaftsbewegung finden, ausgehend von der Politik der Entspannung, neue Gedanken Raum, wie der kalte Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten beendet werden kann. Dabei werden Überlegungen angestellt, die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR zu normalisieren und auf einen sachlichen Boden zu stellen. Aber noch ist der Antikommunismus und speziell eine feindliche Haltung zur DDR in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung stark verbreitet. Daß jedoch solche Überlegungen gerade jetzt angestellt werden, nachdem in einer ganzen Periode dieses Problem praktisch aus der Diskussion ausgeklammert war, zeigt das Neue und die Richtung, in der es notwendig ist, die Diskussion zu verstärken. In Gewerkschaftspublikationen wird gefordert, die Scheuklappen abzunehmen, die Lage in Deutschland real einzuschätzen und eine reale Politik zu betreiben. So fordert Lindemann in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" Nr. 8/1963:

„... die nüchterne Anerkennung von Tatsachen“ (in bezug auf die DDR), „um von dort aus mittlere Lösungen anzustreben, die Ziel und Inhalt jeder Politik sein müssen, die sich an der Wirklichkeit orientiert.“

Auf derselben Linie liegt auch der Antrag des DGB-Kreisausschusses Solingen an den Außerordentlichen DGB-Kongress. Darin heißt es:

„Um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen und somit dem Frieden in Europa zu dienen, sind zunächst Zwischenlösungen anzustreben. Voraussetzung hierfür ist vor allem eine Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands.“

Wir können also feststellen, daß die Voraussetzungen, die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung in ein besseres Verhältnis zur Arbeiterklasse in der DDR und zur DDR selbst zu bringen, günstiger geworden sind. Die Fortset-

zung dieser Anfänge erfordert eine beharrliche und prinzipielle Diskussion in den Gewerkschaftsorganisationen. Die Tatsache, daß die Anträge von Gewerkschaftsorganisationen zur Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten an den DGB-Kongress von den Vorständen der Industriegewerkschaften und des DGB nicht weitergeleitet wurden, zeigt das mit aller Deutlichkeit.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zeigen: dort, wo dem Antikommunismus Konzessionen gemacht werden, wird die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse und besonders der Gewerkschaften gehemmt. Dort aber, wo es gelang, den Antikommunismus zurückzudrängen, wie beim Metallarbeiterstreik und bei den jüngsten Kundgebungen, wurde die Schlagkraft der Gewerkschaften gestärkt und wurden Erfolge erzielt. **Die Gewerkschaften sollten offizielle Delegationen in die DDR entsenden, um sich an Ort und Stelle ein objektives Bild von der Lage zu machen. Das zu erreichen, muß eine der vordringlichsten Aufgaben unserer ganzen Partei sein.**

Welche Aufgaben hat unsere Partei bei der gegenwärtigen Entwicklung in den Gewerkschaften? Ohne Zweifel erkennen viele unserer Genossen, daß es die Pflicht jedes Kommunisten ist, aktiver Gewerkschafter zu sein. Zahlreiche Genossen waren aktiv beteiligt an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Diskussion über den Entwurf des Grundsatzprogramms. Wo unsere Genossen auf der Linie der programmatischen Erklärung in den Gewerkschaften Vorschläge zum DGB-Grundsatzprogramm machten und begründeten, stellten sich Erfolge ein. Das Ansehen der Kommunisten wuchs, und die Beziehungen zu den Sozialdemokraten wurden verbessert.

Es muß überwunden werden, daß sich unsere Genossen in den Gewerkschaften

als Oppositionelle am Rande fühlen und sich oft scheuen, offen aufzutreten. Wir Kommunisten sind für starke Gewerkschaften, wir sind dafür, daß die Vertrauensmännerkörper der Gewerkschaften so schlagkräftig wie nur irgend möglich ausgebaut werden. Ich möchte wiederholen, was ich auf dem Parteitag schon gesagt habe: Die Lehren der Arbeiterkämpfe haben bewiesen, daß der gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper das wichtigste Instrument zur Mobilisierung der Betriebsbelegschaften ist. Darum ist es Aufgabe eines jeden Kommunisten im Betrieb, gewerkschaftlicher Vertrauensmann zu werden.

Vor allem kommt es darauf an, ausgehend von dem Grundsatzprogramm des DGB, die begonnene Klärung in der Arbeiterklasse über den Standort und den Klassencharakter der Gewerkschaften fortzusetzen. Es wäre ein gefährlicher Trugschluß, zu glauben, daß mit der Annahme des Grundsatzprogramms der Einfluß der rechten Führer der SPD auf die Gewerkschaften abgestoppt sei. Auch der Inhalt des Grundsatzprogramms selbst fordert neue klärende Diskussionen über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Gegenwart und die Ziele, die sich die Gewerkschaften zur Veränderung der monopolkapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik stellen. Brenner sagt, das Ziel müsse sein eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zu schaffen.

In diesen Diskussionen der Gewerkschafter wird dem Plan der Wehner, Erler, Deist und Leber entgegengewirkt, die Gewerkschaften von ihren Aufgaben im Kampf für Frieden und Demokratie abzuhalten und der Arbeiterbewegung die sozialistische Perspektive zu nehmen. Durch eine solche breite Aussprache über das Grundsatzprogramm und durch Aktionen zu seiner Verwirklichung werden die Gewerkschaften in der Tat zu Schulen des Klassenkampfes.

Den verstärkten Angriff der Monopole

Die Gewerkschaften stehen jetzt vor der Aufgabe, den verstärkten Angriff der Monopole und ihrer Regierung auf den Lebensstandard und die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiter zurückzuschlagen. Unter welchen Bedingungen werden diese Kämpfe geführt werden müssen? Rufen wir uns den Streik der Metallarbeiter im Frühjahr dieses Jahres in Erinnerung. Die Bedeutung dieses Streiks haben wir bereits auf dem Parteitag eingehend gewürdigt. Dieser Streik leitete eine neue Etappe des Kampfes gegen die Monopole und ihre Regierung ein. Er offen-

auf den Lebensstandard zurückweisen

barte, daß der Widerstand der Unternehmer gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse härter geworden ist. Die Zeit, in der die Gewerkschaften durch relativ geringen Druck den Unternehmern Lohnerhöhungen und andere soziale Zugeständnisse abringen konnten, ist vorbei. Die Gewerkschafter müssen sich darauf einstellen, daß sich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital weiter verschärfen werden. Die Werkätigen werden nur das erreichen, was sie sich durch entschlossene Aktionen erkämpfen.

Die lange Laufzeit vieler Tarifverträge erweist sich als Hindernis für die Gewerkschaften, ihre volle Kraft einzusetzen, um angesichts der Preiswelle ein Absinken des erreichten Reallohnes zu verhindern. Wir erleben in den letzten Wochen und Monaten ein rapides Ansteigen der Preise von Gütern des lebensnotwendigen Bedarfs. Dazu kommt, daß ab 2. November für einen großen Teil der Bevölkerung die Mieten freigegeben wurden und der Mieterschutz aufgehoben wird. Systematisch gehen die Monopole und ihre Regierung dazu über, den Lebensstandard, den sich die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik erarbeitet und erkämpft hat, abzubauen und die Sozialversicherung zu verschlechtern.

Die Taktik solcher Führer der SPD, wie Wehner, Deist, Erler läuft darauf hinaus, die Arbeiterklasse zum Stillhalten zu bewegen und den Angriffen der Monopole keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiter und Angestellten haben darauf bereit die Antwort gegeben. Die unerträglichen Preissteigerungen haben dazu geführt, daß in der Arbeiterklasse sich eine große Empörung angehäuft hat, die sich jetzt in Aktionen gegen die Milchpreiserhöhungen an vielen Orten der Bundesrepublik entlud. Diese Aktivitäten zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, die zunehmenden Belastungen hinzunehmen und sich dagegen wehrt. Einige Milchstreiks in den Betrieben führten zu Tellerfolgen. Werksleitungen großer Betriebe mußten die Differenz zum alten Milchpreis übernehmen. Auch das ist eine Teuerungszulage.

Es mehren sich die Stimmen, die sich gegen langfristige Tarifverträge wenden und eine vorfristige Kündigung der Tarifverträge fordern. Die Empörung gegen die Teuerung sollte zum Ausgangspunkt von Forderungen, wie Teuerungszulagen, Kündigung der Tarife und Abschluß kurzfristiger Tarifverträge sowie zur Klärung der Hintergründe der Preissteigerungen gemacht werden. Hier bieten sich auch Möglichkeiten, mit den übrigen Teilen der Bevölkerung besonders mit den Hausfrauen und den Bauern ins Gespräch zu kommen, um mit ihnen gemeinsam einen Druck auf die Erhard-Regierung auszuüben. Durch Wegfall der mehrfach erhobenen Umsatzsteuer und der überaus hohen Gewinne des Großhandels können die Bauern für ihre Produkte einen ausreichenden Preis erhalten, ohne daß eine Verteuerung für den Verbraucher eintritt.

In Mannheim forderten 32 Betriebsräte der IG Metall in einer Entschließung von der Bezirksleitung Stuttgart,

dass diese versuchen soll, Teuerungszulagen durchzusetzen. Und auf der Vertreterversammlung in Frankfurt am Main wurde der Hauptvorstand aufgefordert, ebenfalls Teuerungszulagen durchzusetzen. Teuerungszulagen sind aber vor allem das Ergebnis der Aktivität auf der betrieblichen Ebene und es besteht die größte Möglichkeit, sie dort durchzusetzen.

Der Kampf um solche Teuerungszulagen ist zugleich die beste Vorbereitung für neue Lohnbewegungen, die sich zweifellos auch in der Metallindustrie entwickeln werden. Im Tarifvertrag der IG Bau, Steine, Erden ist eine Klausel enthalten, die die Möglichkeit bietet, bei einer Preissteigerung von über 1,5 Prozent Lohnerhöhungen zu fordern. Die Bauarbeiter sollten darauf drängen, daß die IG Bau, Steine, Erden von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, um zu verhindern, daß durch die lange Laufzeit des Tarifvertrages der Reallohn weiter absinkt.

In wenigen Monaten laufen eine ganze Reihe von Tarifverträgen aus, wie z. B. bei der IG Chemie-Papier-Keramik. Dort besteht die Möglichkeit, solche Lohnerhöhungen durchzusetzen, die die Preissteigerungen gebührend berücksichtigen. Die Unternehmer drängen auch jetzt schon wieder darauf, die nächste Stufe der Arbeitszeitverkürzung in der metallverarbeitenden Industrie, die am 1. Januar 1964 in Kraft treten soll, hinauszuschieben. Otto Brenner hat bereits angekündigt, daß die IG Metall darauf besteht, die Arbeitszeitverkürzung fristgemäß durchzusetzen.

Die Kundgebungen und Demonstrationen der Arbeiterklasse sind das richtige Mittel, um das reaktionäre Regierungsprogramm zu durchkreuzen. So können die Monopole und ihre Regierung gezwungen werden, von Maßnahmen, wie z. B. die Verabschiedung der Krankenkassenreform oder der Notstandsgesetze, Abstand zu nehmen und zugleich Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Neue große Belastungen kommen durch die Mietpreisfreiheit und die Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen auf die Werktagen zu. Der Sinn dieser Bestimmungen ist, den Wohnungsbau und die Vermietung von Wohnungen zu einem lukrativen Geschäft zu machen. Auf diese Weise will die Bonner Regierung die Mittel, die bisher für Wohnungsbau im Staatshaushalt festgelegt waren, einsparen, um sie für die Rüstung zu verwenden. Heute muß bereits jedes junge Ehepaar, bevor es sich auch nur einen Stuhl kaufen kann, viele Tausend Mark aufbringen, um nur eine Wohnung zu erhalten. Es ist hohe Zeit,

daß der Bodenspekulation Einhalt geboten, der Wohnungsbau auf Kosten der Unternehmerprofite und durch staatliche Zuschüsse verbilligt und Wohnungen zu sozial tragbaren Mieten der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist es notwendig, den sozialen Wohnungsbau beträchtlich zu verstärken, den Mieterschutz wiederherzustellen. Allen Bürgern muß die Möglichkeit gegeben werden, entsprechend ihrem Einkommen eine gesunde und komfortable Wohnung zu beziehen. Der Lücke-Plan führt dazu, daß neue Wohnungsnot geschaffen wird. Schon jetzt bereiten sich die Länder auf umfangreiche Exmittierungen vor. Die Gewerkschaften und Mieterverbände, sollten Maßnahmen gegen Mietpreiserhöhungen und zum Schutz der Mieter durchführen. Vor allen Dingen sollten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte sich gegen jede Erhöhung der Mieten von Werkwohnungen wenden. Für die Durchführung von Aktionen zum Schutze der Mieter sind geschlossene Wohnblocks von Baugesellschaften und Großbetrieben besonders geeignet. Mit den Mietern sollte die Durchführung von Aktionen erörtert werden, wie: Versammlungen, Demonstrationen, Kundge-

bungen und geschlossene Weigerungen, höhere Mieten zu zahlen. Jeden Fall von Exmittierung sollten sie zum Anlaß für Protestaktionen nehmen. An manchen Stellen sind zur Leitung solcher Abwehraktionen bereits Mieterausschüsse gebildet worden.

Die hier aufgezeigten sozialen Konfliktstoffe zeigen, daß die Partei in erster Linie den Arbeitern helfen muß, ihren notwendigen Kampf zu organisieren und erfolgreich zu führen. Aber die Gewerkschafter sollten die Perspektive ihres Kampfes nicht aus den Augen lassen. Sie sollten praktische Schlüssefolgerungen ziehen für den Kampf um die weitergehenden Ziele, die Sicherung des Friedens, die Durchsetzung demokratischer Reformen, die Mitbestimmung, die Umlverteilung des Vermögens und andere Ziele, die im Grundsatzprogramm enthalten sein werden. Zahlreiche Mitglieder der Gewerkschaften haben schon angeregt, nach der Annahme des Grundsatzprogramms unverzüglich zu beginnen, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, in dem festgelegt wird, wie die gewerkschaftlichen Tagesforderungen und die weitergehenden Ziele schrittweise durch Aktionen durchgesetzt werden können.

Wie soll es mit der Politik der SPD weitergehen?

Genossinnen und Genossen!

Seit unserem Parteitag haben sich die Diskussionen in der SPD über die Politik ihres Parteivorstandes verstärkt. Auch leitende Funktionäre der SPD stellen jetzt schon öfter die Frage, wie soll es mit der Politik der SPD weitergehen? So hat Rudi Arndt, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, in der Funktionär-Zeitung „Der Sozialdemokrat“ geschrieben:

„Wenn man heute eine Bilanz des letzten Jahrzehnts ziehe, dann müsse man zu dem Ergebnis kommen, daß die SPD mit ihrer in den 50er Jahren erhobenen Forderung nach einer Politik des Verhandelns und der Entspannung recht gehabt habe. Es sei die Tragik der Partei, daß sie diese außenpolitischen Thesen in einem Augenblick modifiziert habe, als sich deren Richtigkeit zu bestätigen begann...“

Die Wehner, Erler, Brandt, Deist haben ihre Politik noch weiter den Interessen und der Politik der aggressiven Kräfte des Monopolkapitals angepaßt. Statt den erzwungenen Rücktritt Adenauers auszunützen, der neuen Regierung Erhard ein Alternativprogramm der Entspannung, der Sicherung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten und der sozialen Sicherheit entgegenzustellen, sprachen die rechten Führer der SPD davon, Erhard eine Chance zu geben.

Die rechten Führer der SPD reden in ihren Stellungnahmen zu Erhards Regierungserklärung einerseits von guten Vorsätzen und einem „hohen Maß an Übereinstimmung“ und andererseits davon, daß nur die Taten dieser Regierung zählen. Die Regierung Erhard ist erst kurze Zeit im Amt, aber ihre Taten beweisen schon jetzt, daß sie die gleichen Ziele verfolgt wie Adenauer. Wehner und Erler sind ausdrücklich mit der Beteiligung der Bundesrepublik an der Aufstellung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO einverstanden.

In der Debatte des Bundestages über die Regierungserklärung hätten die rechten Führer der SPD die Gelegenheit gehabt, den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften und dem ganzen Volk die volle Wahrheit über diese Tatsachen zu sagen. Stattdessen lassen sie zu, daß Erhard von Entspannung redet und unterstützen ihn sogar bei seiner Politik, von den Amerikanern wie auch von den Franzosen Atomwaffen für die Hitlergenerale zu erhalten. In dieser Lage entspricht es der Verantwortung der SPD, sich an die Gewerkschaften und ihre Anhänger im Land zu wenden, um die Erhard-Regierung zu zwingen, nicht nur von Verständigung und Entspannung zu reden, sondern eigene Schritte dazu zu tun.

Wenn Wehner und Erler aber von guten Vorsätzen der Erhard-Regierung und auch noch von einem "hohen Maß an Übereinstimmung" mit dieser Politik reden, dann heißt das nichts anderes, als dem Kanzler der Monopole und Militaristen, Erhard, grünes Licht für die Fortsetzung der Aufrüstungs- und Maßhaltepolitik zu geben.

Das ZK der KPD erklärt seine volle Übereinstimmung mit allen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die der Meinung sind, daß für eine Änderung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht ein "hohes Maß an Übereinstimmung" mit der revanchistischen Außenpolitik und der sozialreaktionären Innenpolitik Erhards notwendig ist, sondern ein "hohes Maß an Übereinstimmung" mit den gewerkschaftlichen Beschlüssen.

Wie tief die Kluft zwischen den Interessen der sozialdemokratischen Mitglieder, den Interessen der Arbeiterklasse, den Beschlüssen der Gewerkschaft und der Politik der rechten Führer der SPD ist, das zeigt besonders die Wirtschaftspolitische Tagung der SPD in Essen.

Nachdem Wehner und Erler eindeutig den Kurs der Bonner NATO-Politik und die Notstandspolitik mitmachen, haben sie auf der Wirtschaftspolitischen Tagung in Essen auch vorbehaltlos die monopolkapitalistische Ordnung beigeht. Sie haben sich für die Erhard'sche "freie Marktwirtschaft" und für die weitere Rationalisierung ausgesprochen. Deist wandte sich sogar gegen den Streik als Kampfmittel, um damit von vornherein jede aktive Lohnpolitik und Umverteilung des Nationalleinkommens zugunsten der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten auszuschließen.

Wenn Wehner nach der Wirtschaftstagung die völlige Absage an die Gewerkschaftsbeschlüsse und an die Forderungen der Arbeiterklasse damit begründet, eine SPD-Regierung dürfe nicht der staatliche Arm der Gewerkschaften sein, stößt das die Massen der Arbeiter, die jetzt der SPD folgen, direkt vor den Kopf. Eine solche Haltung beunruhigt auch die sozialdemokratischen Mitglieder und die Millionen organisierter Gewerkschafter, die mit Recht sagen, was wir brauchen, ist politischer Einfluß, mit dem wir unsere Forderungen gegen die Millionäre und Milliardäre durchsetzen können. Die Demokratie kann doch nur so aussehen, daß die Arbeiter und Angestellten, die nahezu 75 Prozent der Bevölkerung ausmachen, auch die Regierungspolitik bestimmen.

Wenn die SPD die Bundestagswahlen 1965 gewinnen will, so muß sie sich auf diese große Mehrheit der Bevölkerung orientieren und deren Interessen vertreten. Sie muß die Tür zur Arbeiterklasse und zu den Gewerkschaften hin aufmachen. Der Übergang der rechten SPD-Führer auf die Politik der CDU/CSU, d. h. auf die Position der Monopole, mit der Begründung, Wahlstimmen zu gewinnen, ist ein großer Schwindel.

Wenn Wehner den Eindruck zu erwecken versucht, die Politik der SPD sei neutral sowohl gegenüber den Monopolen als auch den Gewerkschaften, so ist das falsch, denn erstens ist eine solche Neutralität nicht möglich und nutzt zweitens die in Essen formulierte wirtschaftspolitische Konzeption nur den aggressiven Monopolen, der Erhard'schen Maßhaltepolitik und damit der CDU/CSU. In der wirtschaftspolitischen Konzeption der SPD ist kein Raum mehr für eine eigene Politik der Gewerkschaften und für ihre Forderungen.

Um der starken Beunruhigung in der Partei über die Bejahung der monopolkapitalistischen Ordnung und Erhards "freie Marktwirtschaft" zu begegnen, verbreitet Wehner die Flüsterparole, die Bundestagswahlen 1965 müßten um jeden Preis gewonnen werden.

Wir müssen allen Sozialdemokraten überzeugend nachweisen, daß mit jeder weiteren Anpassung der Politik der rechten Führer der SPD an die Politik der CDU/CSU die Chance, diese Partei des Monopolkapitals zu schlagen, geringer und der Kampf der Gewerkschaften für die Durchsetzung der sozialen und demokratischen Forderungen erschwert wird. Die Wehner, Erler, Brandt, Deist haben die SPD in einen schlimmen Widerspruch verstrickt. Einerseits stellen sie ihren Mitgliedern und Anhängern einen Erfolg über die CDU/CSU und die Beendigung der CDU-Herrschaft in Aussicht andererseits geben sie der CDU/CSU Gelegenheit, den bereits schwankend gewordenen Einfluß im Volk wieder zu festigen.

Schon heute gießen die CDU-Agitatoren Hohn und Spott über die SPD aus. Man sagt, daß die SPD mit ihrer Politik die beste CDU sei. Der Versuch der SPD-Führer, die CDU/CSU rechts zu überholen, gab Adenauer die Gelegenheit, zynisch zu erklären: "Wenn Sie so fortfahren, dann zwingen Sie mich noch, eine Partei links von der SPD zu gründen."

Wir wollen den Sozialdemokraten klar machen, daß die CDU/CSU nur geschlagen werden kann, wenn die Mitglieder und Funktionäre der SPD die Gemeinsamkeitspolitik der Wehner und Erler zu Fall bringen und innerhalb der

SPD eine Alternative durchsetzen, wenn sie unverzüglich durch parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen für die Durchsetzung dieser Alternative kämpft.

Viele Sozialdemokraten sagen, daß die SPD mit der Essener Wirtschaftskonzeption in eine scharfe Frontstellung zu den Gewerkschaften gerät. Es besteht die

Es wächst der Wille zu einer eigenen selbständigen Politik der SPD

Worin kommt das zum Ausdruck? Viele Sozialdemokraten fordern einen wirklichen Beitrag der Bundesrepublik zur internationalen Entspannung und Abrüstung durch Rüstungsstopp. Sie wollen die Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Ein Teil von ihnen fordert auch bereits die Versachlichung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR. Sie wenden sich gegen die Unterstützung der Notstandsgesetze durch die SPD-Bundestagsfraktion.

Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Mitglieder von Anfang an das Moskauer Abkommen begrüßten und auf weitere Schritte zur internationalen Entspannung und Abrüstung hoffen, zeigt, wie die Möglichkeiten der Durchsetzung einer Alternativpolitik in der SPD zu nehmen. Über die Einstellung der Bundesrepublik auf eine Politik der Entspannung, über die Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU sind Meinungsverschiedenheiten bis in die Führung der SPD hinein entstanden. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, Rudi Arndt, schreibt: Man müsse die Frage stellen, Gemeinsamkeit mit wem? Wörtlich fragt er: „Gemeinsamkeit etwa mit Strauß, Jäger oder Oberländer, die heute noch den Zeiten des kalten Krieges nachharrn?“ Er zieht dann die Schlussfolgerung, die SPD müsse deutlich ihre eigenen Auffassungen vortragen.

Während Wahner und Erler jede Gelegenheit benützen, um den Moskauer Vertrag abzuwerten, begrüßte Erich Ollenhauer im Hessischen Rundfunk das Moskauer Abkommen. Er berief sich dabei auf die Beschlüsse des Stuttgarter Parteitages. Er kritisierte die Haltung der Bonner Regierung und wies darauf hin, daß die SPD eigene, von der CDU/CSU unabhängige Vorstellungen für einen Beitrag zur internationalen Entspannung und Abrüstung entwickeln muß.

Brandt erklärte auf der letzten Präsidiumstagung der SPD, die deutsche Politik darf sich einer Politik der Entspannung nicht in den Weg stellen. Wir raten den sozialdemokratischen Genossen: Nehmt Ollenhauer und Brandt beim Wort. Fordert von der Führung eurer Partei, daß sie Vorschläge zur internatio-

Gefahr, daß sie sich von Millionen organisierter Gewerkschafter isoliert.

Bei vielen Sozialdemokraten gibt es gegen den Gemeinsamkeitskurs der rechten Führer der SPD mit der Spalte der CDU/CSU ernste Bedenken. Sie spüren, daß dieser Kurs nicht mit den Interessen der Arbeitersklasse und der Werktätigen übereinstimmt.

nationen und zur innerdeutschen Entspannung entwickelt und sich dafür einsetzt.

Ausdruck für die Meinungsverschiedenheiten über die sozialdemokratische Politik sind auch die Vorgänge in der bayerischen SPD. Waldemar von Knoeringen hat sich auf der letzten Landeskongress der bayerischen Sozialdemokraten gegen eine Koalition der SPD mit der Partei des Erzreaktionärs Strauß ausgesprochen. Für den Fall einer solchen Koalition hat er sogar mit seinem Austritt aus der Partei gedroht. Knoeringen weiß offensichtlich, daß der Kurs der Gemeinsamkeit von Wehner und Erler mit der Spalte der CDU/CSU für die SPD und für die Entwicklung in der Bundesrepublik nichts Gutes bedeutet.

Wir können ihn verstehen, daß er sich nicht mit der Verantwortung für diesen Gemeinsamkeitskurs und seine Folgen beladen will. Die Verantwortung für den Frieden, die Demokratie und die soziale Gerechtigkeit schließt aber ein, daß jeder Sozialdemokrat in der SPD gegen die Gemeinsamkeitspolitik auftritt und die Forderung nach einer sozialdemokratischen Alternative stellt.

Wir sind der Auffassung, daß Knoeringen und mit ihm alle Sozialdemokraten auf den im November/Dezember beginnenden Jahreshauptversammlungen, Kreis- und Unterbezirkskonferenzen für die Aktivierung der Arbeit mit dem Bayernprogramm eintreten sollten. Sie sollten eintreten für die Verbreiterung der Aussprache mit allen Bevölkerungsschichten über die Frage, wie die Politik in der Bundesrepublik verändert werden muß, wie die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung beseitigt und eine gerechte Ordnung geschaffen wird.

Alle Mitglieder unserer Partei haben die Pflicht, mit den Sozialdemokraten darüber zu sprechen, damit sie auf den Versammlungen der SPD um die Jahreswende in Diskussionen, Beachlüssen und Entschlüsse zur Entwicklung einer sozialdemokratischen Alternativpolitik gegen die Erhard-Regierung beitragen. Eine solche breite Aktivität an der Basis der SPD wird auch führende Funktionäre ermutigen, als Wortführer einer neuen Politik in der SPD aufzutreten.

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

Größte Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse Westeuropas haben die Reise des Vorsitzenden der französischen Sozialistischen Partei, Guy Mollet, mit einer repräsentativen Delegation in die Sowjetunion und die dort geführten Gespräche mit dem Präsidium der KPdSU. Wie im gemeinsamen Communiqué betont wird, besteht Übereinstimmung in vielen aktuellen Fragen des Kampfes um Frieden, Entspannung und Abrüstung, obwohl es Meinungsverschiedenheiten in ideologischen Fragen gibt. Die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Sozialistischen Partei sowie andere politische Kräfte haben gemeinsam zur Bildung von Ausschüssen gegen die Atomrüstung und gegen de Gaulles Atompolitik aufgerufen. Vertreter der KPF, der Sozialistischen Partei Frankreichs und Persönlichkeiten anderer Parteien und des öffentlichen Lebens arbeiten in einem zentralen Komitee zusammen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, den Beitritt Frankreichs zum Moskauer Abkommen durchzusetzen.

Dieses gemeinsame Handeln erwächst aus den einheitlichen Kampfactionen der Arbeiterklasse und der Werktätigen Frankreichs gegen die Ultras, gegen die Angriffe de Gaulles auf die demokratischen und sozialen Rechte des Volkes, aus den Wahlabmachungen über gegenseitige Unterstützung der kommunistischen und sozialistischen Kandidaten. Das ist die wahre Gemeinsamkeit, die die Arbeiterklasse, die die friedlichen und demokratischen Kräfte zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Kriegspolitik und die Angriffe der Monopole brauchen.

In einigen bedeutsamen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien gibt es Ansätze einer Politik der Entspannung, der Abrüstung und gegen die Ausrüstung der deutschen Imperialisten mit Atomwaffen. Das wurde auch sichtbar auf der Amsterdamer Konferenz der „Sozialistischen Internationale“. Führer sozialdemokratischer Parteien, wie Wilson von der Labour Party Großbritanniens, Spaak/Belgien und Mollet/Frankreich entwickelten Gedanken, die für die Änderung der Politik der SPD von Nutzen sein können.

Wilson sagte u. a.:

„Mit der Unterzeichnung des Moskauer Teststopp-Abkommens haben wir eine Hoffnungsbotschaft erhalten... Das ist ein Schritt, nicht mehr als ein Schritt auf einem sehr langen Wege. Doch es ist ein bedeutender Schritt in Richtung zum Weltfrieden... Wir müssen mit der Sowjetunion und Osteuropa über

waffenfreie Zonen einhließlich atomwaffenfreier Zonen verhandeln.“

Spaak erklärte: Der Westen muß jetzt im Hinblick auf die veränderte internationale Lage Schritt für Schritt den Weg der friedlichen Koexistenz beschreiten, der sich in den letzten Monaten eröffnet hat. Er sprach sich für die Stationierung von Beobachtern auf dem Gebiet der jeweils anderen Seite aus, um einen Überraschungsangriff auch mit konventionellen Waffen zu verhindern.

Auch Industriegewerkschaften und führende sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in der Bundesrepublik kommen zu Schlussfolgerungen, die mit diesen Auffassungen übereinstimmen. Diese Auffassungen in den Führungen westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien und führender sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre der Bundesrepublik könnten zusammen mit Beschlüssen des DGB und der Industriegewerkschaften eine Plattform für eine sozialdemokratische Alternative gegenüber der Erhard-Politik sein. Eine solche Alternative wäre ein bedeutsamer Schritt, um eine Wende der Politik in Westdeutschland herbeizuführen.

Unsere Aufgabe ist es, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre darauf zu orientieren, ihre richtigen Gedanken und Forderungen nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der SPD zu vertreten und damit für eine Änderung der Politik in der SPD zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre sollten daran interessiert sein, daß sie in der SPD nicht nur Einfluß nehmen auf die Veränderung der Politik, sondern auch auf die Aufstellung der Kandidaten zu den Bundestagswahlen und zu anderen Parlamentswahlen. Sie müssen daran interessiert sein, daß solche Abgeordnete in den Bundestag und in die Parlamente einziehen, die das Vertrauen der Gewerkschaften genießen und die Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten sind.

Wehner und Erler haben die SPD auf den rechten Flügel innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Europas gedrängt. Das zeigte sich deutlich auf dem letzten Kongreß der „Sozialistischen Internationale“ in Amsterdam. Zahlreiche Führer der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien begrüßten das Moskauer Abkommen und entwickelten weitere Vorschläge für Schritte zur Entspannung und Abrüstung. Erler dagegen hielt Reden wie in den schwärzesten Zeiten des kalten Krieges. Damit brachten Wehner und Erler die SPD in offenen

Gegensatz zu den anderen sozialdemokratischen Parteien.

Wehner und Erler haben das Reiseverbot in die DDR und andere sozialistische Länder ausgebrütet, weil in der SPD der Wunsch nach Verständigung mit der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zunimmt. Wie ihr wißt, waren Anfang Oktober 1400 junge Westberliner, organisiert durch den Falkenverband, in der CSSR und jetzt hat die Falken-Führung der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß sie demnächst eine Delegation ihres Verbandes in die Sowjetunion entsenden wird. Diese Reisen sind ein Beispiel wachsender Verständigungsbereitschaft mit den sozialistischen Ländern in der SPD.

Sozialdemokraten sagen heute:

Wenn wir einen Beitrag zur internationalen Entspannung und Verständigung leisten wollen, dann gehört dazu

Kern der Aktionseinheit: gemeinsames Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten

In der Programmatischen Erklärung haben wir festgestellt, daß der Kern der Aktionseinheit der Arbeiterklasse das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten ist. Wir stellen die Frage: gibt es heute bereits Möglichkeiten für eine kameradschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten? Wir möchten hier unsere feste Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß heute nicht nur das Gespräch, sondern auch das gemeinsame Handeln zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten möglich ist. Die Grundlage für das gemeinsame sachliche Gespräch und die gemeinsame Aktion ist das beiderseitige Interesse an der Erhaltung des Friedens, der Verhinderung der atomaren Aufrüstung, der Notstandsdiktatur, an der Verteidigung der demokratischen Rechte, an der Verwirklichung ökonomischer und sozialer Forderungen der Werktätigen.

Wir haben jedoch nicht nur gemeinsame Interessen, es gibt auch formulierte Beschlüsse, die sich nahekommen. Zum Beispiel heißt es im Deutschlandplan der SPD:

„Die zugesetzte Ost-West-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt. Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich,

vor allem die Verbesserung der Beziehungen unserer Partei zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern einschließlich der DDR. Wenn Wilson, Spaak und Mollet nach Moskau reisen und mit Chruschtschow verhandeln, warum können dies dann nicht auch die führenden Sozialdemokraten der Bundesrepublik? Wenn sozialdemokratische Parlamentarier aus England, Belgien, Frankreich und Italien in die DDR reisen, dann ist es höchste Zeit, daß auch die SPD ihre Haltung ändert und Delegationen in die DDR entsendet.

Würden die Vertreter des Parteivorstandes der SPD, ebenso wie die französischen Sozialisten das getan haben, mit führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion über Schritte zur Entspannung und Abrüstung verhandeln, dann erhalten sie dazu die Zustimmung und Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik.

weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.“

Diesen Grundgedanken folgend, wurde u. a. gefordert: eine Entspannungszone in Mitteleuropa, Rüstungsbeschränkungen, Abzug von Truppen der NATO und des Warschauer Vertrages unter Wahrung des Kräftegleichgewichts, Verbot aller atomaren Waffen in einer solchen Zone verdünnter Rüstung.

Ähnliche Gedanken sind enthalten im bekannten 7-Punkte-Vorschlag, den Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten machte:

1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates und seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung.

2. Respektierung der Grenzen. Feierlicher Verzicht, diese Grenzen anzutasten und zu verändern.

3. Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.

4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten. Weitere Vereinbarungen über die Abrüstung in beiden deutschen Staaten.

5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutscher Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs.

6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten.

Auch wir haben auf dem Parteitag 1963 Forderungen empfohlen, die als Grundlage des gemeinsamen Handelns von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern geeignet sind. Unter anderem schlagen wir vor:

Sicherung des Friedens durch eine Politik der friedlichen Koexistenz in der Welt und besonders zwischen den beiden deutschen Staaten; Unterstützung eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages; Vereinbarung zwischen beiden deutschen Staaten über einen Rüstungsstopp, Verzicht auf atomare Aufrüstung und weitere Maßnahmen zur Abrüstung; Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen zur Herstellung sachlicher und vernünftiger Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Wenn man diese drei Vorschläge und die Beschlüsse der Gewerkschaften miteinander vergleicht, sieht jeder, daß es darin viel Gemeinsames gibt. Wir sind der Auffassung: die Lage erfordert, darüber mit sozialdemokratischen Genossen und mit der SPD Gespräche zu führen.

Wir sind uns über die vielen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen

unserer Partei und der SPD vorhanden sind, klar. Aber das darf kein Hindernis sein für eine Verständigung zum gemeinsamen Handeln. Das ZK unserer Partei ist jedenfalls dazu bereit, in welcher Form und wie auch immer. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um die Initiative dazu zu ergreifen. Wir sind der Meinung, daß, wenn die sozialdemokratischen Genossen und die SPD heute nicht zu Abmachungen über gemeinsames Handeln mit uns bereit sind, so sollten wir zumindest nebeneinander den Kampf für gleiche Forderungen führen.

Wir möchten uns von unserer Tagung an alle Sozialdemokraten wenden: Laßt euch nicht länger durch den auch von eurer Führung praktizierten Antikommunismus abhalten, das zu tun, was ihr für richtig haltet. Hat euch jemals der Antikommunismus genutzt? Sind nicht alle Aktionen gegen die Arbeiter, gegen das Volk mit antikommunistischen Tiranen begründet worden? Wird nicht jeder Sozialdemokrat, der an den sozialistischen, demokratischen und humanistischen Traditionen der SPD festhält, mit antikommunistischen Verleumdungen angegriffen? Dasselbe geschieht den Gewerkschaftern, die sich für Durchsetzung der Beschlüsse ihrer Organisation einsetzen. Alle Erfahrungen, besonders aus der letzten Zeit, beweisen, daß der Antikommunismus der Arbeiterbewegung schadet und die Verteidigung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten hemmt.

III. Arbeiter und Bauern Hand in Hand im Kampf gegen die Monopole und ihre Erhard-Regierung

Auch der Widerspruch zwischen den herrschenden Monopolen und der Bauernschaft verstärkt sich. Die Erhard-Regierung setzt die bauernfeindliche Politik der Adenauer-Regierung fort. Das geht mit aller Deutlichkeit aus der Regierungserklärung hervor, in der nachdrücklich festgestellt wird, daß die begonnenen Agrar- und Strukturmaßnahmen weitergeführt werden. Die Erhard-Regierung versucht die Vertreibung einer weiteren Million Bauern durchzusetzen, ohne daß es zu mächtigen Aktionen der Bauern kommen soll. Es ist sehr bedeutungsvoll für die ganze Entwicklung der Bundesrepublik, daß allein von Anfang Juni bis Ende September dieses Jahres mächtige Bauernkundgebungen mit über 25 000 Bauern stattfinden.

Durch die Aktionen der Bauern, die Aktivität der Notgemeinschaften sind die Gegensätze zwischen der Masse der Bauern und reaktionären Bauernführern, die auf dem Boden der Bonner Regierungspolitik stehen, deutlich sichtbar

geworden. Das ist auch auf dem Hamburger Bauerntag zum Ausdruck gekommen.

Unter dem Druck der Bauernbewegung wurden in das Agrarprogramm zahlreiche Forderungen aufgenommen, die in ihrem Wesen gegen die Ziele der westdeutschen Monopole, gegen die Bonner EWG- und Agrarpolitik und gegen die Ruinierung der Bauernschaft durch das deutsche und internationale Monopolkapital gerichtet sind.

Im Teil zwei des dort beschlossenen Agrarprogramms sind zahlreiche Forderungen enthalten, die auch von den Notgemeinschaften in ihren Kundgebungen aufgestellt werden: Senkung der Preise für Düngemittel, Maschinen und Dieselfahrstoff, Senkung der Zinssätze für Kredite auf 3 Prozent, Befreiung der Bauern von den Lastenausgleichszahlungen, Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955, Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Ähnliche und weitergehende Forderungen der Notgemeinschaften, wie Beseitigung des Preisdictats der Konzerne und des Großhandels, eine nationale Marktordnung, die den Interessen der Bauern und Verbraucher entspricht, haben wir auf unserem Parteitag 1963 erhoben. Die Durchsetzung solcher Forderungen im Kampf gegen die Politik der Monopole läge im Interesse der Bauern und Arbeiter. Das würde zur Sicherung der bäuerlichen Existzenzen, zur Erfüllung der Forderung der Gewerkschaften nach besseren und billigeren Lebensmitteln für die Arbeiter beitragen. So würden auch die Monopole daran gehindert, die Lebensmittelpreise in Westdeutschland willkürlich in die Höhe zu treiben. Die Arbeiterklasse ist daran interessiert, daß die Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung im eigenen Land erhalten bleibt.

Die Erhard-Regierung hat deutlich gemacht, daß sie nicht daran denkt, diese Forderungen der Bauern zu erfüllen. Deshalb haben die Bauern recht, daß es jetzt an der Zeit ist, zahlreiche Kundgebungen und Treckerdemonstrationen zur Unterstützung der Forderungen durchzuführen. Am 5. November hat das Präsidium des Bauernverbandes beschlossen, im ganzen Bundesgebiet Protestaktionen durchzuführen. Wir begrüßen diesen Beschuß. Wir meinen, daß die Gewerkschaften sich mit den örtlichen Vorständen des Bauernverbandes beraten sollten, damit die Arbeiter sich an diesen Aktionen beteiligen. Arbeiter und Bauer Hand in Hand, im Kampf gegen die Monopole und ihre Regierung.

Im Hamburger Agrarprogramm sind aber neben und zusammen mit klaren und richtigen Forderungen von den reaktionären Kräften auch Forderungen hineingebracht werden, die darauf gerichtet sind, die Bauern mit der EWG-Agrarpolitik auszusöhnen. Bei den Bauern soll der Eindruck hervorgerufen werden, als könnten die Probleme der Bauern im Rahmen der Bonner EWG-Agrarpolitik gelöst werden.

Die globale Forderung des Bauerntags nach Erhöhung der Preise für Agrarprodukte ist falsch. Wir sind gegen jede Forderung, die auf eine Erhöhung der Verbraucherpreise hinausläuft. Wir halten es für richtig, daß die Gewerkschaften mit den Bauernverbänden nach Wege suchen, um die Erzeugerpreise für Agrarprodukte nicht zugunsten der Monopole zu senken, sondern auf Kosten der Gewinne der Monopole und ungerechter Handelsspannen zu erhöhen.

Eine weitere Forderung des Bauerntags nach globaler Zurückdrängung von Einfuhren aus dritten Ländern, besonders aus sozialistischen Staaten, kann von uns nicht unterstützt werden, da ein

freier Handel mit allen Ländern ohne Diskriminierung bei gleichzeitigem Schutz der bäuerlichen Interessen notwendig ist. Wir wehren uns gemeinsam mit den Bauern dagegen, daß auf Grund der EWG-Politik die Einfuhr von Lebensmitteln durch Großmonopole, besonders aus den USA, auf Kosten der Bauern begünstigt wird.

Auch die Forderung nach Beseitigung sogenannter Wettbewerbsverzerrungen kann nicht unterstützt werden; denn sie läuft darauf hinaus, daß Erleichterungen, die andere Bauern in EWG-Ländern bereits erkämpft haben, wie z. B. Steuervergünstigungen, Fracht- und Zinsverbilligungen, wieder beseitigt werden sollen. Wir sind dafür, daß die westdeutschen Bauern die gleichen Erleichterungen erhalten. Sie müssen im Kampf der Bauern gegen die Erhard-Regierung und die EWG-Politik durchgesetzt werden.

So wird durch den Verlauf des Hamburger Bauerntages deutlich, wie groß die Unklarheiten unter den Bauern über die Ursachen ihrer schweren Situation noch sind. Die Masse der Bauern hat noch keine klaren Vorstellungen über den Ausweg aus der Krise, in der sie sich befinden. Sie sehen noch nicht, wie gefährlich die Bemühungen der reaktionären Kräfte sind, die Bauern zu verwirren und irrezuleiten.

Die Monopole und die reaktionären Kräfte im Bauernverband fürchten vor allem die Entwicklung des Kampfes der Bauern um die Durchsetzung ihrer Forderungen. Sie haben die größte Angst vor der Verständigung der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse. Das Ziel der reaktionären Kräfte des Bauernverbandes ist es, die konkreten gegen die Politik der Monopole gerichteten Forderungen des Hamburger Agrarprogramms aus dem Programm des Bauernverbandes und aus der Bauernbewegung herauszubringen. Sie wollen sie durch Forderungen ersetzen, die sich mit den Aufassungen und Zielen der Regierung Erhard decken. Es kommt aber gerade darauf an, diese Versuche der reaktionären Kräfte zurückzuweisen und den Kampf um diese Forderungen des Hamburger Agrarprogramms und des Zehnpunkte-Programms der Notgemeinschaften zu entwickeln.

Eine große Bedeutung für die Entfaltung der bäuerlichen Bewegung haben die im Kampf entstandenen neuen Formen von Zusammenschlüssen, die Notgemeinschaften und Aktionsausschüsse. Sie breiten sich weiter aus und verstärken ihren Einfluß unter den Bauern.

Um Aktionen zu verhindern, orientieren reaktionäre Kreise im Bauernverband darauf, daß durch Verhandlun-

gen mit der Bundesregierung alles zu erreichen sei, durch Aktionen jedoch nichts. Mit dieser Methode versuchen diese Kreise, die Notgemeinschaften zu isolieren und den Bauernverband in Widerspruch zu ihnen zu bringen. Nicht zuletzt wollen sie mit dieser Politik erreichen, daß die Vertreter der Notgemeinschaften als „Spalter“ und „Störenfriede“ aus dem Bauernverband ausgeschaltet werden. Die erste Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen im Interesse der Bauern ist, durch Aktionen den Festlegungen der Bauern Nachdruck zu verleihen.

In der Grundsatzserklärung und in den Reden einzelner Sprecher der Notgemeinschaften tauchen neuerdings verstärkt antikommunistische Auffassungen auf (z. B. „Kapitalismus und Kommunismus sind bauernfeindliche Ideologien“), die davon zeugen, daß die Rechtsradikalen, wie Landwirtschaftsrat Petersen, GdP, Schleswig-Holstein, an Einfluß gewonnen haben. Es tauchen Formulierungen auf, wie sie auch von den Faschisten zur Verwirrung und Irreführung der Bauern gebraucht wurden.

Für die weitere Entfaltung der Bauernbewegung und der Notgemeinschaften ist es unbedingt erforderlich, diese faschistischen Kräfte zu entlarven und zu isolieren. Es ist notwendig aufzuzeigen, daß sie sich bemühen, die Forderungen der Bauern abzuschwächen, daß sie keinen

IV. Zu den Meinungsverschiedenheiten der Führer der KP Chinas mit der internationalen kommunistischen Bewegung

Mit der vom Parteitag und in der Programmatischen Erklärung beschlossenen Linie des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz, für die demokratischen Volksrechte haben wir der Partei und darüber hinaus allen Volkskräften einen sicheren Kompaß des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gegeben. In dieser unserer Linie wissen wir uns in Übereinstimmung mit der Erklärung und der Deklaration der beiden Moskauer Beratungen von 1957 und 1960.

Dieser erfolgreichen Linie, wie sie 1957 und 1960 auf den internationalen Beratungen — auch mit Zustimmung der Kommunistischen Partei Chinas — beschlossen wurde, stellen nun die Führer der Kommunistischen Partei Chinas ihre eigene Generallinie entgegen. Sie versuchen diese den anderen kommunistischen Parteien aufzuzwingen. Sie fügen damit den kommunistischen Parteien, vor allem in den kapitalistischen Ländern, Schaden zu.

Wir haben auf unserem Parteitag bewußt darauf verzichtet, die Meinungs-

wirklichen Ausweg aufzuzeigen. Sie verzichten bewußt darauf den Bauern darzulegen, daß sie ihre Forderungen vor allem auf Kosten der Aufrüstung durchsetzen müssen. Wir müssen aufzeigen, daß sie sich dem Bündnis der Bauern mit den Arbeitern widersetzen.

Durch die Anstrengungen unserer Partei wird schon an einigen Stellen in der Arbeiterklasse versucht, das Verhältnis zu den Bauern zu klären. Es ist richtig, wie die Bezirkskonferenz der IG Bau—Steine—Erden in Pfungstadt verlangt hat, eine Kommission zu bilden, die Gespräche mit Bauern führt, um die Sorgen und Nöte kennenzulernen und Forderungen zu erarbeiten, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Bonner Politik ermöglichen.

Wir begrüßen es, daß junge Hamburger Gewerkschafter aufs Dorf gefahren sind, um dort mit der Jugend zu diskutieren.

Wir müssen aber auch offen und kritisch sagen, daß solche Beispiele noch selten sind. Es kommt darauf an, daß sie in der Partei Schule machen, daß die weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber den wichtigsten Bundesgenossen der Arbeiterklasse überwunden wird. Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sollten zu den Versammlungen der Bauern und ihrer Notgemeinschaften gehen, sie unterstützen und ihnen im Kampf helfen.

verschiedenheiten zwischen den Führern der Kommunistischen Partei Chinas einerseits und der kommunistischen Weltbewegung andererseits darzulegen. Wir taten das, weil wir den Vorschlag des Genossen Chruschtschow auf Einstellung der öffentlichen Polemik für richtig halten.

Nach unserem Parteitag wurden jedoch von den Führern der KP Chinas mit dem Brief vom 14. Juni und mit anderen Materialien die Angriffe auf die KPdSU, die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und die ganze kommunistische Weltbewegung verstärkt. Dieser Brief und weitere Materialien, die massenhaft in allen Sprachen und auch in Westdeutschland verbreitet worden sind, enthalten Unterstellungen und verleumderische Angriffe gegen die Politik der internationalen kommunistischen Bewegung und gegen bewährte Führer der internationalen Arbeiterklasse, wie gegen den Genossen Chruschtschow, Thorez, Togliatti und andere.

Auch nach den Verhandlungen in Moskau, die auf Vorschlag der chinesischen

Genossen unterbrochen sind, wurden die Angriffe von Seiten der chinesischen Führer verstärkt fortgesetzt. Es ist offensichtlich geworden, daß die Delegation des ZK der KP Chinas nicht nach Moskau gefahren ist, um wirkliche Verhandlungen mit dem Ziel der Verständigung zu führen, sondern um die Differenzen zu vertiefen und einer Verständigung immer neue Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Art und Weise, in der die chinesischen Führer in der letzten Zeit eine großangelegte Propagandakampagne führen, die Sprache, der sie sich dabei bedienen, ist bereits nicht mehr die einer kameradschaftlichen Diskussion zwischen Kommunisten, sondern ein Auftreten das sich zum Ziel setzt, die KPdSU und andere Bruderparteien um jeden Preis zu diskreditieren, die kommunistische Bewegung zu spalten und

die Einheit der antikolonialistischen Kräfte zu untergraben.

Alle Punkte, in denen wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der Kommunistischen Partei Chinas und der kommunistischen Weltbewegung bestehen, betreffen auch die Grundfragen der Politik unserer Partei, wie sie auf unserem Parteitag beschlossen und in der Programmativen Erklärung niedergelegt ist. Es handelt sich um solche Fragen, wie: Die Einschätzung des Charakters unserer Epoche, die Probleme von Krieg und Frieden, der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, die Beziehungen zu den nationalen Befreiungsbewegungen, die Strategie und Taktik des Klassenkampfes der Arbeiter in den Ländern des Kapitalismus, Fragen des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus.

Die Frage von Krieg und Frieden, die Verhinderung eines atomaren Vernichtungskrieges

In unserer Programmativen Erklärung wird in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU, wie auch mit den Erklärungen der Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 festgelegt: **Die Hauptfrage unserer Zeit — das ist die Frage von Krieg und Frieden, das ist die Verhinderung eines atomaren Vernichtungskrieges.** In dieser Frage nehmen die chinesischen Genossen jetzt, obwohl sie am Zustandekommen der Beschlüsse der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 mitwirkten, eine andere Haltung ein. Sie behaupten, solange der Imperialismus bestehe, sei der Krieg unvermeidlich. Sie propagieren die Ansicht, die internationale Spannung und der kalte Krieg seien ein Segen. Sie sagen weiter, es werde auch im Falle eines Weltkrieges nichts schreckliches passieren, da ja die Hälfte der Menschheit am Leben bliebe, die eine herrliche Zukunft aufbauen werde. Ich möchte das durch einige Zitate belegen. Schon im Jahre 1958 entwickelte Mao Tse-tung den Gedanken, der Westen sei der Ansicht, der kalte Krieg sei für ihn von Nutzen. In Wirklichkeit sei er aber „für unsere Länder von großem Nutzen“.

Auf der Moskauer Beratung von 1957 sagte Mao Tse-tung: „Kann man denn voraussehen, wie viele Opfer ein künftiger Krieg fordern wird? ... Ich habe über diese Frage mit Nehru gestritten. Er ist in dieser Hinsicht pessimistischer eingestellt als ich. Ich habe ihm gesagt, wenn die eine Hälfte der Menschheit vernichtet wird, so bleibe noch die andere Hälfte übrig. Dafür wird der Impe-

rialismus vollständig vernichtet werden und in der ganzen Welt wird es nur den Sozialismus geben. In einem halben oder ganzen Jahrhundert wird die Bevölkerung wieder heranwachsen, sogar um mehr als die Hälfte.“

Verantwortliche Funktionäre der Volksrepublik China kritisierten von einem solchen Standpunkt aus auch den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Genossen Togliatti. Sie sagen, er habe nicht recht, wenn er aus Besorgnis um das Schicksal seines Volkes sage, daß ganz Italien im Falle eines thermonuklearen Krieges vernichtet werde. „Es werden doch andere Völker übrig bleiben. Der Imperialismus aber wird vernichtet werden ...“

Was besagen diese Aussprüche, die ich noch durch eine Reihe anderer ergänzen könnte? Sie besagen, daß die Führer der KP Chinas erstens den Krieg für unvermeidlich halten und zweitens die kriegerische Variante in der Entwicklung der Ereignisse für wünschenswerter halten als die friedliche.

Das macht auch natürlich, warum die These von der Unvermeidlichkeit des Krieges bei den chinesischen Führern mit der anderen These verbunden ist, daß die friedliche Koexistenz kein Generalprinzip der Außenpolitik eines sozialistischen Landes sein darf. Man kann zu keiner anderen Schlussfolgerung kommen, wenn man überlegt, daß die chinesischen Genossen nicht die Frage stellen, wie der Krieg durch die vereinten Anstrengungen der sozialistischen Staaten, der neutralen Staaten und der Völker in den imperialistischen Ländern

verhindert werden kann. Stattdessen aber stellen sie Erwägungen darüber an, wie viele Menschen nach einem thermonuklearen Krieg überbleiben.

Nicht anders kann man die Stelle aus dem Sammelband „Es lebe der Leninismus“ erklären, worin gesagt wird, nach einem thermonuklearen Krieg würde auf den Ruinen des Krieges eine viel höhere Zivilisation erblühen. Entsprechend ihrer Orientierung auf die Unvermeidlichkeit des Krieges ja darauf, daß der Krieg wünschenswert ist, um den Imperialismus zu vernichten, wollen die chinesischen Genossen nicht den Abbau der internationalen Spannungen, sondern ihre Verschärfung, nicht die Beendigung des kalten Krieges, sondern ihn noch weiter anheizen. So stellten sie die Lösung auf „Spitze gegen Spitze“, d. h. eine Doktrin, die auf eine immer weitere Verschärfung der internationa- len Spannung hinzielt.

Die chinesischen Führer bagatellisieren die Gefahr für die Menschheit, die mit einem atomaren Krieg verbunden ist. Sie werfen der Sowjetunion und den kommunistischen Parteien vor, diese würden die Gefahr des Atomkrieges übertreiben und damit die Völker einschüchtern. Wer kann aber daran interessiert sein, die Gefahr, die mit einem atomaren Krieg verbunden ist, zu verkleinern und den Völkern darüber die Wahrheit vorzuenthalten? Doch nur der, der an der Auslösung eines solchen Krieges interessiert ist. Wir kennen das doch aus unserer eigenen Erfahrung. Es sind in Westdeutschland die Vertreter des aggressiven deutschen Imperialismus, die die Gefahr eines atomaren Krieges verkleinern, die wie Adenauer erklären, die Atomwaffen seien nur eine Weiterentwicklung der Artillerie. Wir kennen doch diese ganze Propaganda, die den Menschen einreden will, sich mit Aktentaschen und in Splittergräben gegen Atombomben schützen zu können. Wem nutzt es also, wenn die Gefahren des atomaren Krieges bagatellisiert werden? Doch nur den Atomkriegspolitikern, während die Wahrheit die Massen zum Kampf gegen den Krieg und gegen den aggressiven Imperialismus mobilisiert.

Die chinesischen Führer möchten ihrer Position einen marxistisch-leninistischen Anstrich geben. Vorausschauend warnte Lenin davor, daß die Kriegstechnik eine solche Entwicklung einnehmen kann, daß damit die Gefahr einer Vernichtung der Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft entstehen könnte. Seine Haltung war von tiefstem Humanismus und Menschenliebe durchdrungen. Darum schrieb er:

„Wir wissen, wir wissen es nur allzu gut, welch unerhörte Leiden ein Krieg für die Arbeiter und Bauern mit sich bringt. Deshalb müssen wir uns dieser Frage gegenüber mit größter Vorsicht und Umsicht verhalten. Wir sind zu den größten Zugeständnissen und Opfern bereit, nur um den Frieden zu erhalten, der um einen so hohen Preis erkauft wurde.“

Wir können nur sagen, daß die Haltung der chinesischen Führer in der Frage Krieg und Frieden nichts mit Marxismus-Leninismus zu tun hat, sondern abenteuerlicher Natur ist.

Nehmen wir die Stellung der chinesischen Führer zur Verteidigung der Unabhängigkeit Kubas und zur Lösung der Krise im karibischen Raum. Als die amerikanischen Imperialisten keinen Zweifel ließen an ihrer Absicht, durch eine Invasion das sozialistische Kuba zu vernichten, unternahm die Sowjetunion alles zum Schutze des sozialistischen Kubas. Aus diesem Grunde brachte die Sowjetunion auch Mittelstreckenraketen nach Kuba.

Nun ist mehr als ein Jahr vergangen und jeder Mensch kann an den Ergebnissen überprüfen, ob die Politik der Sowjetunion richtig war. Die Unabhängigkeit des sozialistischen Kuba wurde erhalten und der Weltfrieden gerettet. Was aber taten in dieser Zeit die chinesischen Führer? Alle Angriffe der chinesischen Führer richteten sich nicht etwa gegen den amerikanischen Imperialismus, sondern gegen die Haltung der Sowjetunion, die alles tat, um das sozialistische Kuba zu retten und den Frieden zu verteidigen. Sie forderten von der Sowjetunion Maßnahmen, die in ihrem Ergebnis zur Auslösung eines Krieges zwischen der Sowjetunion und den USA, d. h. zu einem Weltkrieg geführt hätten. Sie selbst unternahmen aber keine konkreten Maßnahmen, um das sozialistische Kuba zu verteidigen. Stattdessen haben sie im Grenzkonflikt an der chinesisch-indischen Grenze mit militärischen Operationen begonnen. Wem haben sie damit genutzt? Sie haben die Kommunisten und progressiven Kräfte in Indien damit in eine schlimme Lage gebracht. Der indischen Reaktion wurde Auftrieb gegeben und den anglo-amerikanischen Imperialisten eine Chance, ihren Einfluß in Indien zu erhöhen, dem Ansehen der kommunistischen Weltbewegung aber Schaden zugefügt. Alle Genossen haben selbst erlebt, wie unsere Arbeit in der Bundesrepublik durch die Haltung der chinesischen Führer erschwert wurde.

Die abenteuerliche Politik der chinesischen Führer in der Frage von Krieg und Frieden wird am deutlichsten sichtbar in ihrer Stellung zum Moskauer Ab-

kommen. Sie haben dem „Friedensmanifest“ der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 zugestimmt, in dem es heißt: „Das Verbot der Herstellung und des Einsatzes von Atom- und Wasserstoffbomben sowie als ersten Schritt dazu die unverzügliche Einstellung der Versuche mit diesen Waffen“ ist zu fördern. In der Erklärung von 1960 wurde dieses erneut bekräftigt. Die chinesischen Führer haben, indem sie nun das Moskauer Abkommen ablehnten und sogar als „Verrat“ an den Interessen der Völker bezeichneten, eine Schwenkung um 180 Grad vollzogen. Sie begründen ihre Haltung damit, daß es darauf ankomme, das Monopol der Kernwaffenmächte zu brechen und daß jeder Staat das Recht auf den Besitz von Atomwaffen habe. Sie stellen sich doch damit in Gegensatz zu all dem, wofür die Friedenskräfte auch in der Bundesrepublik kämpfen und geraten mit ihrer Argumentation direkt in die Nähe der westdeutschen Imperialisten.

Gerade wir kämpfen gegen Atomwaffen in den Händen der westdeutschen Imperialisten, gegen die Ausweitung der Atommächte auch in der Form der multilateralen Atomstreitmacht, während Scharfmacher und Revanchisten in der Bundesrepublik, wie Strauß, erklären: Der Besitz von Atomwaffen sei ein Gradmesser der nationalen Souveränität.

Die Anstrengungen der Friedenskräfte in der Welt und in der Bundesrepublik sind darauf gerichtet, zu verhindern, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Dabei haben wir in diesem, wie auch überhaupt in unserem Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt die volle Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik

und der anderen sozialistischen Länder. Die Haltung der chinesischen Genossen schadet uns in diesem Kampf.

Die kommunistische Weltbewegung hat in den Beschlüssen von 1957 und 1960 die USA als imperialistische Hauptmacht charakterisiert. Die Führer der Kommunistischen Partei Chinas machen aber den Fehler, daß sie den deutschen Imperialismus nur als Satelliten des USA-Imperialismus betrachten und damit sein Eigengewicht und seine besondere Gefährlichkeit bagatellisieren. In Wirklichkeit aber sind die deutschen Imperialisten und Militaristen die Hauptstörenfriede der internationalen Entspannung. Sie sind schon längst nicht mehr bloßer Satellit der USA. Sie besitzen ein mächtiges Wirtschaftspotential, das bedeutend größer ist als das ganz Hitler-Deutschlands. Sie haben eine große Streitmacht aufgestellt und geben in der NATO immer mehr den Ton an. Der aggressive deutsche Imperialismus erhebt ganz offen die Forderung nach der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und territoriale Forderungen gegenüber anderen sozialistischen Staaten. Es ist darum ein schwerer Fehler, diesen Feind des Friedens und der Völker zu unterschätzen.

Die chinesischen Führer sollten sich bei ihrem Auftreten gegen die Politik der Entspannung sehr wohl überlegen, daß sie damit in die Nähe der Argumentation der deutschen Militaristen kommen. Die Einstellung der Atomwaffenversuche, der Kampf um weitere Schritte auf dem Wege der internationalen und innerdeutschen Entspannung ist ganz offensichtlich der beste Weg zur Bändigung des deutschen Militarismus und zur Zügelung seiner revanchistischen Forderungen.

Der Kampf um den Frieden und die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den Parteitag 1963 heißt es:

„Der erfolgreiche Kampf für eine Politik der friedlichen Koexistenz und für die verfassungsmäßigen Freiheiten — das ist die unerlässliche Bedingung für das Leben und die Freiheit unseres Volkes, für den gesellschaftlichen Fortschritt unseres Landes, damit auch die Bundesrepublik Anschluß bekommt an unsere Epoche, an das Zeitalter des Friedens und des Sozialismus.“)

Im Gegensatz dazu erklären die chinesischen Führer, daß der Kampf um friedliche Koexistenz der Staaten mit verschiedenen Systemen den Verzicht auf den Kampf um den Sieg des Sozia-

lismus in den kapitalistischen Ländern bedeute.

Der Kampf um den Frieden und für die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz auch in Deutschland, der Kampf gegen Atomrüstung, für Abrüstung, richtet sich unmittelbar in der Bundesrepublik gegen die aggressiven Monopole und deren Machtinstrument, den Militarismus, d. h. gegen den bösartigsten Feind der Arbeiterklasse und der Werktäglichen im Kampf um ihre Befreiung. Die Politik des Friedens, der friedlichen Koexistenz, wie sie von der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern entwickelt wird, wirkt sich günstig auf die Bewußtseinsbildung der Massen der werktäglichen Bevölkerung aus, ermutigt sie in ihrem

Kampf gegen den aggressiven deutschen Imperialismus.

Lenin stellte die überaus wichtige These auf, daß „die Länder des siegreichen Sozialismus ihre Haupteinwirkung auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den Wirtschaftsaufbau leisten“. Diese Leninsche Idee hat ihren Niederschlag in den Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien gefunden. Die Länder des Sozialismus sehen sich vor die wichtigste Aufgabe gestellt, in nicht mehr ferner Zukunft dem Kapitalismus in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Betätigung, in der Sphäre der materiellen Produktion eine Niederlage zu bereiten. **Die Politik der sozialistischen Länder beruht darauf, die Überlegenheit des Sozialismus nicht durch den Krieg, sondern im friedlichen Wettbewerb unter Beweis zu stellen;**

Durch das Beispiel des friedlichen, wirtschaftlichen Aufbaus, der Überlegenheit der sozialistischen Länder gegenüber dem Kapitalismus, bei der Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Menschen wird dem Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern um ihre täglichen Interessen wie für den Sozialismus, eine große Hilfe erwiesen. Wir sehen das an den Ausstrahlungen der Friedenspolitik, der Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau sowie der sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR auf Westdeutschland.

Die Diskussion über die Frage, ob die Länder des Sozialismus kraft ihres Beispiels auf den Kampf der vom Kapitalismus unterdrückten Völker einwirken oder ob die Revolution mit militärischen Mitteln in die imperialistischen Länder getragen werden soll, ist nicht neu in der internationalen Arbeiterbewegung. Wir werden erinnert an den Kampf Lenins, der KPdSU und der Komintern in den 20iger Jahren gegen Trotzki und die Trotzkisten.

Was sind die Hauptelemente der gegenwärtigen Auffassungen der chinesischen Parteiführer vom weltrevolutionären Prozeß?

1. Es ist eine Politik, die auf den Weltkrieg als Instrument der Revolution hinsteuert. Eine solche Politik ist gleichbedeutend mit Abenteuerum.
2. Sie ist eine Politik der Loslösung der nationalen Befreiungsbewegung von der internationalen Arbeiterbewegung und den sozialistischen Ländern, da die chinesischen Führer den Versuch machen, die Völker und die Parteien der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder von der kommunistischen Weltbewegung ab-

zutrennen, sie in einen Gegensatz zu den sozialistischen Ländern und zu der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu bringen. Das ist eine nationalistische Position.

3. Sie ist eine Politik des angeblichen Vorantreibens der Revolution, ein Kurs, der nur eine Form des Kampfes, den bewaffneten Kampf zum Absolutum erhebt. Das ist eine sektiererische pseudo-revolutionäre Einstellung.

Wieso erinnert diese Auseinandersetzung an die Auseinandersetzungen Lenins und der KPdSU mit den Trotzkisten? Auch die Trotzkisten sprachen viel von einer Beschleunigung der Weltrevolution. Praktisch aber zogen sie gegen die Leninsche Generallinie zu Felde, wodurch der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, wie auch der Kampf des internationalen Proletariats geschwächt wurden. Die Ähnlichkeit des Standpunktes der Führer der KP Chinas mit denen der Trotzkisten ist die Ursache dafür, daß das Mitglied der trotzkistischen „Internationale“, Germain, im offiziellen internationalen trotzkistischen Organ, das Programm der KPdSU, wie es vom XXII. Parteitag beschlossen wurde, von der gleichen Position aus wie die chinesischen Führer kritisiert. Die Trotzkisten sagen, daß sie übereinstimmen mit den Ansichten der Führung der KP Chinas in solchen Fragen wie der friedlichen Koexistenz, der Krise im Karibischen Raum, dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt, den Formen und Wegen des Übergangs der westeuropäischen Länder zum Sozialismus und der Einstellung zum Problem der „Mehrheit“ und „Minderheit“ in der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Exekutive der sogenannten 4. Internationale, d. h. der Trotzkisten, zieht daraus den Schluß, ich zitiere wörtlich: „Die Chinesen führen in allgemeiner Form das aus, was die 4. Internationale viel konkreter ausgearbeitet hat.“

Ich möchte jetzt die Stellung unserer Partei zu den Problemen Krieg und Frieden zusammenfassen:

1. Der Kampf um den Frieden ist die überragende Aufgabe der kommunistischen Weltbewegung und die erste Voraussetzung für die Festigung und Erweiterung der Positionen des Sozialismus im Weltmaßstab.
2. Unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz wächst der wirtschaftliche und politische Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegen den Imperialismus, für ihre täglichen Forderungen und für den Sozialismus.

3. Die Entwicklung seit der Beendigung des 2. Weltkrieges zeigt, daß die Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz den Aufstieg der nationalen Befreiungsbewegung nicht hemmt, sondern fördert.

So können wir mit Recht sagen, daß der Friede ein treuer Verbündeter des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung, der um nationale Befreiung

kämpfenden Völker ist. Dieser Überzeugung geben wir in unserer Programmativen Erklärung mit den Worten Ausdruck:

„Der Sozialismus will und braucht keinen Krieg. Er wird seine Überlegenheit über den Kapitalismus im friedlichen Wettkampf beweisen. Sozialismus und Frieden bilden eine unlösliche Einheit.“*)

Der Kampf um die Demokratie und die weitere demokratische Perspektive

Ein Kernstück unserer Politik, wie sie von unserem Parteitag 1963 beschlossen wurde, ist der Kampf für Demokratie. Davon ausgehend haben wir die weitere demokratische Perspektive dargelegt, die darin besteht, die Rechte des Volkes zu sichern, die Macht der Monopole und Militaristen zurückzudrängen und die Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Friedensstaat umzuwandeln.

In dem erfolgreichen Kampf um die Verwirklichung dieser demokratischen Aufgaben entstehen Möglichkeiten für einen friedlichen Weg der sozialistischen Revolution auch in der Bundesrepublik. Wir erklären zugleich, daß die Frage, ob die Revolution einen friedlichen oder nichtfriedlichen Verlauf nehmen wird, nicht nur von der Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Kräften des Volkes abhängt, sondern auch davon, ob die herrschenden Kreise sie mit Gewalt zu unterdrücken versuchen. Darum sagen wir in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960, daß die Arbeiterklasse alle Formen des Kampfes beherrschen muß. Die Führer der Kommunistischen Partei Chinas unterstellen dagegen den Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, daß diese Politik der Eingang aller antimonopolistischen demokratischen Kräfte mit der weiteren Perspektive der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution ein Kurs des Verzichts auf die Revolution überhaupt, Sozialdemokratismus und Revisionismus sei.

Die chinesischen Führer betrachten als Todsünde vieler kommunistischer Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern, daß diese ihre unmittelbaren Aufgaben im Kampf für die sozialen Interessen der Werktagen und für demokratische Reformen sehen, die auch unter dem Kapitalismus zu verwirklichen sind. Der Kampf um solche Reformen führt zur Schaffung einer breiten Front aller Werktagen gegen das Monopolkapital und dient als Grundlage für den weiteren Kampf um den Sieg der sozialistischen

schen Revolution. Sie betrachten also als Todsünde dieser Parteien, daß sie gerade das tun, was in der Erklärung von 1960 steht und was der Leninschen Linie vom Heranführen des demokratischen Kampfes der Massen an den Kampf um den Sozialismus entspricht.

Die Führer der Kommunistischen Partei Chinas wollen offenbar von Peking aus jeder Kommunistischen Partei ihre Politik, die Strategie und Taktik ihres Kampfes vorschreiben. Es fehlt ihnen jedes Verständnis für die konkreten Bedingungen des Kampfes in diesen Ländern, für die besonderen Wege, auf denen der Kampf der Arbeiterklasse vor sich geht. Sie ignorieren die realen Kräfteverhältnisse und die Leninsche Lehre über eine revolutionäre Situation. Sie meinen vielmehr, daß es genüge, einen revolutionären Aufruf zu erlassen, damit sich die Massen zum Sturm gegen den Kapitalismus erheben.

Im Namen der „Revolution“ lehnen sie gerade die Wege ab, die zur Revolution führen, wollen sie den Kommunistischen Parteien einen Kurs aufzwingen, der diese von den Massen isoliert und dazu führen würde, daß die Arbeiterklasse ihre Verbündeten im Kampf gegen Monopolkapital und Militarismus, gegen den Kapitalismus verliert.

Die chinesischen Führer sagen uns und den anderen Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in ihrem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“:

„Zahlreiche Fakten beweisen, daß dort, wo die finstere Herrschaft des Imperialismus und der Reaktion herrscht, das über 90 Prozent der Bevölkerung ausmachende Volk sich immer zu Revolutionen zu erheben bereit ist.“

Sie fordern, daß wir darauf unsere Strategie und Taktik aufbauen sollen. Genossen, das ist der höchste Ausdruck unrealistischen Abenteuerstums und subjektivistischen Wunschkentrucks.

Auf dem 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale wurde die linksopportunistische Abweichung folgendermaßen gekennzeichnet:

„Die Versuche revolutionär-ungedul-

*) Wissen und Tat, Sondernummer Juni 1963, S. 8

diger und politisch unerfahrener Kreise, in einzelnen Fragen zu den extremsten Methoden zu greifen, die im Grunde genommen Methoden des revolutionären Aufstandes sind, enthalten Elemente des gefährlichsten Abenteurums..."

In seiner leidenschaftlichen Stellungnahme gegen den linken Radikalismus in den Kommunistischen Parteien Europas sagte Lenin vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

"Es gibt nur ein Mittel, den Sieg des Kommunismus in Frankreich, England und Deutschland zu verhindern, nämlich linksradikale Dummheiten machen. Setzen wir unseren Kampf gegen den Opportunismus ohne Übertreibungen fort, so können wir sicher sein, daß wir siegen."

In Übereinstimmung mit der kommunistischen Weltbewegung sind wir der

Über die Ursachen der Haltung der Leitung der KP Chinas

Viele Genossen fragen: Wo liegen die Ursachen für die Differenzen zwischen der Leitung der KP Chinas und der internationalen kommunistischen Bewegung? Sie liegen darin, daß die chinesischen Führer immer weiter von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, von den Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 abrücken. Kurz nach der Moskauer Beratung von 1960 verbreitete die chinesische Propaganda in der ganzen Welt ein Interview Liu Schau-tsches mit der Journalistin Anna Luise Strong:

"Marx und Lenin waren Europäer; sie schrieben in europäischen Sprachen über die europäische Geschichte und über europäische Probleme und gingen nur selten auf Asien und China ein... Mao Tse-tung hat den Marxismus nicht nur den neuen Bedingungen angepaßt, sondern ihn auch weiterentwickelt und eine chinesische oder asiatische Form des Marxismus geschaffen."

Ich möchte dagegen betonen: der Marxismus-Leninismus ist die Weltanschauung des Proletariats, die Lehre von den allgemeingültigen Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, die Verallgemeinerung der Erfahrungen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und der Werktätigen aller Länder, die Lehre vom Aufbau des Sozialismus-Kommunismus.

Die chinesische Propaganda verbreitet des weiteren die These: Die Idee von Mao Tse-tung, das ist der Marxismus-Leninismus der Epoche der sozialistischen Revolution und des sozialistischen

Meinung, daß die entscheidende Voraussetzung für die Mobilisierung der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern für den Kampf um Sozialismus die allseitige Entfaltung des demokratischen Kampfes ist, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse alle werktätigen Volksschichten um sich scharft. Im Unterschied zu den Dogmatikern geht diese Linie des demokratischen Kampfes aus von dem unerschütterlichen Glauben an die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse. In diesem Kampf eröffnet sich die Möglichkeit, die Massen in einer breiten antiimperialistischen Front zu vereinigen. Diese Möglichkeit voll zu nutzen — das ist das Erfordernis des Klassenkampfes in den Ländern des entwickelten Kapitalismus. Nur derjenige, der nicht an die Kraft der Arbeiterklasse glaubt, der sein eigenes Nichtstun durch revolutionäre Phrasen zu verdecken sucht, spekuliert auf den „Export“, auf die Befreiung von außen.

Aufbaus. Das bedeutet nichts anderes als die Verneinung aller allgemein-gültigen Erfahrungen der Sozialistischen Oktoberrevolution, des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern für die ganze kommunistische und Arbeiterbewegung.

Eine weitere Ursache der Differenzen ist, daß die chinesischen Führer auf Positionen eines kleinbürgerlichen Nationalismus abgleiten. Das geht ganz deutlich aus ihrer Haltung zum Moskauer Teststopp-Abkommen hervor, die von dem Verlangen diktiert ist, über eigene Atomwaffen zu verfügen. Vom Gesichtspunkt des proletarischen Internationalismus und der Gemeinschaft der sozialistischen Länder wird jedes einzelne sozialistische Land und der Frieden durch die gesamte Verteidigungskraft des ganzen sozialistischen Lagers geschützt. Das Atomwaffenpotential der Sowjetunion erhöht nicht nur die Verteidigungskraft der Sowjetunion, sondern schützt alle sozialistischen Länder, darunter auch China. Eine Weitergabe dieser Atomwaffen an andere Länder würde das Gesamtpotential nicht erhöhen, aber dazu führen, daß die amerikanischen Imperialisten ebenfalls Atomwaffen in andere Hände geben und damit die Kriegsgefahr weiter wächst. Das Verlangen der chinesischen Führer nach Atomwaffen geht nicht aus von den Gesamtinteressen aller sozialistischen Länder und des Weltfriedens, sondern von einem engen nationalistischen Standpunkt. Das wird auch in den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder sichtbar. Die Führer der Kommuni-

stischen Partei Chinas lehnen faktisch die ökonomische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, ihre Arbeitsteilung und Kooperierung ab und propagieren die Autarkie ihres Landes.

Ich habe bereits ausgeführt, daß die Führer der KP Chinas einen Kurs verfolgen, die nationale Befreiungsbewegung von der internationalen Arbeiterbewegung und von den sozialistischen Ländern zu isolieren. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als ein Führungsanspruch gegenüber den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völkern, das heißt, eine nationalistische Position. Dabei scheuen sie sich nicht einmal, wie das auf einigen Konferenzen geschehen ist, rassistische Argumente zu verwenden. Auf der 3. Konferenz für Solidarität der Länder Asiens und Afrikas im Februar 1963 in Tanganjika sagten Delegierte der Volksrepublik China in Gesprächen mit Delegierten Asiens und Afrikas:

„Erinnert euch, was auf Kuba geschehen ist. Als Weiße werden die Russen ihre weißen Freunde unterstützen. Wir aber sind keine Weißen, wir sind eure Blutsverwandten, und eben deshalb haben wir Verständnis für eure Probleme.“

Schließlich kann man nicht umhin, auch auf die inneren Ursachen hinzuweisen, auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Politik des „großen Sprungs“ und der Volkskommune. Mit dieser Orientierung wollten die chinesischen Führer in kürzester Frist China aus einem ökonomisch rückständigen Land zu dem Land zu machen, das als erstes in die Phase des Kommunismus eintritt. Dem liegen dogmatische und subjektivistische Fehler zugrunde, nämlich der Glaube, man könne objektive gesellschaftliche Gesetze der sozialistischen Entwicklung durch die Mobilisierung der Volksmassen außer Kraft setzen. Mit der Bildung der Volkskommunen wurde eine Politik der Gleichmacherei betrieben, das Gesetz der materiellen Interessiertheit verletzt, wurde das praktiziert, was in der Sowjetunion in der ersten Etappe ihrer Entwicklung an einzelnen Experimenten versucht und von Lenin scharf als linkssektiererische Abweichung verurteilt wurde.

Durch diese Fehler sind die Industrie und Landwirtschaft der Volksrepublik China ernsthaft erschüttert. Die chine-

sischen Führer versuchen die Schuld für diese Rückschläge anderen in die Schuhe zu schieben und entfalten eine antisozialistische Kampagne. Aber was hat die Sowjetunion nicht alles an Hilfe für China geleistet?

Die chinesische Revolution konnte nur siegen durch die Existenz der Sowjetunion und deren allseitige Hilfe. Es ist doch bekannt, daß die stärkste japanische Armee, die Kwantung-Armee, von der ruhmreichen Sowjetarmee zerschlagen wurde. Die Sowjetunion war es, die den Verbänden der chinesischen Volksarmee die befreite Mandschurei, die Waffen und Ausrüstungen der Kwantung-Armee, die von den japanischen Imperialisten angelegten großen Waffenarsenale übergab. Erst so wurden die Voraussetzungen für den siegreichen Vormarsch der chinesischen Befreiungstruppen nach dem Süden des Landes, die Voraussetzungen für den Sieg über die vom USA-Imperialismus gestützte Tschiang-Kai-schek-Bande geschaffen.

Die Sowjetunion hat in jeder Phase des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China eine umfassende ökonomische Hilfe gewährt.

Wenn in den letzten Jahren die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion, den anderen sozialistischen Ländern auf der einen Seite und der Volksrepublik China auf der anderen Seite zurückgegangen ist, dann einzig und allein auf Betreiben der chinesischen Führer selbst.

Die Haltung der chinesischen Führer, ihre Angriffe auf die KPdSU und andere kommunistische Parteien zielen auf die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Um ihre spalterische Tätigkeit zu rechtfertigen, haben sie sich eine spezielle Theorie über die Beziehungen zwischen den kommunistischen Bruderparteien zurechtegelegt. Das ist eine Theorie, die dem Marxismus-Leninismus von Grund auf widerspricht. Sie haben eigens dazu eine sogenannte „vorübergehende Minderheit“ in der kommunistischen Weltbewegung erfunden, die angeblich die Wahrheit verflieht und eine „vorübergehende Mehrheit“, die sich irrt. Diese „Theorie“ ist nichts anderes als der Versuch, die eigene fraktionselle Tätigkeit und die Untergrabung der internationalen proletarischen Disziplin, deren Notwendigkeit schon Lenin verkündet hat, zu rechtfertigen.

Entschieden gegen Spaltung und Fraktionsbildung

Die chinesischen Führer belieben sehr oft über Prinzipien der kommunistischen Bruderparteien zu sprechen. Sie verschweigen aber ein so wichtiges Prinzip, wie die Notwendigkeit, daß „sich jede

kommunistische Partei solidarisch an die von den Bruderparteien in ihren Beratungen kollektiv erarbeiteten Einschätzungen und Schlüssefolgerungen betreifs der gemeinsamen Aufgaben im Kampf

gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hält". Um ihre spalterische Betätigung zu rechtfertigen, scheut sich die Führung der Kommunistischen Partei Chinas nicht, sich mit Lenin zu identifizieren, eine Parallele zwischen dem Leninschen Kampf gegen den Sozialreformismus der II. Internationale und der spalterischen Tätigkeit der chinesischen Führer gegen die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung zu ziehen.

Es bedarf keiner Erläuterung, wenn einer der Führer der KP Chinas erklärt, die Kommunistische Partei Chinas werde die Marxisten, ganz gleich, ob sie den kommunistischen Parteien angehören oder nicht, sammeln und zusammenschließen. Das heißt, die chinesischen Führer sind zu dem Versuch übergegangen, die kommunistischen Parteien, die kommunistische Weltbewegung zu spalten, alle Abtrünnigen, kleine Häuflein von Fraktionsmachern zu sammeln, um sie den marxistisch-leninistischen Parteien gegenüberzustellen. So stützen sie sich u. a. auf alle möglichen parteifeindlichen Gruppierungen und Elemente in den verschiedensten Ländern und so auch bei uns in der Bundesrepublik.

Es ist bekannt, daß auf den verschiedensten Wegen die Materialien der KP Chinas an Kommunisten, Sozialdemokraten und fortschrittliche Menschen in der Bundesrepublik versandt werden. Unter anderem geschieht das auch durch einen gewissen Jean Kantor, Basel. Diesen Materialien liegt ein Schreiben bei, in dem alle Materialien der KP Chinas in deutscher Sprache offeriert werden. Zum Schluß heißt es: diese Materialien sind auch zu beziehen durch Sepp Frey, Freiburg im Breisgau. Bei Frey handelt es sich um einen aus unserer Partei Ausschlossenen, der dem trotzkistischen

Für Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf dem Boden des Marxismus-Leninismus

Den Mitgliedern des Zentralkomitees ist bekannt, daß eine Delegation unseres Zentralkomitees einen Gedanken austausch mit Vertretern des ZK der KPdSU geführt hat. Wie in dem darüber veröffentlichten Kommuniqué gesagt wurde, besteht volle Übereinstimmung in allen Fragen, insbesondere auch in den Fragen, die die Meinungsverschiedenheiten zwischen der KP Chinas, der KPdSU und den anderen Bruderparteien betreffen. Die KPdSU und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien unternehmen alle Anstrengungen, um die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, um die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Weltbewegung auf der

Zentrum in Westdeutschland angehört. Der Versand chinesischen Materials geschieht auch durch die „Bremer Information“, einem Grüppchen von Leuten, die wegen ihrer rechtsoopportunistischen Haltung Ende der 20er Jahre aus der KPD ausgeschlossen wurden.

In München ist Theo Pirker dabei, für eine Delegation nach China — wie er sagt, zu Informationszwecken — zu werben. Pirker ist ebenfalls Trotzkist, der neben antikommunistischen Schriften durch ein Buch mit gewerkschaftsfeindlicher Tendenz bekannt geworden ist.

Herbert Klinger, München, wirbt auch für die Zusammenfassung einer Gruppe parteifeindlicher Elemente, wobei er provokatorische Diskussionen gegen die Sowjetunion, die DDR und die Führung der SED führt. Klinger bewegte sich früher, obwohl er nicht Mitglied unserer Partei war, sehr stark im Kreise unserer Genossen. Vor etwa einem Jahr mußten wir die Partei vor ihm warnen, da dringender Verdacht besteht, daß Klinger auch V-Mann der Spionagedienste ist.

Genossinnen und Genossen!

Wir weisen entschieden diese Methoden, die sich gegen die Einheit unserer Partei richten, zurück. Wir wissen uns darin in Übereinstimmung mit der ganzen Partei. Das findet seinen überzeugenden Ausdruck in Entschließungen von Parteiorganisationen und Leitungen der Partei. So heißt es in der Entschließung der Kreisleitung Dortmund:

„Wie alle Kommunisten in der Welt betrachten auch die Dortmunder Kommunisten die Beschlüsse von 1957 und 1960 als Ausdruck der kollektiven Weisheit aller Bruderparteien, die nicht durch die Anschauung einer Partei und einzelner Führer verletzt werden können.“

Grundlage des Marxismus-Leninismus zu festigen.

Auf Vorschlag des ZK der KPdSU fanden im Juli Verhandlungen zwischen Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas und Vertretern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Diese Verhandlungen wurden auf Wunsch der chinesischen Genossen unterbrochen. Die Genossen der KPdSU erneuerten dabei ihren Vorschlag, eine Vereinbarung über die gegenseitige Einstellung der Polemik zu treffen. Diesen Vorschlag hat Genosse Chruschtschow anlässlich der Feierlichkeiten des 46. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wiederholt. Das Fortdauern der Polemik schadet der interna-

tionalen Arbeiterbewegung. Dagegen wäre es ein wesentlicher Fortschritt, wenn die öffentliche Polemik eingestellt und die Meinungsverschiedenheiten in sachlichen Formen ausgetragen würden.

In Anbetracht der Lage, die gegenwärtig eingetreten ist, halten wir die Einberufung einer neuen internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien für notwendig. Wir sind der Auffassung, daß eine solche internationale Beratung bald stattfinden sollte.

An der Seite der KPdSU, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Bruderparteien kämpft unsere Partei für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und den Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960. Wir sind der Meinung — so ernst auch die Meinungsverschiedenheiten heute sind —, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse gibt zu ihrer Beseitigung. Die Völker des sozialistischen Lagers, die Werktäglichen in den vom Kolonialismus befreiten Ländern und in den imperialistischen Ländern haben objektiv die gleichen Interessen. Wir Kommunisten haben ein gemeinsames Ziel: den Sozialismus, eine gemeinsame Weltanschauung; die marxistisch-leninistische Lehre, einen gemeinsamen Feind: den Imperialismus.

Die Sowjetunion erreicht immer neue Erfolge in ihrem Kampf um Frieden, friedliche Koexistenz, in der Verwirklichung der Beschlüsse des XX. und des XXII. Parteitages beim entfalteten Aufbau des Kommunismus. Die Erfolge der Sowjetunion, der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers strahlen auch auf Westdeutschland aus und beweisen deutlich die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre. Die wachsenden Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern, die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes — alles das bestätigt, daß die Generallinie, wie sie auf den gemeinsamen Beratungen 1957 und 1960 beschlossen wurde,

richtig ist. Unsere Partei, die ganze kommunistische Weltbewegung, ist entstanden und erstarkt im unversöhnlichen Kampf an zwei Fronten, gegen den rechten Opportunismus und Revisionismus, wie auch gegen den linken Opportunismus, den Dogmatismus und das Sektierertum. Die verschiedenen Formen des Opportunismus, der Rechts- und Linksopportunisten haben eine gemeinsame Klassenwurzel: das ist der bürgerliche Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Die Tendenzen zu opportunistischen Angriffen auf den Marxismus-Leninismus treten in der Arbeiterbewegung jeweils am deutlichsten in Erscheinung, wenn sie sich an Wendepunkten der welthistorischen Entwicklung befindet. Rechtsopportunitismus und Linksopportunitismus sind nicht einander entgegengesetzt, sondern ergänzen einander, fördern sich sozusagen gegenseitig. Die Interessen der weiteren Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung erfordern die Fortsetzung des Kampfes sowohl gegen den Linksopportunitismus, wie auch gegen den Rechtsopportunitismus.

Bei uns wird das ganz deutlich, wo gerade solche Genossen sich manchmal als empfindlich für Auffassungen chinesischer Führer zeigen, die in der Vergangenheit die Mühen und Risiken des politischen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gescheut haben, die die illegale Arbeit vielfach ablehnten, weil sie mit Gefahren verbunden ist.

Unsere Partei wird in Übereinstimmung mit der kommunistischen Weltbewegung nicht aufhören, den Kampf gegen den Rechtsopportunitismus und Revisionismus zu führen. Wir haben aber den Kampf gegen Linksopportunitismus und Dogmatismus zu verstärken. Die Überwindung sektierererischer und dogmatischer Hemmnisse wird dazu beitragen, daß unsere Partei ideologisch und politisch festigt und befähigt wird, die vom Parteitag gestellten Aufgaben zu erfüllen.

V. 45. Jahrestag der Gründung der KPD im Zeichen des Kampfes um Frieden, Demokratie und die Stärkung unserer Reihen

Im Bericht des Politbüros haben wir die Hauptergebnisse der bisherigen Auswertung des Parteitages dargelegt. Der Linie des Parteitages entsprach es, daß sich die Partei in der Verbesserung ihrer gesamten Tätigkeit, vor allem auf die Entfaltung der legalen Massenarbeit orientiert.

Die Orientierung auf das legale Auftreten aller Kommunisten, auf die aktive und führende Anteilnahme an den

Aktionen der Arbeiterklasse, der demokratischen und friedliebenden Kräfte, das konsequente Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse in den Betrieben und in den Gewerkschaften — das ist der Weg zur Durchbrechung des Verbots unserer Partei. Das ist auch der Weg, den Menschen verschiedener Gesellschaftsschichten zu zeigen, daß es notwendig ist, sich gemeinsam mit uns für die Wiederherstellung der Legalität

unserer Partei einzusetzen. Die Aufhebung des Verbots unserer Partei, die Wiederherstellung ihrer legalen Rechte ist in erster Linie davon abhängig, wie jeder Kommunist Tag für Tag durch seine legale politische Tätigkeit das Verbot der Partei durchbricht.

Unter der Einwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution brach in den Novembertagen des Jahres 1918 auch in Deutschland die Revolution aus. 45 Jahre danach können wir mit Stolz feststellen, daß diese Ziele, für die die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse in den November-Tagen kämpfte und viele ihrer besten Söhne das Leben gaben, unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden sind. Das gibt uns Kraft und Zuversicht im Kampf um die Erfüllung unserer historischen Aufgabe, die darin besteht, zu verhindern, daß von dem imperialistischen Westdeutschland erneut ein Krieg ausgeht, daß auch in der Bundesrepublik Imperialismus und Militarismus gebändigt und schließlich überwunden werden.

Das größte Ereignis der Revolution im Jahre 1918 war die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 31. Dezember. Dieses Ereignis wurde zu einem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir feiern den 45. Jahrestag der Gründung unserer Partei im Bewußtsein unserer Kraft und großen Perspektive, die die Arbeiterklasse und die Volkskräfte der Bundesrepublik im Kampf um Frieden und Demokratie haben. Wir begehen diesen Tag im Bewußtsein unserer nationalen Verantwortung. Die Wahrnehmung unserer nationalen Verantwortung erfordert eine allseitige Stärkung der Partei. Wir sollten daher den 45. Jahrestag vorbereiten im Zeichen eines verstärkten Bemühens um eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen, der Zusammenfassung aller Kommunisten zu festgefügten Partikollektiven, der Werbung neuer Mitglieder. So leisten wir einen bedeutenden Beitrag für die Stärkung unserer Partei und für die Erfüllung der von unserer ZK-Tagung vorgezeichneten Aufgaben.

Unsere Partei stellte vom Tage ihrer Gründung an der volksfeindlichen Politik der Imperialisten und Militaristen eine nationale Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft entgegen. Das große Verdienst unserer Partei besteht darin, daß sie, wie in den Revolutionstagen, so auch in allen Etappen der nachfolgenden Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und unserem Volk den Weg zu einem anderen, zu einem neuen, zu einem friedlichen und demokratischen Deutschland gewiesen hat.

Vom der Gründung unserer Partei vor 45 Jahren bis zum heutigen Wirken der SED und KPD spannt sich der weite Bogen eines konsequenten Kampfes für die Interessen unseres Volkes und der ganzen deutschen Nation. Diesen Interessen werden wir gerecht, wenn wir heute, geleitet von der Programmativen Erklärung des Parteitages 1963 und unserer Lösung: „Stärkt die Kampfgemeinschaft SED-KPD“, den Kampf für eine mächtige Volksbewegung für Frieden und friedliche Koexistenz, für Verständigung, Demokratie und soziale Sicherheit führen. Diese Aufgabe erfordert die Vervielfachung unserer Anstrengungen, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und alle demokratischen Kräfte in einer mächtigen nationalen Kampfgemeinschaft zu einigen.

Auszüge

aus dem Bericht des Politbüros an die 2. Tagung des ZK

Erstattet vom Genossen Willi Mohn, Mitglied des Politbüros

Genossinnen und Genossen!

Unser Parteitag hat mit der Programmativen Erklärung der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk Weg und Ziel des Kampfes um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt gewiesen. Er hat uns die Aufgabe gestellt, die Diskussion über die Politik der Partei, auf der Grundlage der beschlossenen Dokumente verstärkt fortzusetzen mit dem Ziel, die politische Aktivität der Partei zu steigern und vor allem eine Verbesserung der

legalen Massenarbeit zu erreichen. Er stellte die Aufgabe, im Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit neue Aktionen und Bewegungen auszulösen und zu unterstützen, im Interesse der Klärung der selbständigen Klassenpositionen der Gewerkschaften den Außerordentlichen DGB-Kongreß vorzubereiten und die ganze Partei auf das Niveau des Parteitages zu heben, sie ideologisch und organisatorisch zu festigen.

Herausgegeben, in der Partei verbreitet und an Mitglieder und Funktionäre der SPD und Gewerkschaften, an Persönlichkeiten anderer Massenorganisationen und des öffentlichen Lebens verschickt und verteilt wurden Zehntausende Exemplare der Programmatischen Erklärung. In Sondernummern von „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ erschienen die Reden des Parteitages und das Statut. Das Statut wurde ferner in einer besonderen Ausgabe herausgegeben.

Die Mitglieder und Funktionäre unserer Partei haben den Parteitag und seine Beschlüsse begrüßt. Es hat eine Veränderung in der Partei begonnen. Die nationale Politik, die wir auf dem Parteitag ausgearbeitet haben, beginnt auch über

den Rahmen unserer Partei hinaus wirksam zu werden. Dies wird durch die Ereignisse mehr und mehr bestätigt.

Ein Ausdruck für das wachsende Ansehen unserer Partei ist es ferner, wenn sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse und auch dpa mit der Politik unserer Partei beschäftigen müssen. Nach dem Parteitag erschienen über die Tätigkeit und die Politik unserer Partei zahlreiche Meldungen und Artikel. Hunderttausende Leser haben auch auf diesem Wege erfahren, daß die Programmatische Erklärung in der Bundesrepublik verbreitet wurde, daß die KPD eine enge Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Genossen und Organisationen anstrebt.

Abschluß des Atomteststopp-Abkommens ein großer Erfolg der Friedenskräfte

In diese Zeit fiel ein großer Erfolg der Friedenskräfte mit der Sowjetunion an der Spitze — der Abschluß des Atomteststoppabkommens. Das Politbüro unserer Partei begrüßte den Abschluß dieses Vertrages und stellte fest, daß auch der Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland zu diesem Erfolg beigetragen hat. Es forderte auf, alles dafür zu tun, daß die Bundesregierung gezwungen wird, diesem Abkommen beizutreten. In Übereinstimmung mit vielen anderen Friedensanhängern in der Bundesrepublik orientierten wir darauf, das Teststoppabkommen zum Ausgangspunkt für weitere Erfolge im Kampf um einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik, einen Rüstungsstopp, für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages zu machen.

Am 6. August 1963 wurden von den Friedensanhängern viele Mahnwachen, Plakatdemonstrationen, Filmabende und andere Veranstaltungen durchgeführt. Hunderttausende Flugblätter wurden verteilt und Tausende von Unterschriften für den Beitritt der Bundesrepublik zum Moskauer Abkommen, für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik gesammelt. Es ist ein beachtlicher Fortschritt und zeigt die wachsende Breite der Bewegung für Abrüstung und Frieden, daß in diesem Jahr eine Reihe von Bundesjugendsekretären verschiedener Gewerkschaften, die Bundesjugendsekretäre der Naturfreunde und Falken gemeinsam einen Aufruf zum Antikriegstag herausgaben.

Dieser fand in der Presse und vor allem in den Gewerkschaften ein beachtliches Echo. Hinzu kommen noch zahlreiche örtliche Initiativen von Kreisjugendausschüssen der Gewerkschaften und anderen Organisationen.

Am 1. September fanden viele Kundgebungen, Versammlungen und Fackelzüge statt. An diesen Aktionen haben Zehntausende Menschen teilgenommen und weitauß mehr wurden durch sie angesprochen. Das Neue gegenüber dem letzten Jahr ist, daß viele dieser Veranstaltungen von gewerkschaftlichen Gremien durchgeführt wurden und dabei führende Gewerkschaftsfunktionäre als Redner auftraten.

Es kam zu vorbildlichen Initiativen von Gewerkschaftern, Jugendlichen und anderen Rednern der Atomrüstung. In Süddeutschland wurden Unterschriften unter einen Appell gesammelt, der die Bonner Regierung auffordert, jetzt eigene Abrüstungsinitiativen zu ergreifen. In einer Großstadt haben Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und andere Persönlichkeiten einen Appell an die Bonner Regierung unterzeichnet, in dem vom zukünftigen Bundeskanzler Erhard eine Politik der Entspannung und Abrüstung gefordert wurde. Vor Betrieben wurden Befragungen der Belegschaften durchgeführt. Eine solche ergab, daß sich 96 Prozent der Befragten für den Beitritt der Bundesregierung zum Atomteststoppabkommen und 93 Prozent für einen Nichtangriffspakt aussprachen. Von Frauen aus verschiedenen Friedensorganisationen gab es in gleicher Richtung mehrere gute Initiativen, so in Nordrhein-Westfalen und anderen Gebieten. Die Aktivität und Kampfbereitschaft der Jugend kam auf solchen Veranstaltungen, wie die Internationale Jugendwoche in Stuttgart und das Treffen von 8000 jungen Metallarbeitern auf dem Bezirksjugendtag Baden-Württemberg in Heidenheim zum Ausdruck. Das zeigt die wachsenden Möglichkeiten, die Jugend für Aktionen im Kampf für ihre friedlichen und demokratischen Interessen zu gewinnen.

In der ersten Reihe des Kampfes für Frieden und Demokratie stehen!

Die Forderung unseres Parteitages, daß der Platz des Kommunisten in der ersten Reihe des Kampfes für den Frieden ist, wurde in diesen Aktionen von vielen Kommunisten noch nicht erfüllt. Das verpflichtet uns, die Ursachen dieser großen Schwächen einzuschätzen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Vor allem kommt es darauf an, in der ganzen Parteiorganisation Verständnis für die Bedeutung und für die großen neuen Möglichkeiten des Friedenskampfes zu schaffen. Eine Parteileitung die versteht, daß der Kampf um Frieden die erstrangige Aufgabe unserer Zeit ist, muß konsequent gegen die Auffassung kämpfen, die Sache des Friedens etwa nur als eine Angelegenheit pacifistischer Organisationen zu betrachten. Sie muß den Genossen helfen, das Umdenken bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, in der Intelligenz, unter der Jugend richtig einzuschätzen und durch Kontakte und kameradschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Hier erwachsen entscheidende neue Möglichkeiten. Hand in Hand mit der Lösung der ideologisch-politischen Aufgaben gilt es dafür zu sorgen, daß alle Grundorganisationen und alle Mitglieder ihre Verpflichtung in den Aktionen gegen Atomrüstung, für Entspannung, Verständigung und Abrüstung erfüllen. Besonders wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, Vertretern der Jugend und der Frauen sowie der Intelligenz.

Wir haben auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht, daß die 500 000 jungen Menschen, die in der Bundeswehr sind, von den friedliebenden Kräften, von den Gewerkschaften nicht den Militaristen überlassen werden dürfen, daß die Kommunisten entsprechend den Traditionen der Partei die antimilitaristische Aufklärung verstärken müssen.

(Nach Ausführungen über den Regierungswechsel fuhr Gen. Willi Mohn fort):

Der Skandal um Höcherl, der Bruch des Brief- und Telefongeheimnisses, das Wirken der SS-Leute im „Amt für Verfassungsschutz“ zeigen den engen Zusammenhang zwischen der aggressiven Politik nach außen und dem Bruch der Verfassung im Innern. Sie haben in der Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Es ist beispielhaft, wie Demokraten und vor allem junge Menschen in Frankfurt und anderen Großstädten auf den Verfassungsschutzskandal reagierten und

wirksame Aktionen durchführten. Frankfurter Zeitungen berichteten, daß am 13. September, unmittelbar nach Bekanntwerden der neuesten Verfassungsbrüche, eine Schilderdemonstration stattfand, in der u. a. solche Lösungen mitgeführt wurden wie: „Rechtsstaat — nicht SS-Staat! Hört auf die Gewerkschaften: Höcherl muß gehen! Erhard darf sich nicht mit Höcherl belasten!“

Diese Demonstration fand die Sympathie der Bevölkerung. Die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen berichteten über die Demonstration. Als die Polizei brutal gegen die Demonstranten einschritt und Teilnehmer festnahm, kam es sofort zu Protesten. Am nächsten Tag fand eine Pressekonferenz und eine neue Schilderdemonstration statt, die diesmal nicht von der Polizei gestört wurde. Durch diese Initiative wurden Tausende Menschen angesprochen und ein hervorragendes Beispiel dafür gegeben, wie die Arbeiter und die Jugend den Kampf für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte führen muß.

Die von vielen demokratischen Bewegungen gegen das SS-Treffen in Hameln geführte Kampagne war erfolgreich. Auch in diesem Beispiel zeigt sich, welche Erfolge die Gewerkschaften, die Widerstandskämpfer und andere Kräfte erringen können, wenn sie entschlossen und offensiv kämpfen.

Wir müssen aber feststellen, daß viele Leitungen noch ungenügend entsprechend den wachsenden Möglichkeiten den Kampf um die demokratischen Rechte führen. Hier zeigt sich, daß die Aufmerksamkeit vieler Parteileitungen und Grundeinheiten zu sehr nach innen gerichtet ist. Wir haben noch nicht erreicht, daß alle Parteileitungen und Grundeinheiten die Auswertung des Parteitages so verstehen, daß sie in erster Linie nach Möglichkeiten suchen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, um die Politik der Partei in der breiten Arbeit unter der werktätigen Masse zu verwirklichen.

Eine gute Arbeit leisteten in diesem Zusammenhang die Genossen der ZPKK, die laufend Enthüllungen über die Machenschaften der Faschisten im Staatsapparat durch den Sender 904 der Öffentlichkeit übergeben. Diese Enthüllungen sind eine große Hilfe für unsere Genossen in den Grundorganisationen und Kreisleitungen zur Entwicklung von örtlichen Protestbewegungen.

Die entscheidende Aufgabe: Aktionseinheit!

Unser Parteitag hat festgestellt, daß für die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse den Gewerkschaften

die entscheidende Bedeutung zukommt, daß es darauf ankommt, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerk-

schaften zu wahren, daß die Gewerkschaften berufen sind im Leben der Nation den Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Politik und Staat zur Geltung zu bringen.

In den Diskussionen um das Grundsatzprogramm und durch die Annahme vieler Anträge in den verschiedensten Gremien der Gewerkschaften wurde gefordert, in das Grundsatzprogramm alle positiven Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses aufzunehmen, in ihm die Kampferfahrungen der Arbeiterklasse, vor allem die des Metallarbeiterstreiks, zum Ausdruck zu bringen. In solchen Anträgen wurde z. B. gefordert: Eigener Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik, Verzicht auf Atomrüstung; Lösung der strittigen Fragen auf dem Wege von Verhandlungen; Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten; Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen jegliche Notstandsgesetzgebung, zurVerteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten; Maßnahmen für eine echte Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktivität für diese Forderungen ist nicht zu trennen von der Notwendigkeit des ständigen Kampfes gegen den unheilvollen Einfluß des Antikommunismus, besonders der Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die Gewerkschaften werden im Kampf gegen das aggressive Monopolkapital und die Bonner Reaktion umso schlagkräftiger und erfolgreicher wirken, je mehr sie sich in ihren eigenen Reihen von dem lärmenden Gift des Antikommunismus befreien, je mehr sie sich auf die Arbeiterklasse der DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften stützen.

Es gibt Beispiele aus der Diskussion um das Grundsatzprogramm, in denen von Gewerkschaftern die Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gefordert wurde. Große Bedeutung besitzt auch, daß der Verbandstag der Gewerkschaft Holz einstimmig das Moskauer Abkommen begrüßt und weitere Kampfmaßnahmen beschloß, und daß der Verbandstag der IG Chemie einen Antrag auf Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und ein ganzes Kampfprogramm gegen die Notstandsgesetzgebung zum Schutze der demokratischen Rechte annahm.

Es muß im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Außerordentlichen DGB-Kongresses aber auch festgestellt werden, daß in der Diskussion die Masse der Gewerkschafter nicht einbezogen worden ist. Auch viele Kommunisten haben sich nicht, wie es notwendig gewesen wäre, aktiv in die Diskussion um

die Klärung der Grundsatzfragen in den Gewerkschaften eingeschaltet.

In der Vorbereitung des DGB-Kongresses hat sich in vielen Orten die Zusammenarbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern verbessert. Eine erhebliche Schwäche besteht aber noch darin, daß diese verbesserte Zusammenarbeit sich noch vollkommen ungenügend widerspiegelt in der Zusammenarbeit auf betrieblicher Ebene, die aber gerade von entscheidender Bedeutung ist.

Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß wir vor allem in den Großbetrieben neue, junge und einflussreiche Kader nachentwickeln müssen. Nur so schaffen wir die Voraussetzung für eine systematische Verbesserung unseres Einflusses in diesen wichtigsten Schwerpunkten unserer Arbeit.

Hier zeigt sich ein wichtiges Problem der ganzen politisch-organisatorischen Arbeit unserer Partei. Besonders in den Arbeiterkämpfen entwickelt sich eine ganze Schicht junger Arbeiter, die sich immer wieder als die aktivsten Kräfte bewähren, die das Vertrauen ihrer Kollegen gewinnen. Sie müssen wir als Mitglieder gewinnen, wenn wir die Schlagkraft und den Masseneinfluß der Partei erhöhen wollen.

Erfolge zeigen sich dort, wo wir arbeitende Betriebsgruppen haben, die auch regelmäßig ihre Betriebszeitung herausgeben. Das beweist, was wir erreichen können, wenn alle Leitungen dem Aufbau und der Arbeit der Betriebsgruppen besonders in den Großbetrieben die notwendige Aufmerksamkeit widmen. Dort, wo unsere Partei in den verschiedensten Aktionen, zum Beispiel beim Metallarbeiterstreik richtig gearbeitet hat, ist das Ansehen der Kommunisten gewachsen. Das findet seinen Niederschlag in einigen Großbetrieben, wo wir unseren Einfluß weiter erhöhen konnten.

Als wichtiges Führungsinstrument der Belegschaften hat sich der gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper erwiesen. Hier entwickeln sich die gewerkschaftlichen Kader. Vor allem in den Großbetrieben gilt: in der Belegschaft bekannt werden, bei ihr Vertrauen gewinnen — das erfordert eine gute systematische Arbeit als gewerkschaftlicher Vertrauensmann, ein richtiges Auftreten im Vertrauensmännerkörper und in den Belegschaftsversammlungen. Das ist der Weg, um sich als Kommunist das Vertrauen der Gewerkschaftskollegen zu erwerben, um für sich und für die Partei Ansehen und Autorität zu erringen.

Das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Autorität, ist weiter gewachsen. Die Unterzeichnung des

Moskauer Atomteststoppabkommens durch die DDR, die Initiativen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Verständigung hat vielen Menschen in Westdeutschland gezeigt, daß bei der DDR Wort und Taten eins sind, daß die DDR eine feste Bastion des Friedens ist. Das Ergebnis der Volkskammerwahlen, die neuen großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in der DDR haben erneut bewiesen, daß dieser Staat vom Vertrauen der Bevölkerung getragen ist, daß jeder Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

In breiten Kreisen der Bevölkerung wächst das Interesse für die DDR. Die Zahl derer, die für eine Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eintreten, wird größer.

In mehreren Orten sprachen sich die

Die weiteren Aufgaben für die Stärkung der Partei

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf Beschuß des Politbüros fanden mit Parteileitungen, Grundeinheiten, besonders Betriebsgruppen, Aussprachen über den Stand der Auswertung des Parteitages und die nächsten Aufgaben statt. Diese Aussprachen wurden von Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees durchgeführt. Von den Leitungen wurden diese Beratungen begrüßt, weil dadurch eine unmittelbare Hilfe von seiten der Parteiführung erfolgte, weil damit die Leitungen angeregt wurden, sich eine Bilanz über den Stand ihrer Arbeit und über die Situation in der Parteiorganisation zu schaffen. Auch die Parteiführung hat dabei viel gelernt.

Im Beschuß zur Auswertung des Parteitages war unter anderem die Durchführung von Mitgliederversammlungen zur Diskussion über die Dokumente und die Aufgabenstellung des Parteitages festgelegt worden. Bis jetzt sind diese Mitgliederversammlungen noch nicht überall durchgeführt. Zahlreiche Leitungen haben nicht genügend um die Durchführung des Beschlusses gekämpft.

Des öfteren wurde auch von Genossen die Ansicht geäußert: „Das Dokument ist gut, unsere Vorschläge sind weitgehend berücksichtigt. Was sollen wir jetzt noch darüber diskutieren?“ Diese Genossen erkennen nicht, daß die Programmatiche Erklärung in allen Fragen eine ständige Hilfe ist und immer zu Rate gezogen werden muß.

Die Diskussion der Dokumente des Parteitages ist die Voraussetzung dafür, alle Parteimitglieder gründlich mit der Politik der Partei vertraut zu machen, die Partei von oben bis unten zu festigen,

Gewerkschafter in Diskussionen und Anträgen zum Grundsatzprogramm des DGB für die Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aus. In einer norddeutschen Stadt forderten viele Persönlichkeiten — unter ihnen Betriebsräte, Pfarrer, Handwerker — in einem Brief an die Bundestagsfraktion der SPD, daß die Bundesrepublik sich zu Verhandlungen mit der DDR bereitfinden solle.

Große Bedeutung für die Verständigung der Arbeiter in beiden deutschen Staaten besitzen die Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen in Leipzig und Rostock, die Arbeiterjugendkonferenzen und andere gesamtdeutsche Begegnungen. Sie bieten große Möglichkeiten, die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands über die sozialistischen Errungenschaften der DDR aufzuklären. Diese Möglichkeiten werden noch nicht genügend genutzt.

die Aufgaben des Parteitages zu erfüllen, selbständig zu handeln und Initiativen zu ergreifen. So sollen die Beschlüsse unseres Parteitages zum Hebel werden, um das kollektive Parteileben in den Grundorganisationen zu entwickeln, sie zu eigener Initiative und zu verantwortlicher Durchführung der Politik zu befähigen.

Es ist ein Fortschritt, daß nach dem Parteitag viele Leitungen und auch eine Reihe Grundeinheiten Arbeitspläne aufgestellt haben, in denen sie sich konkrete Aufgaben zur Auswertung des Parteitages stellen. Jetzt kommt es darauf an, die Arbeitspläne wirklich zu einem Lebenselement der Leitungen und Parteigruppen zu machen, darauf hinzuwirken, daß alle Parteileinheiten sich konkrete Aufgaben stellen, ständig die Arbeit anhand der Pläne kontrollieren und für die Durchführung der Pläne kämpfen.

Wir sollten den Fortschritt, den wir bei der bisherigen Auswertung des Parteitages erzielt haben, nicht überbewerten. Es ist noch vielfach so, daß die Diskussion der Dokumente des Parteitages in den Grundeinheiten unkonkret, ohne praktische Schlüssefolgerungen und sofortige Aufgabenstellung für die Grundeinheiten und jeden Genossen geführt wird. Wir müssen Anstrengungen machen, diese Schwäche zu überwinden. Die Parteileitungen sollen den Grundeinheiten gerade bei der Aufgabenstellung mithelfen und sie anhand der positiven Beispiele erziehen.

Der Parteitag hatte die Aufgabe gestellt, die Programmatiche Erklärung vor allem den sozialdemokratischen Genossen zu übergeben und mit ihnen über die Politik unserer Partei zu diskutieren.

Wir müssen feststellen, daß diese Aufgabe ungenügend in Angriff genommen wird. Verhältnismäßig gut arbeitet in dieser Beziehung eine Leitung in Süddeutschland, die selbst einen konkreten Plan der Arbeit mit den sozialdemokratischen Genossen hat und sich auch darum bemüht, daß sich die Grundeinheiten entsprechende Aufgaben stellen.

Es ist positiv, daß es nach dem Parteitag verstärkte Bemühungen gibt, die Betriebsgruppen politisch und organisatorisch zu festigen und auch neue Betriebsgruppen zu schaffen. Es ist richtig, daß von einer Reihe von Leitungen Anstrengungen gemacht werden, vor allem die Betriebsgruppen in Großbetrieben zu verstärken.

Wir möchten noch einmal auf die besondere Verantwortung der Leitungen hinweisen, den Betriebsgruppen bei der Entwicklung ihres politischen Lebens zu helfen. Sie sollten dabei auf die Beachtung solcher Hauptfragen orientiert werden wie: die gewerkschaftliche Situation im Betrieb, die Zusammenarbeit mit der Betriebsorganisation der SPD, die Arbeit mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten, die allseitige Entwicklung und Mobilisierung der Arbeiter anhand der betrieblichen Ausbeutungsverhältnisse, die Arbeit an und mit der illegalen Betriebszeitung.

Die Wohngebietsgruppen haben — wie es auch unser Statut sagt — nach wie vor eine große Bedeutung und einen umfang-

reichen Wirkungsbereich. Die Arbeit einer Wohngebietsgruppe, die sich aktiv für die sozialen Interessen der Einwohner einsetzte, zeigt, welche große Ausstrahlung die kontinuierliche, beharrliche Tätigkeit einer solchen Grundeinheit haben kann.

Genossinnen und Genossen!

Wir haben festgestellt, daß in einigen Gebieten die Arbeit mit den Wohngebietsgruppen vernachlässigt wurde. In Auswertung des Parteitages ist es notwendig, die Versäumnisse in der Durcharbeitung und Diskussion des Statuts aufzuholen und zu sichern, daß das Statut im Leben der Leitungen, der Grundorganisationen und jedes einzelnen Kommunisten zum Gesetz des Handelns wird.

Mit allem Ernst müssen wir darauf aufmerksam machen, daß unsere Zentralorgane „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ nicht entsprechend ihrer Bedeutung als wichtige Mittel der Anleitung der Partei verwandt werden.

Ein sehr ernst zu nehmender Mangel unserer Arbeit ist die Vernachlässigung der politischen Weiterbildung der Genossen, insbesondere der Parteigruppenleiter und Leitungsmitglieder. Ungenügende Aufmerksamkeit schenken die Leitungen der Entwicklung der Parteischulung. Es muß aber auch festgestellt werden, daß es ein Mangel ist, daß das Schulungsmaterial für September/Oktober erst in der Oktober-Ausgabe von „Freies Volk“ erschienen ist.

Konkrete Werbepläne aufstellen

Genossinnen und Genossen!

Wir haben auf dem Parteitag eine richtige Politik ausgearbeitet und beschlossen. Wir mußten aber zugleich feststellen, daß diese Politik nur erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn wir unsere Partei ideologisch und vor allem auch organisatorisch stärken. Wir müssen heute sagen, daß wir seit dem Parteitag mit der organisatorischen Stärkung der Reihen unserer Partei ungenügend vorgekommen sind.

Diese Entwicklung steht in schroffem Gegensatz zu der Tatsache, daß sich unsere Kampfbasis verbessert hat, daß die Ereignisse und die Erkenntnisse der Menschen uns täglich neue Möglichkeiten der Werbung für die Partei eröffnen. Aber die Chancen, die sich uns im Zusammenhang mit den Aussprachen und Erfahrungen um das Grundsatzprogramm des DGB, in der Auswertung des Moskauer Abkommens, bei den Demonstrationen gegen Höcherl, in der Vorbereitung und Durchführung des Antikriegstages geboten haben, sind nur wenig genutzt worden. Viele Leitungen und Genossen haben darüber berichtet, daß

zahlreiche Menschen durch das Moskauer Teststoppabkommen besser verstanden haben, wie sehr Friede und Sozialismus eine Einheit bilden und wie sehr das Leben die Richtigkeit der Politik unserer Partei bestätigt. Aber es liegen uns nur wenige Berichte darüber vor, daß diese Stimmung dahin genutzt wurde, solche Menschen von der Notwendigkeit der Mitarbeit in den Reihen unsrer Partei, der konsequentesten Kraft des Friedens in der Bundesrepublik zu überzeugen.

Wir stellten mit Recht fest: der Widerspruch zwischen der Politik der Monopole und den Interessen der werktätigen Massen wird größer und schärfer. Säubern das die Menschen? Ja. Das beweisen solche Lösungen von Mannheim: „Der Profit ist alles, der Mensch ist nichts.“ Diese Auffassung über die wirkliche Klassenlage in der Bundesrepublik wird von unserer Partei vertreten. Es muß doch möglich sein, Arbeiter, die mit dieser Lösung einverstanden sind, und unter roten Fahnen gegen die Maßhaltpolitik und die Notstandsdrohung der Erhard-Regierung demonstrieren, als Mitglieder für unsere Partei zu gewin-

nen. Das wird dann gelingen, wenn das ZK, wenn alle Leitungen und alle Kommunisten von der Überzeugung ausgehen, daß die Werbung neuer junger Mitglieder geradezu eine Lebensfrage für unsere Partei ist.

Vor allem gilt das in den Großbetrieben. Warum konnte die Betriebsgruppe einer Schachtanlage bedeutenden Einfluß auf das Geschehen im Betrieb gewinnen und von dort her das gewerkschaftliche Leben in der Stadt befruchten? Das war nur möglich, weil sie im letzten Jahr 18 Neuaufnahmen für die Partei erreichte und mit allen Genossen ein aktives Parteileben entwickelte. Wie aber wollen wir an anderen Schwerpunkten vorankommen, wenn dort für die Genossen der Leitung nicht die Masse der Belegschaft die Orientierung bestimmt, sondern ein ganz eng verstandenes, überwiegend parteiinternes System der Arbeit? Wie wollen sich dort die leitenden Genossen Autorität verschaffen, wie wollen sie das Ansehen unserer Partei stärken, wenn sie die Meinung vertreten, die Leitungsmitglieder dürften aus Sicherheitsgründen an der Demonstration zum Antikriegstag nicht teilnehmen?

Wir müssen uns darüber im klaren sein: Die Mitgliederwerbung ist nicht ein Problem neben vielen anderen, es ist nicht Sache zeitweiliger Kampagnen, sondern eine Aufgabe, die ununterbrochen auf der Tagesordnung stehen muß. Wenn wir den 45. Gründungstag unserer Partei am 31. Dezember und am 1. Januar im richtigen Geist begehen wollen, dann erfordert das, in den Leitungen und Grundeinheiten die Werbung neuer Mitglieder, vor allem aus den Reihen junger kämpferischer Arbeiter, aus dem Kreis antimilitaristischer Gruppen der Jugend zu beraten und dazu konkrete Werbepläne zu entwickeln. Im gleichen Zusammenhang ist es erforderlich, die Arbeit mit den neugeworbenen Mitgliedern zu überprüfen und Maßnahmen zur besseren Einbeziehung dieser Mitglieder in das Parteileben und zu ihrer weiteren Entwicklung festzulegen. Wir sind überzeugt: stellen sich die Leitungen und Grundeinheiten in dieser Weise konkrete Aufgaben für die Werbung und Entwicklung junger

Genossen, übernehmen sie Verpflichtungen dafür, kontrollieren sie ständig die Durchführung dieser Beschlüsse, dann werden wir schon auf der nächsten Tagung des Zentralkomitees in der organisatorischen Stärkung und Festigung unserer Partei positive Bilanz ziehen können.

Das bevorstehende Weihnachtsfest und der Jahrestag der Gründung unserer Partei sollte ferner Anlaß sein, zahlreiche Maßnahmen, vor allem in der legalen Massenarbeit **zur Entwicklung der Solidarität** für die eingekerkerten Genossen und Anhänger des Friedens, für eine **politische Amnestie** einzuleiten und durchzuführen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Uns verbinden brüderliche Bände mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Wir schätzen uns glücklich, daß wir die Möglichkeit hatten, unsere Gedanken zur internationalen Lage, zu Problemen der internationalen kommunistischen Bewegung, für eine weitere internationale Entspannung mit führenden Genossen des Präsidiums und des Sekretariats des ZK der KPdSU auszutauschen.

Am 2. Oktober dieses Jahres fand in Moskau die Zusammenkunft mit den führenden Vertretern der KPdSU statt. Von unserer Seite nahmen an der Aussprache teil:

Genosse Max Reimann
Genosse Josef Ledwohn
Genosse Otto Niebergall
Genosse Max Schäfer.

Bei all den Fragen, die wir beraten haben, haben sich die unerschütterlichen, wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPD sowie die völlige Einheit der Auffassungen bestätigt.

Wir danken den Genossen für die politische Solidarität, für die große Hilfe, die sie uns stets erweisen. Im Bewußtsein unserer nationalen und Internationalen Verpflichtung werden wir alles daran setzen, um unseren Beitrag im Kampf der Weltbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu erhöhen.

Beschluß der 2. Tagung des Zentralkomitees, November 1963

Entschließung zu den Meinungsverschiedenheiten der Führung der KP Chinas mit der internationalen kommunistischen Bewegung

Das Zentralkomitee bestätigt die im Referat des Genossen Max Reimann gegebene Einschätzung der Meinungsverschiedenheiten der Internationalen kommunistischen Bewegung mit der Führung der KP Chinas. Es billigt die vom Politbüro des ZK zu diesen Fragen abgegebenen Stellungnahmen und bekraftigt erneut die

Treue der Kommunistischen Partei Deutschlands zu der auf den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 beschlossenen Generallinie der kommunistischen und Arbeiterparteien. Das Zentralkomitee weist entschieden die Versuche der chinesischen Führer zurück, der kommunistischen Weltbewegung eine den gemeinsamen Beschlüssen entgegengesetzte, dem Marxismus-Leninismus widersprechende „Generallinie“ aufzudrängen, die ihrem Wesen nach nur als dogmatisch, abenteuerlich und nationalistisch bezeichnet werden kann.

I.

Unsere Partei geht in ihrer gesamten Politik von den Feststellungen der Moskauer Erklärung von 1960 aus, daß die kommunistischen Parteien im Kampf für den Frieden ihre erstrangige Aufgabe seien, und daß auf Grund des veränderten Kräfteverhältnisses ein neuer Weltkrieg verhindert werden kann. Die konsequente Friedenspolitik der sozialistischen Staaten und der internationalen kommunistischen Bewegung hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Sie hat das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien unermüdlich gesteigert. Auf der Grundlage der gemeinsamen Beschlüsse der Moskauer Beratungen hat unser Parteitag 1963 der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften der Bundesrepublik den Weg gewiesen zum Kampfe um die Rettung des Friedens, für eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik.

Angesichts der beispiellosen Zerstörungskraft der Kernwaffen hängt heute jedes Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit untrennbar mit dem Kampf um die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges zusammen. Weder der sozialistische und kommunistische Aufbau in den Ländern des Sozialismus, noch die Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes, noch der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern um Demokratie und Sozialismus können losgelöst von der dringendsten Aufgabe betrachtet werden, einen Kernwaffenkrieg unmöglich zu machen, der Hunderte Millionen Menschen vernichten, ganze Völker auslöschen und die Menschheit in ihrer Entwicklung weit zurückwerfen würde.

Deshalb lehnt unsere Partei die abenteuerliche und leichtfertige Bagatellisierung der Atomwaffen und der Folgen eines Atomkrieges durch die chinesischen Führer, ihre den humanistischen Geist unserer Weltanschauung verhöhnelnden Spekulationen über den Aufbau einer „höheren Zivilisation“ auf den Ruinen des Atomkrieges ab. Gerade die militaristischen Machthaber in Bonn sind bestrebt, die Gefahren der Atomwaffen und des Atomkrieges zu bagatellisieren, um die westdeutsche Bevölkerung von dem verbrecherischen, lebensbedrohenden Charakter ihrer Atomrüstungs- und Revanchepolitik abzulenken. Unsere Partei hält es für ihre Pflicht, die Volksmassen unermüdlich über die Gefahren dieser Politik aufzuklären und sie zum entschlossenen Kampf gegen die Atomrüstung zu mobilisieren.

Ogleich die chinesischen Führer die Feststellung der Beratungen von 1957 und 1960 unterschrieben haben, daß heute die reale Möglichkeit besteht, einen Weltkrieg zu verhüten, halten sie nach wie vor an der Auffassung fest, solange der Imperialismus bestehe, sei ein Krieg unvermeidlich. Ja, sie orientieren sich auf eine militärische Lösung des Gegensatzes zwischen den beiden Weltsystemen und spielen mit der Möglichkeit des bereits von Lenin bekämpften „Anpeitschens“ der Revolution durch „einen revolutionären Krieg“. Dieser abenteuerliche Kurs beruht auf einer Überschätzung der Kräfte des Imperialismus, auf dem Unglauben an die Kräfte des Sozialismus und des Friedens. Er ist nur geeignet, die Volksmassen im Kampfe gegen die imperialistischen Kriegstreiber zu entmutigen und zu entwaffnen.

Alle Tatsachen und Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß die Macht der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten im Zusammenwirken mit den Friedenskräften in der ganzen Welt sehr wohl imstande sind, die Kriegstreiber zu zügeln und imperialistische Aggressionen zu verhindern. Das wurde sowohl während des Suezkonflikts als auch während der Krise im karibischen Raum bestätigt. Am 13. August 1961 wurde es auch auf deutschem Boden bewiesen, als die Deutsche Demokratische Republik, unterstützt von den Staaten des Warschauer Vertrages, durch die Sicherung ihrer Staatsgrenze in Berlin ein militärisches Abenteuer der westdeutschen Imperialisten vereitelte und den Frieden rettete.

Die chinesischen Führer haben den Weg des Kampfes um die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, den einzigen Weg zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, verlassen. Ihre Praxis steht in schrofem Widerspruch zu den gemeinsamen Beschlüssen der kommunistischen Weltbewegung und läuft auf die Verschärfung der internationalen Spannungen, auf die Zuspitzung des kalten Krieges, auf ein „Balancieren am Rande des Krieges“ hinaus. Die chinesischen Führer beschimpfen und verleumden die Sowjetregierung und die Regierungen der anderen sozialistischen Staaten, die alles tun, um eine Minderung

der internationalen Spannungen herbeizuführen und konkrete Abkommen im Geiste der friedlichen Koexistenz zu erreichen. Charakteristisch für ihre Haltung ist die Position, die die chinesischen Führer im Grenzkonflikt mit Indien, zu dem Komromiß im karibischen Raum und zum Moskauer Teststopp-Abkommen eingenommen haben. Heute sieht jeder, daß dank der klugen und entschlossenen Friedenspolitik der Sowjetregierung unter Leitung des Genossen N. S. Chruschtschow die Unabhängigkeit des revolutionären Kuba gefestigt und der Weltfriede gerettet wurden.

Die auf Entspannung, friedliche Koexistenz und Abrüstung gerichtete Außenpolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder ist eine bedeutende Stärkung und Hilfe für die gegen Militarismus und Imperialismus kämpfenden Kräfte in den Ländern des Kapitals, besonders auch in der Bundesrepublik. Die Friedenspolitik der DDR, ihre Vorschläge für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten entsprechen den Gedanken und Hoffnungen der Friedensanhänger in der Bundesrepublik und finden einen wachsenden Widerhall. Wir sehen eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei und aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik darin, für konkrete Schritte der Entspannung und Abrüstung, für die Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, für eine Politik der friedlichen Koexistenz in der Bundesrepublik zu kämpfen.

Das ZK der KPD weist entschieden die Verleumdungen zurück, die von der Führung der KP Chinas im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche gegen die Sowjetunion gerichtet wurden. Wir bedauern, daß sich die chinesischen Führer dadurch auf eine Linie begeben haben, die solchen militaristischen Kräften wie Strauß, Adenauer, de Gaulle und den „Besessenen“ im Pentagon faktisch Vorschub leistet. Äußerst befremdend muß auch das Streben der chinesischen Führer nach eigenen Atomwaffen, ihr Vorstoß für die Ausweitung der Atommächte, der nur Wasser auf die Mühlen der nach Atomwaffen greifenden deutschen Imperialisten leitet.

Unsere Partei sieht im Moskauer Abkommen einen Erfolg der Friedenskräfte der ganzen Welt, einen ersten Schritt zur Minderung der internationalen Spannung, dem neue Schritte — wie das Verbot, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen auf weitere Staaten auszudehnen, die Einstellung der unterirdischen Atomtests, der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags, die Errichtung von Kontrollstationen gegen Überraschungsangriffe, die Schaffung atomwaffenfreier Zonen — folgen müssen. Wir rufen die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen der Bundesrepublik auf, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um den völligen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen und Verhandlungen mit der Regierung der DDR über Gewaltverzicht und Rüstungsstopp durchzusetzen.

Die chinesischen Führer suchen die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung dem Klassenkampf und der sozialistischen Revolution entgegenzustellen. Aber die friedliche Koexistenz ist konzentriertester Ausdruck des Klassenkampfes zwischen den beiden Systemen, zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Der Kampf für die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz in der Bundesrepublik ist schärfster Klassen- und Volkskampf gegen das aggressive Monopolkapital, gegen den Imperialismus. Das Leben, die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung haben bewiesen, daß sich der Klassenkampf unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz nicht abschwächt, sondern daß günstigere Bedingungen entstehen für die Entfaltung des demokratischen, antimonopolistischen Kampfes der Volksmassen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, für die nationale Unabhängigkeitsbewegung, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in den sozialistischen Ländern. Die gesamte Entwicklung bestätigt die Feststellung der Moskauer Erklärung, daß der Friede ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus ist.

II.

Die chinesischen Führer revidieren in ihren Erklärungen die grundlegenden Leitsätze der Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien über den Charakter unserer Epoche, über die bestimmende Rolle der Arbeiterklasse und des sozialistischen Weltsystems, das zum ausschlaggebenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung wird. Sie stellen stattdessen die nationale Befreiungsbewegung als Hauptkraft und die Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als „Sturmzentrum“ der Revolution dar. Der Grundwiderspruch unserer Zeit soll demnach nicht der Widerspruch zwischen den beiden Weltensystemen, zwischen Sozialismus und Kapitalismus sein, sondern der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der nationalen Befreiungsbewegung.

Das ist die unverhüllte Revision eines prinzipiellen Leitsatzes des Marxismus-Leninismus, der Lehre von der Hegemonie der Arbeiterklasse im weltumspannenden revolutionären Prozeß, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umwälzung. Ohne den Sieg der Arbeiterklasse, ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems wären die gewaltigen Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung nicht möglich gewesen. Die Macht und der Einfluß des sozialistischen Weltsystems haben dem antiimperialistischen Kampf in allen seinen Formen und auf allen Kontinenten ungeheuren Auftrieb gegeben. Der Versuch der chinesischen Führer, die nationale Befreiungsbewegung den sozialistischen Staaten und der revolutionären Arbeiterbewegung entgegenzustellen und von ihnen zu trennen, muß daher zurückgewiesen werden. Er entspringt nationalistischen Prestige- und Machtbestrebungen und kann nur zur Schwächung der gemeinsamen antiimperialistischen Kampffront führen. Die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung werden um so dauerhafter und tiefgehender sein, je enger und fester ihre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, dem sozialistischen Weltystem und der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung ist.

Der Leitsatz Lenins, daß die Haupteinwirkung der sozialistischen Länder auf den weltweiten revolutionären Entwicklungsprozeß auf dem Gebiete der Wirtschaft erfolgen muß, wird von den chinesischen Führern ebenfalls geleugnet. Aber es ist unbestreitbar, daß die Macht des Beispiels, der praktische Beweis der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, in der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen einen entscheidenden Einfluß auf das Bewußtsein der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ausübt und immer mehr ausüben wird.

Das Bestehen der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden, die bedeutenden Erfolge, die die Werktätigen der DDR beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und im Ringen um den wissenschaftlich-technischen Höchststand erzielen, ihre großen sozialen und kulturellen Errungenschaften sind schon heute eine machtvolle Hilfe für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der Bundesrepublik. Sie üben einen günstigen Einfluß auf die Bedingungen des Klassenkampfes der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik aus und erleichtern es den Gewerkschaften, das Monopolkapital zu Zugeständnissen zu zwingen. Das Beispiel der DDR wird den Ideen des Sozialismus auch in der Bundesrepublik immer stärkere Anziehungskraft verleihen.

Das ZK der KPD lehnt die vom Unglauben an den ökonomischen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus diktierten abenteuerlichen Auffassungen der chinesischen Führer ab. Wir bekräftigen die Feststellung der vom Parteitag 1963 beschlossenen Programmatischen Erklärung: Der Sozialismus will und braucht keinen Krieg, er wird seine Überlegenheit über den Kapitalismus im friedlichen Weltstreit beweisen.

III.

Auf unserem Parteitag haben wir die breite Perspektive des Kampfes für Frieden und Demokratie, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für ein umfassendes Bündnis der Volkskräfte zum Schutz der Verfassung und der demokratischen Volksrechte, für die sozialen Interessen der Werktätigen gegen die Allmacht der Monopole entwickelt. Nur durch den erfolgreichen Kampf für diese nächstliegenden Ziele kann eine politische Wende in der Bundesrepublik durchgesetzt, können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Volksbewegung sich weiter- und tieferreichende demokratische und soziale Ziele stellen und die Macht des Militarismus und der Monopole überwinden kann. Dieser Weg ist durch alle Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung seit der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935 erprobt. Er hat seine Bestätigung erhalten durch die wahrhaft historischen Siege, die unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf diesem Wege von den Werktätigen der DDR errungen wurden.

Unsere Partei lehnt daher entschieden den Versuch der chinesischen Führer ab, der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, deren Bedingungen sie gar nicht kennen, einen sektiererischen, abenteuerlichen Kurs aufzudrängen. Eine solche Politik widerspricht den gemeinsam auf den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 gefassten Beschlüssen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern haben im breiten Kampf für den Frieden, für die sozialen und demokratischen Interessen der Werktätigen, für tiefgehende soziale und demokratische Umgestaltungen, für eine umfassende antimonopolistische Volksbewegung bedeutende Erfolge errungen. Nicht der von den chinesischen Führern verkündete Weg der revolutionären Phrase, des Sektierertums, der Isolierung von den Massen, sondern der Weg der Aktionseinheit mit den Sozialdemo-

kraten und allen demokratischen Kräften, des umfassenden Bündnisses aller anti-monopolistischen Volksschichten im Kampfe um Frieden und Demokratie, zur Zurückdrängung und Überwindung des Militarismus und Imperialismus, das ist der Leninsche Weg, der die Massen an den Kampf um den Sozialismus heranführt.

Alle Tatsachen beweisen, daß die Kommunistischen Parteien auf diesem Wege ihren Einfluß verstärkt haben, daß die Kampfkraft der revolutionären Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, im Gegensatz zu den Behauptungen der chinesischen Führer, durch diese Politik gewachsen ist, daß sich ihre Organisiertheit und ihre ideologische Reife erhöht haben.

Unsere Partei hält unabsehbar an dem Leitsatz der Moskauer Beratungen von der Möglichkeit des friedlichen Weges der sozialistischen Revolution unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen fest und weist die Angriffe der chinesischen Führer gegen diese These zurück. Wir lassen uns von dem Leninschen Grundsatz leiten, daß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse alle Formen des Klassenkampfes beherrschen muß. Auf dem Parteitag 1963 haben wir erklärt, daß unsere Partei für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik eintritt und daß die Möglichkeiten dafür mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland wachsen. Zugleich haben wir festgestellt, daß die Härte und die Formen des Klassenkampfes nicht so sehr von der Arbeiterklasse wie vom Widerstand und der Gewaltanwendung der reaktionären Kreise gegen das Volk abhängen.

IV.

Unsere Partei weist mit Empörung die Verleumdungen zurück, die die Führung der KP Chinas gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion, ihr Zentralkomitee und den Genossen Chruschtschow richten. Das hat nichts mehr mit einer sachlichen Diskussion zu tun, wie sie unter Genossen, unter Kommunisten geführt wird.

Die KPD hat eine lange und ruhmreiche Tradition der brüderlichen Kampfgemeinschaft mit der KPdSU und wird niemals schweigen, wenn die Partei Lenins beleidigt und beschimpft wird. Die KPdSU war und bleibt, wie die Moskauer Erklärung von 1960 feststellt, die anerkannte Vorhut der kommunistischen Weltbewegung. Ihre Beschlüsse und ihr Programm werden von der internationalen kommunistischen Bewegung als wegweisende Dokumente des schöpferischen Marxismus-Leninismus gewürdigt.

Obgleich auch die chinesischen Führer früher die geschichtliche Bedeutung der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU und der Überwindung des Personenkults und seiner Folgen anerkannt haben, erklären sie heute, daß es „schädlich“ gewesen sei, diese Frage aufzuwerfen. Die gesamte Entwicklung seit dem XX. Parteitag und auch die Erfahrungen unserer Partei beweisen aber, daß die Überwindung des Personenkults außerordentlich positive Ergebnisse hatte, daß die Wiederherstellung des Leninschen Geistes und Stils in Theorie und Praxis sowie der Leninschen Normen des Partelebens die große Sache des Kommunismus von den mit dem Kult um Stalin verbundenen Entstellungen und Verzerrungen befreite und zu einem beispiellosen Aufschwung der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der internationalen Arbeiterbewegung in der ganzen Welt führte. Die schöpferischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU haben eine neue Etappe in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung eingeleitet.

Mit tiefem Befremden stellt das Zentralkomitee der KPD fest, daß die Führung der KP Chinas in gröbster Weise die Normen in den Beziehungen zwischen den Bruderparteien verletzt, daß sie sich in die Angelegenheiten der Bruderparteien, darunter auch unserer Partei, einmischt, fraktionelle Gruppierungen organisiert, sich der Trotzkisten und anderer Renegaten bedient, um eine Spaltung in den kommunistischen Parteien herbeizuführen. Dieselbe spalterische Tätigkeit tragen die chinesischen Führer auch in internationale demokratische Organisationen hinein. Es ist kein Zufall, daß die militaristischen Machthaber in Bonn sich der von den chinesischen Führern herausgegebenen Materialien bedienen, um die Friedenspolitik der Sowjetunion und der DDR zu diskreditieren, ihre eigene Rüstungs- und Revanchepolitik aufzuwerten und Verwirrung in die Reihen der westdeutschen Arbeiterbewegung zu tragen. Die imperialistische Reaktion zieht also unmittelbar Nutzen aus den antisowjetischen Verleumdungen und aus der spalterischen Tätigkeit der Führung der KP Chinas.

Die Kommunistische Partei Deutschlands tritt konsequent für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der gemeinsamen Beschlüsse von 1957 und 1960 ein. Wir hoffen und wünschen, daß die chinesischen Führer auf diesen Weg zurückkehren mögen. Das ZK der KPD gibt

seiner Überzeugung Ausdruck, daß es nützlich wäre, den Vorschlag der KPdSU und anderer Bruderparteien auf Einstellung der öffentlichen Polemik anzunehmen, damit die Meinungsverschiedenheiten in einer sachlichen Atmosphäre und in kameradschaftlicher Form ausgetragen werden können. Unsere Partei hält die Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zu einem baldmöglichen Termin für notwendig, um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf den prinzipiellen marxistisch-leninistischen Positionen zu sichern.

Die KPD führt einen konsequenten Kampf sowohl gegen den Revisionismus, der unter unseren Bedingungen bestrebt ist, unsere enge Kampfgemeinschaft mit der SED und der DDR zu untergraben, als auch gegen den Linksopportunitismus, gegen Dogmatismus und Sektierertum, die die breite Entfaltung der Arbeit unter den Massen hemmen.

Das Zentralkomitee ruft alle Parteiorganisationen, alle Kommunisten auf, die Beschlüsse des Parteitages 1963 zu verwirklichen und ihre Anstrengungen zu vervielfachen, damit die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik einen würdigen Beitrag leisten im weltweiten Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens, für Demokratie und Sozialismus.

Die DDR — ein moderner Industriestaat

von KARL-HEINZ GERSTNER

Die Industrieproduktion der DDR kommt heute etwa dem Umfang der Industrieproduktion des ganzen Deutschlands der Vorkriegszeit gleich. „Nach vorliegenden Berechnungen unserer Wirtschaftsstatistiker haben wir Ende 1961 auf dem Territorium der DDR, das nicht einmal ein Viertel der Fläche des alten Deutschen Reiches beträgt, etwa 90 Prozent der Industrieproduktion ganz Deutschlands von 1936 erreicht. Bei der Einhaltung des geplanten Tempos der Steigerung der Arbeitsproduktivität werden wir Ende 1964 ein Volumen der Industrieproduktion erreichen, das dem des ganzen Deutschen Reiches von 1936 gleichkommt; nach dem Perspektivplan bis 1970 werden wir es beträchtlich überschreiten.“¹⁾

Wenn man den Inhalt dieser Feststellung durchdenkt, sich an die wirtschaftliche Machtstellung des alten Deutschen Reiches erinnert und sich die „kleine“ DDR vorstellt, so ist das hier Erreichte in der Tat faszinierend. Ein solcher Rückblick ist ab und zu notwendig, er vergegenwärtigt uns, wie viele schwierige Aufgaben wir unter der klugen Führung der Partei bereits gelöst haben, und er erhöht das Vertrauen in die eigene Kraft. In der Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens, um die Lösung der nationalen Frage in Deutschland, um den umfas-

senden Aufbau des Sozialismus in der DDR stellt die Partei immer neue und größere Aufgaben, vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie. Die dabei auftretenden komplizierten Fragen, die vielfältigen Schwierigkeiten, die zu meistern sind, erfordern die ganze Kraft, das ungeteilte Interesse unserer Werktätigen und lenken deren Blick über die Gegenwartsaufgaben hinaus in die Zukunft. Die immer neu auftretenden Probleme, denen wir als Erbauer des ersten sozialistischen Staates in Deutschland gegenüberstehen, überschatten für manchen unserer Werktätigen und manchen unserer Genossen etwas die großen Leistungen, die wir in der Vergangenheit vollbracht haben und auf die wir mit Recht stolz sein können.

Die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion der DDR läßt seit längerem ein schnelles Entwicklungstempo erkennen. Geht man von 1936 aus, so hat die Industrieproduktion 1962 einen Stand von etwa 350 Prozent erreicht. Bereits im ersten Fünfjahrplan gelang es, die Industrieproduktion gegenüber dem Vorkriegsstand zu verdoppeln.

Die DDR steht unter den europäischen Industriestaaten an sechster Stelle und gehört im Weltmaßstab zu den zehn ersten Industrieländern. Die DDR-Industrieproduktion ist heute größer als die des ganzen afrikanischen Kontinents. Beträgt man die Anzahl der in der Industrie beschäftigten Personen, so gehört der DDR der sechste Platz in Europa, und nach dem Anteil der Industriearbeiter an der Bevölkerung stehen wir hinter England sogar an zweiter Stelle — noch vor Westdeutschland. Die DDR ist in diesem Sinne mit der industrialisiertesten Staat Europas. Daß solche Ergebnisse in der

¹⁾ Walter Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED“, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 12. Dieser Vergleich geht von der Industrieproduktion 1936 des Deutschen Reiches von 63 Milliarden Reichsmark aus, die unter Berücksichtigung der Preisunterschiede zur Industrieproduktion der DDR von 1962 in Höhe von 80,1 Milliarden DM in Beziehung gesetzt wird.

geographisch kleinen, von der Natur stiefmütterlich behandelten DDR erzielt werden konnten, zeigt, welcher schöpferischen Leistungen die Arbeiterklasse, die Intelligenz, alle Werkätigen fähig

sind, wenn sie — frei von Unterdrückung und Ausbeutung, unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei — ihr Leben bewußt gestalten, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten.

Eine imponierende Energie-Bilanz

Ein entscheidender Maßstab für das Entwicklungsniveau eines Industriestaates ist seine Elektroenergieerzeugung. Die Produktion von Elektroenergie gehört in allen hochindustrialisierten Ländern zu den Zweigen mit dem größten Wachstumstempo, deren Anteil an der Industrieproduktion ständig zunimmt. In den letzten fünfzig Jahren hat sich der Verbrauch an Elektroenergie im Weltdurchschnitt alle zehn Jahre verdoppelt. Nur durch die Elektrifizierung der gesamten Volkswirtschaft können die in Zukunft zu lösenden Probleme der Produktion überhaupt gemeistert werden. Die Entwicklung neuer Rohstoffe, die weite Verbreitung chemischer Prozesse in allen Zweigen der Wirtschaft, die Automatisierung der Produktion — alle diese Entwicklungstendenzen können sich nur durchsetzen, wenn genügend Elektroenergie zur Verfügung gestellt wird. Deshalb werden in unserer Republik große Anstrengungen unternommen, den stürmisch wachsenden Bedarf an Elektroenergie zu befriedigen. Während vor dem Krieg auf dem Gebiet der DDR 19 Milliarden Kilowattstunden gewonnen wurden, waren es 1962 bereits 45,7 Milliarden Kilowattstunden. „In diesem Jahr werden wir rund 5,4 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie mehr erzeugen als das viermal größere alte Deutsche Reich mit seinen 65 Millionen Einwohnern im Jahre 1936.“²⁾ Bis 1970 ist eine Steigerung auf 76 Milliarden, d. h. ein Zuwachs gegenüber 1962 auf etwa 166 Prozent vorgesehen.

Die Elektrizitätserzeugung der DDR ist heute ebenso groß wie die Belgiens, Dänemarks, Finnlands und Hollands zusammengenommen. In der Pro-Kopf-Erzeugung liegt die DDR mit 2671 Kilowattstunden vor Westdeutschland mit 2260 Kilowattstunden und steht an zweiter Stelle in Europa.

Ein neuer Schwerpunkt: Modernste Zweige der Chemie-Industrie

Die weitere Entwicklung unserer chemischen Industrie wird durch diese Zielstellung ganz entscheidend beeinflußt. Die DDR-Industrie hat auch in der Chemie eine beachtliche Stellung im internationalen Maßstab. In der Chemieproduktion je Kopf der Bevölkerung liegt die DDR heute an zweiter Stelle hinter den

²⁾ Ebenda, S. 11

Die Braunkohlenförderung betrug im Vorkriegsdeutschland 193 Millionen Tonnen. Damit war Deutschland schon damals mit Abstand der größte Braunkohlenproduzent der Welt. 1962 wurden in der DDR 243 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert! Das ist etwa die Hälfte der Braunkohlenproduktion der Welt. Unter komplizierten Bedingungen wurden 31 neue Tagebaue aufgeschlossen, die vorhandenen Braunkohlenwerke, Gaswerke und Kokereien rekonstruiert. Die in der DDR entwickelten Förderanlagen für Braunkohlenwerke sind führend in der Welt. Länder, die neue Braunkohlegruben einrichten, wie Polen, die Sowjetunion, Indien und Brasilien, geben die technische Ausrüstung unseren Betrieben in Auftrag.

Trotz der bedeutenden Produktionssteigerung bestehen erhebliche Schwierigkeiten, den Bedarf der Volkswirtschaft zu decken und wir sind nach wie vor auf große Kohlenimporte angewiesen. Unsere Rohstoffarmut führte dazu, daß in unserer Republik der Braunkohle durch große wissenschaftliche Leistungen viele neue Anwendungsmöglichkeiten erschlossen wurden, die zum Teil allerdings hohe Kosten verursachen. Für die Schaffung einer leistungsfähigen, durch hohe Produktivität charakterisierten Volkswirtschaft ist deshalb eine kritische Überprüfung aller dieser Einsatzmöglichkeiten unumgänglich, ist es notwendig, den Einsatz der Braunkohle z. B. durch Senkung der Umwandlungsverluste bei der Elektroenergieerzeugung, durch Abgehen von energieintensiven Technologien in der Chemie, durch Ausnutzung der Vorzüge der internationalen Verbundwirtschaft, durch Anwendung von Erdöl an Stelle von Produkten der Kohleveredlung in der Chemie usw. zu ökonomisieren.

USA. Allein der Wiederaufbau der weltberühmten Leuna-Werke, die im zweiten Weltkrieg durch die angloamerikanischen Luftstreitkräfte systematisch bombardiert und in einen Trümmerhaufen verwandelt worden waren, war eine hervorragende Leistung. Der Wiederaufbau des Riesengewerkes mit seinen 40 000 Kilometer Rohrleitungen stellte die Arbeiter, Ingenieure

und Chemiker von Leuna vor größte Schwierigkeiten. Heute ist Leuna mit seinen nahezu 30 000 Arbeitern der größte Industriebetrieb der DDR und hat seine Produktion gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht. Durch die Automatisierung zahlreicher Produktionsprozesse wurde die Arbeitsproduktivität von 1950 bis 1962 auf 300 Prozent erhöht, aber die vergleichbaren Werte in Westdeutschland konnten damit noch nicht erreicht werden. Die Belegschaft des im Bau befindlichen Werkes Leuna II soll durch Freistellung von Arbeitskräften infolge weiterer Steigerung der Arbeitsproduktivität im alten Werk gewonnen werden.

In Erkenntnis der immer deutlicher werdenden Vorrangstellung der Chemieindustrie fordert die Partei seit langem, die modernsten Zweige der Chemieindustrie, vor allem die Petrochemie zu entwickeln und damit eine schnelle Steigerung der Produktion von Kunststoffen, Plasten und synthetischen Fasern zu ermöglichen. Diese Zielstellung entspricht voll den Entwicklungstendenzen moderner Volkswirtschaften, in denen seit der Mitte unseres Jahrhunderts neue Einsatzmaterialien wie Plaste, synthetische Fasern, synthetischer Kautschuk immer mehr Raum gewinnen. Damit werden Materialien geschaffen, denen der Mensch — bisher vorwiegend an natürliche Rohstoffe gebunden — Kombinationen völlig neuer, günstiger, den Verwendungsmöglichkeiten adäquater Eigenschaften eingeben kann und die folglich

die traditionellen Rohstoffe in ihrer Bedeutung zurückdrängen werden. Um diese Entwicklungen anzubahnen, wurde mit dem Aufbau neuer chemischer Großbetriebe begonnen, wie dem Erdölverarbeitungswerk Schwedt, das heute die wichtigste aller Großbaustellen der DDR darstellt, dem Werk Leuna II, der Gips-schwefelsäurefabrik Coswig, der größten ihrer Art in der Welt, dem Kunstfaserkombinat in der Wilhelm-Pieck-Stadt Guben.

Diese Erfolge berechtigen uns, der weiteren Entwicklung unserer Chemieproduktion zuversichtlich entgegenzusehen, auch wenn es äußerst schwierig ist, mit dem internationalen Entwicklungstempo der modernsten Zweige der Chemieindustrie Schritt zu halten. Die Kohlechemie der DDR ist gegenüber der sich sprunghaft entwickelnden Petrochemie anderer Länder im Nachteil, weil sie — wenn auch unsere Braunkohle unter günstigen Bedingungen abgebaut wird — weniger rentabel ist. Die termingerechte Fertigstellung der neuen Werke unserer Petrochemie und der Erdölleitung aus der Sowjetunion mit der vorgesehenen Lieferung von sechs Millionen Tonnen Erdöl jährlich ist für die Entwicklung der DDR zu einem modernen Industriestaat von erstrangiger Bedeutung, da sie das Produktivitätsniveau der chemischen Industrie entscheidend hebt, ihre Energieintensität einschränkt und die Erzeugung neuer, für unsere Volkswirtschaft notwendiger Erzeugnisse gestattet.

Schwerindustrie und Maschinenbau in schneller Entwicklung

In den Aufbau einer leistungsfähigen metallurgischen Basis haben wir Milliarden Investitionen gesteckt. Namen wie Eisenhüttenkombinat Ost, Niederschachtöfenwerk Calbe, die Stahl- und Walzwerke Brandenburg, Riesa, Gröditz kennzeichnen den mühevollen, aber erfolgreichen Weg. Der VEB Edelstahlwerk 8. Mai 1945 in Freital wurde mit einem Kostenaufwand von mehreren hundert Millionen DM zum Zentrum der Edelstahlerzeugung der DDR ausgebaut. Von 1950 bis 1962 stieg hier die Produktion von Edelstählen auf das 29fache. 1957 wurden die ersten Edelstähle exportiert. Seitdem hat sich der Export sowohl mengen- als auch wertmäßig auf 900 Prozent erhöht.

Der Maschinenbau, der in allen modernen Industriestaaten zu den am schnellsten wachsenden Zweigen gehört, nahm in der DDR in den letzten Jahren eine steile Entwicklung, die auf jeder Messe in Leipzig von der internationalen Fachwelt anerkannt wurde. Die DDR gehört heute in die erste Reihe der Maschinenbauenden Länder der Welt. Nahezu 60 Pro-

zent der rasch steigenden Exporte der DDR werden vom Maschinenbau gedeckt. Die künftigen Erfolge unseres Maschinenbaus werden um so größer sein, je besser es uns gelingt — vor allem durch die Arbeitsteilung mit den Ländern des RGW — das zur Zeit sehr breite Produktionsprogramm einzuschränken und uns auf die Produktion der unseren nationalen Bedingungen und den Erfordernissen der internationalen Zusammenarbeit am besten entsprechenden Erzeugnisse zu konzentrieren. Zur Zeit werden noch 90 Prozent der in der Welt gängigen Werkzeugmaschinen in der DDR hergestellt. Durch die Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern, die einen höheren Grad der Spezialisierung der Produktion erlaubt, kann das Produktionsprogramm entschieden eingeschränkt werden. So wurden bereits im Vorjahr von den Mitgliedstaaten des RGW Vereinbarungen über die Spezialisierung und Kooperation für etwa 1000 Maschinentypen getroffen. Welche hohen Leistungen wir von unserem Maschinenbau noch erwarten können, wenn bei entsprechender Arbeits-

teilung die technischen und menschlichen Kapazitäten rationell eingesetzt, auf ein eingeschränktes Sortiment konzentriert werden, beweist der Erfolg, den uns die Produktion des Universal-Baggers vom Typ VB 162 brachte, der in kurzer Zeit in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entwickelt wurde.

Zweifellos gehört zu den Zweigen des Maschinenbaus, die — auf einer guten Tradition aufbauend — unser ökonomisches Profil auch in der Zukunft entscheidend mitbestimmen werden, der Werkzeugmaschinenbau. Durch sein Niveau bestimmt dieser Zweig ganz entscheidend den Umfang und das Tempo der Mechanisierung und Automatisierung in den anderen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft. Auch die Erfolge des Außenhandels werden von seinen Leistungen stark beeinflußt. Deshalb verdienst die Fortschritte unseres Werkzeugmaschinenbaus, die auf der Technischen Messe in Leipzig erneut eindrucksvoll demonstriert wurden, große Beachtung. Ein immer steigender Anteil unserer Werkzeugmaschinenproduktion wird von Automaten und Halbautomaten hergestellt. Die Zahl der mit moderner Steuer- und Regeltechnik ausgestatteten Maschinen nimmt sichtlich zu. Die Qualität dieser Maschinen wird weiter steigen, wenn solche Empfehlungen des RGW wirksam werden wie die über die Einschränkung der bisher von der DDR gebauten 108 Typen automatischer Werkzeugmaschinen für die Metallverarbeitung auf 39 Typen.

Ganze Zweige des Maschinenbaus sind in den letzten Jahren aus dem Boden gestampft worden: die Werften, der Landmaschinenbau, der Elektroturbinenbau, der Dieselmotorenbau. In den Hafenstädten der Ostsee entstanden modernste Werften. Die Mecklenburger nennen die Warnowwerft: das Wunder am Ufer der Warnow, das Wunder, mit der hoch in den Himmel ragenden Krananlage, den ausgedehnten Heiligen und der größten Schiffsbauhalle Europas.

Ähnliche Leistungen hat auch unser Landmaschinenbau aufzuweisen. Der VEB Fortschritt — Erntevergungsmaschinen in Neustadt (Sachsen) gehört zu den

größten Betrieben dieser Branche in Europa. Der VEB Mähdrescherwerk Weimar stellt modernste Erntemaschinen in großer Stückzahl her. In kürzester Frist gelang es uns, moderne Erntemaschinen in Großproduktion zu erzeugen, internationale Spitzenerzeugnisse wie den Schlägelhäcksler E 069 und die Rohrmelkanlage „Pipeline“ herzustellen und viele landwirtschaftliche Maschinen sogar zu exportieren.

Eine immer größere Bedeutung für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und für die schnelle Produktivitätssteigerung gewinnt in allen modernen Industriestaaten die Elektrotechnik und ganz besonders die Elektronik. Als einer der wichtigsten unter den Zweigen, die die Hauptrichtung des technischen Fortschritts in der Volkswirtschaft bestimmen, weist er in allen diesen Staaten ein außerordentlich hohes Entwicklungstempo auf. Diese Entwicklung ist notwendig, weil „die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse... in ständig zunehmendem Maße von der Anwendung hochentwickelter elektrotechnischer, insbesondere elektronischer Erzeugnisse bestimmt“ wird.¹⁾ Dieser Erkenntnis trägt unsere Wirtschaftspolitik Rechnung. So stieg die Produktion der Elektroindustrie — die heute bereits größer ist als die des gesamten Vorkriegsdeutschland — von 2,7 Md. DM im Jahre 1955 bis 1961 auf 6,5 Md. Dieser Steigerung um 140 Prozent steht eine Steigerung der Beschäftigtenzahl von nur 15 Prozent gegenüber. d. h. also, daß auch die Arbeitsproduktivität beträchtlich gesteigert werden konnte. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird den bisherigen Aufschwung, vor allem in qualitativer Hinsicht, noch übertreffen. Das rasche Produktionswachstum der nächsten Jahre — der Produktionsumfang der Elektrotechnik wird bis 1970 auf 225 Prozent der diesjährigen Produktion ansteigen, die Elektronik (ohne Konsumgüter) wird sogar 360 Prozent erreichen — wird aber nur dann voll wirksam, wenn es von einer Verbesserung der Qualität der elektronischen Erzeugnisse, vom wissenschaftlich-technischen Höchststand ihrer Produktion begleitet wird.

Außenhandel im Aufschwung

Ein Spiegelbild dieses großartigen industriellen Aufschwungs ist der Außenhandel der DDR, der in diesem Jahr die 20-Milliarden-DM-Grenze überschreitet. Den bedeutendsten Aufschwung haben die Erzeugnisse des Maschinenbaus genommen. Unsere Außenhandelsunterneh-

men lieferten von 1955 bis heute insgesamt 440 komplette Industrieanlagen oder Ausrüstungen, darunter 52 Industriewerke für die jungen Nationalstaaten. Gegenwärtig sind ungefähr 5000 Montateure der DDR in allen Teilen der Welt, um Maschinen aufzustellen oder sie zu warten. Die DDR ist heute der größte Maschinenexporteur des soziali-

¹⁾ Ebenda, S. 57

stischen Lagers. Im Außenhandel der Sowjetunion steht die DDR an erster Stelle.

Die Größe dieser Leistung wird noch dadurch unterstrichen, daß der Außenhandel der DDR, der seit 1950 jährlich um 20 Prozent stieg, sich unter größten Schwierigkeiten entwickeln mußte. Infolge des Fehlens eigener leistungsfähiger Hochseehäfen, einer eigenen Handelsflotte, diplomatischer Vertretungen in den kapitalistischen Ländern, die dem eigenen Außenhandel erfahrungsgemäß wirksame Hilfestellung geben können — um nur einige Ursachen zu nennen —, waren die Nebenkosten unseres Außenhandels zunächst außergewöhnlich hoch. Sie beliefen sich bis Mitte der fünfziger Jahres bis auf zehn Prozent unseres Exporterlöses. Um bessere Voraussetzungen für den Außenhandel zu schaffen, wurde trotz großen Kostenaufwands in Rekordzeit der Rostocker Überseehafen gebaut, der als einer der schnellsten Häfen Europas gilt und der bereits in der kurzen Zeit seines Bestehens unserer Volkswirtschaft 100 Millionen DM an Devisen gespart hat. Aus den gleichen Erwägungen wurde mit großer Schnelligkeit eine eigene Handelsflotte aufgebaut, die im Siebenjahrplan ihre Tonnage auf eine Million Tonnen erhöhen, d.h. verdoppeln soll.

Wenn man diese keineswegs umfassenden, nüchternen Fakten aneinanderreihet, ergibt sich eine Aufbauleistung der DDR, die nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, nur mit Hilfe der Schöpferkraft der werktätigen Massen zu erreichen war. Vollauf berechtigt ist deshalb der Ausspruch des westdeutschen Wirtschaftswissenschaftlers, Prof. Baade: „Das eigentliche deutsche Wirtschaftswunder wurde im Osten Deutschlands geschaffen.“

Die DDR ist von allen Industriestaaten der Welt am rohstoffärtesten und deshalb auf große ständige Rohstoffimporte angewiesen, die ebenfalls die volkswirtschaftliche Rentabilität einschränken. Hinzu kommen noch solche

⁴⁾ Vgl. dazu „Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

⁵⁾ Walter Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, S. 49

Fakten wie die auf unserem Gebiet besonders großen Zerstörungen durch die anglo-amerikanischen Luftangriffe, das in der Vergangenheit stark ausgeprägte West-Ost-Gefälle, Reparationsleistungen und die großen wirtschaftlichen Schäden, die die DDR durch den kalten Krieg Bonns in den vergangenen Jahren erlitten hat. Die Gesamtheit dieser Faktoren führte dazu, daß die DDR nicht im gleichen Umfang wie Westdeutschland den Produktionsapparat modernisieren konnte, so daß die Arbeitsproduktivität bei uns im Durchschnitt ungefähr 25 Prozent unter dem westdeutschen Niveau liegt.

Um diesen Rückstand zu beseitigen, ist es notwendig, das höchstmögliche Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durchzusetzen und die Arbeitsproduktivität vor allem in den Zweigen maximal zu steigern, die die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft bestimmen.⁶⁾ Die Lösung dieser Grundaufgaben in unserer Volkswirtschaft verlangt, alle schöpferischen Kräfte unserer Werktaatigen zu entfalten und sinnvoll zu lenken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das auf dem VI. Parteitag begründete neue ökonomische System der Planung und Leitung anzuwenden, das durch die Verbindung einer qualifizierten zentralen staatlichen Leitung mit der Anwendung eines umfassenden Systems der materiellen Interessiertheit die volle Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und einen raschen Aufschwung der Produktivkräfte garantiert. Dieses neue Leitungssystem, die Aktivität und die Schöpferkraft der Werktaatigen, die unter der Führung der Partei in den letzten Jahren der DDR Anerkennung und Ansehen verschafft haben, die feste Freundschaft und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern und besonders mit der Sowjetunion — all das sind Garantien dafür, den in der Vergangenheit erreichten ökonomischen Aufschwung in unserer Republik in der Zukunft noch zu überbieten, die Industrieproduktion bis 1970 gegenüber 1960 etwa zu verdoppeln und unsere nationale Wirtschaft, die „planmäßig, klug und zweckmäßig ausgebaut“ Wirtschaft eines modernen, hochentwickelten sozialistischen Industriestaates, der einen festen Platz im Weltwirtschaftssystem des Sozialismus hat⁷⁾, zu entwickeln.

